

LaKo '18

16. bis 17. Juni - Hildesheim

Antragsbuch



JUSOS
Niedersachsen

Inhaltsverzeichnis

Die Internationale	5
Arbeitsprogramm Landesvorstand 2018.....	6
ANTRAGSBEREICH: A- Arbeit.....	17
Kill the Boss – Unsere Vorstellungen zu Arbeit, Wirtschaft und Sozialstaat	17
Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will! – Für eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte.....	25
Mindestlohn für Minderjährige.....	28
Leben gestalten – Arbeitskraft sichern	28
Abschaffung der sachgrundlosen Befristung – auch in der Wissenschaft.....	30
Beendigung der sachgrundlosen Befristung.....	30
Erhöhung des Freibetrages bei Hartz 4 Nebeneinkommen anderer Personen und Abschaffung der Anrechnung an Sozialleistungen	31
ANTRAGSBEREICH: B- Bildung.....	32
Der Club der toten Dichter – Unsere Vorstellungen zu Bildung, Studium und Ausbildung.....	32
Schaffung eines Religionsunterrichts	37
Niedersächsischer Lehramtsbachelor praxisorientierter und realitätsnäher gestalten.	37
Lernen zu Lehren im 21. Jahrhundert – Neue Herausforderungen in der Lehrer*innenbildung konsequent angehen.....	40
Wiedereinführung eines Dezernates und einer Inspektion für Gesamtschulen	42
Berücksichtigung der Gesamtschulen in Fach- und Pädagogikseminaren	43
Qualität der Lehre an Hochschulen und Universitäten erhalten	44
Ausbau der Ganztagschule fördern	45
Mittagspause an weiterführenden Schulen	46
Demokratische jugendpolitische Vertreter*innen an die Schulen	47
Sonderpädagogik als 2. Fach im Lehramtsstudium.....	48
Innere Fachleistungsdifferenzierung an Gesamtschulen in der Sekundarstufe I	49
Klassengrößen an Gesamtschulen	50
Religionsunterricht an Schulen vollständig ersetzen	51
Kostenloses Nachhilfeangebot an niedersächsischen Schulen.....	52

Die Problematik von Lobbyismus an Schulen.....	53
Abschaffung der Exzellenzinitiativen.....	54
Antrag auf Einrichtung eines Kreativforums für Schüler*innen und Lehrer*innen des Landes Niedersachsen.....	55
Israelsolidarität in Schulen vermitteln.....	56
ANTRAGSBEREICH: D- Demokratie.....	57
Beeinflussung von Wähler*innen stoppen - Meinungsumfragen vor Wahlen abschaffen	57
Open Source Software Vorreiter Niedersachsen.....	58
Das Wort Handicap aus dem Wortschatz streichen.....	60
Stopp nicht meinen Stream	61
Transparenz im Landtag	62
Wahlrecht für Menschen in Betreuung	62
„in allen Angelegenheiten“	62
Gegen die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung – Teilhabe leben!	63
ANTRAGSBEREICH: E- Europa.....	65
Europa entdecken	65
ANTRAGSBEREICH: F-Feminismus	66
Resolution: Dem Patriarchat nicht beugen!.....	66
Geschlechtsneutrale WCs.....	68
Revolution statt Reformation!	68
Quote fürs Parlament.....	69
Awareness-Baustelle SPD oder auch Einmal Awareness für die SPD, bitte!.....	72
Gleichberechtigung hört nicht bei der Verhütung auf!.....	74
ANTRAGSBEREICH: FI- Finanzen.....	76
Gegen die Politik einer „Schwarzen Null“	76
Antrag der Jusos Oldenburg-Land – Landeskonferenz.....	78
Veräußerungsverbot für Produkte steuerflüchtiger Unternehmen einführen!	79
Erlass der Kosten des Insolvenzverfahrens.....	80
Mehr Recyclingpapier, statt illegaler Baumrodung!.....	81
ANTRAGSBEREICH: G-Gesundheit	82
Abtreibungen für Niedersachsen.....	82
Entbindungspfleger*innen strukturell unterstützen.....	83

Anpassung der Länderhanhaltszahlen für den Pflegebedarf	84
Überarbeitung des DRG-Systems für Akutkrankenhäuser	85
Lebensmittelampel für wirklichen Verbraucherschutz	86
Organspende stärken – Widerspruchslösung jetzt!	87
„Bist du irre?“ – Awareness für psychische Krankheiten von jungen Menschen erhöhen .	88
Gesundheit und Pflege	89
Verpflichtende Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch gesetzliche und private Krankenkassen	91
Abschaffung der Altersgrenze in der studentischen Kranken- und Pflegeversicherung	92
Übernahme eines Arbeitgeberanteils an den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung von „freiwillig“	93
gesetzlich versicherten niedersächsischen	93
Landesbeamten*innen	93
Angleichung der Basisfeilwerte	94
Drug Checking auch in Deutschland ermöglichen.....	95
Begründung:	95
ANTRAGSBEREICH: I- Inneres	97
Gegen das Verschweigen nationalsozialistischer Verbrechen.....	97
Kirchen überprüfen – Verfassungsfeindliche	98
Symboliken entfernen.....	98
Unabhängige Untersuchungsinstanz für Polizist*innen	98
Bekämpfung von israelbezogenem Antisemitismus - „Israel wird man ja wohl noch kritisieren dürfen...“	100
Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung.....	101
E-Sport endlich als Sportart anerkennen.....	102
Unterbringen statt abschieben	103
Ende der Diskussion –Warum wir nicht mit Nazis reden!	105
ANTRAGSBEREICH: O-Organisation	107
Schluss mit Postengeschacher!	107
Mentoringprogramm der SPD	107
Einsetzung einer Kommission zur Umsetzung des Landesparteitagsbeschlusses, „Weihnachtsgeld niedersächsischer Beamt*innen“ vom 14.04.2018.....	108
Jusos gestalten vor Ort mit	109

SPD erneuern – Mitgliederstrukturen verbessern.....	110
Willy-Brandt-Haus öffnen. Die Sozialdemokratie ausbilden.....	111
ANTRAGSBEREICH: S- Sonstiges	112
Keinen weiteren religiösen Feiertag in Niedersachsen.....	112
Tanzverbot.....	113
Pfand gehört daneben - überall	114
Altkleidercontainer besser kennzeichnen.....	115
ANTRAGSBEREICH: U- Umwelt	116
Urban Gardening und Urban Planting fördern	116
The Day After Tomorrow – Unsere Vorstellungen zu Umwelt, Energie und Verkehr	119
Kleines Tier - kleiner Käfig? Gesetzliche Mindestgrößen gegen Tierquälerei	122
Eindämmung der Plastik-Nutzung im eigenen Verband	123
Kein BYOD (Bring Your Own Device) an niedersächsischen Schulen	124
Mehr Flauschigkeit wagen – Alpakas auf dem Göttinger Kehr ansiedeln und auswildern.....	125
Als die Tiere den Wald verließen Eine Geschichte vom Wolf.....	126
ANTRAGSBEREICH: V- Verkehr	128
Sinnvolle Öffnungszeiten von Toiletten an Bahnhöfen.....	128
Erweiterung der LKW Maut auf alle Bundes- Landes- und Kommunalstraßen	129
Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln zur Pflicht	129
Infrastruktur im ländlichen Raum erhalten/ stärken	130
Mehr Güterverkehr auf die Schiene – kombinierten Verkehr optimieren	130
Erste Klasse auf das Abstellgleis. Einheitsklasse im	131
Regionalverkehr	131

Die Internationale

Strophe 1:

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern
zwingt!

Das Recht wie Glut im Kraterherde
nun mit Macht zum Durchbruch
dringt.

Reinen Tisch macht mit den Be-
drängern!

Heer der Sklaven, wache auf!

Ein Nichts zu sein, tragt es nicht län-
ger, alles zu werden, strömt zuhauf!

/Refrain:

Völker, hört die Signale!

Auf, zum letzten Gefecht!

Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht!

Völker, hört die Signale!

Auf, zum letzten Gefecht!

Die Internationale erkämpft
das Menschenrecht!

Strophe 2:

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.

Uns aus dem Elend zu erlösen,
können wir nur selber tun!

Leeres Wort: des Armen Rechte!

Leeres Wort: des Reichen Pflicht!

Unmündig nennt man uns und Knech-
te,

ertragt die Schmach nun länger nicht!

! Refrain

Strophe 3:

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n.

Die Müßiggänger schiebt beiseite!

Diese Welt muß unser sein;

unser Blut sei nicht mehr der Raben
und der mächt'gen Geier Fraß!

Erst wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß!

! Refrain

Zur Geschichte

Eugène Pottiers Text entstand unmittelbar nach der gewaltsamen Niederschlagung der Pariser Kommune um 1871. Er bezog sich in einem verherrlichenden Sinn auf die Internationale Arbeitersoziation (IAA), den ersten übernationalen Zusammenschluss von verschiedenen, politisch divergierenden Gruppen der Arbeiter*innenbewegung, der 1864 von Karl Marx initiiert worden war.

Die Melodie des Liedes komponierte der Belgier Pierre Degeyter, Dirigent des Arbeitergesangsvereins von Lille, im Jahr 1888, noch ein Jahr vor der Gründung der zweiten, bzw. der Sozialistischen Internationalen.

Das Lied *Die Internationale* gilt weltweit als Hymne des Sozialismus und Kommunismus und wurde in die meisten Sprachen der Welt übersetzt. In einigen kommunistisch regierten Staaten nahm sie einen nahezu gleichrangigen Platz wie die jeweilige Nationalhymne ein.

Die Sowjetunion benutzte bis 1943 *Die Internationale* als Nationalhymne. Danach wurde sie durch die Hymne der Sowjetunion ersetzt.

AP	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Arbeitsprogramm Landesvorstand 2018

1 Wie versteht sich der Landesvorstand?

2 Wir verstehen uns als Vertretung der niedersächsischen Jusos in der öffentlichen Diskussion
 3 und der innerparteilichen Willensbildung auf Landesebene. Wir führen die Beschlüsse der
 4 Landeskonzferenz aus, erledigen die laufenden Geschäfte, koordinieren die politische und
 5 organisatorische Arbeit des Landesverbandes. Darüber hinaus bringen wir die jungsozialis-
 6 tischen Positionen in die landespolitischen Debatte ein.

7 Darüber hinaus stehen wir den Unterbezirken und Kreisverbänden als Ansprechpart-
 8 ner*innen zur Seite und unterstützen diese bei ihrer Arbeit. Wir arbeiten part-
 9 ner*innenschaftlich mit Bezirken, Unterbezirken und Kreisverbänden zusammen
 10 und nehmen Anregungen und Kritik von allen Seiten gerne auf.

11 Wir lehnen die Große Koalition in Niedersachsen weiterhin ab. Unserer Meinung nach be-
 12 deutet die GroKo Stillstand bzw. Rückschritt und in der Wahrnehmung der Wähler*innen
 13 verschwimmen die Unterschiede zwischen SPD und CDU zu sehr. Trotz der Enttäuschung
 14 über die derzeitige Koalition wollen wir wo es nur geht versuchen, unsere Themen voranzu-
 15 bringen und bei Fehlentwicklungen Alarm schlagen. Darum werden wir nicht nur der CDU,
 16 sondern gerade auch der SPD ganz genau auf die Finger schauen und in unserer Mutter-
 17 partei weiterhin für die Interessen und die Zukunft junger Menschen kämpfen.

18 Wie wollen wir arbeiten?

19 Wir wollen weiterhin jeden Monat eine Präsenzsitzung abhalten. Diese tagen verbandsöf-
 20 fentlich und sollen nach Möglichkeit zentral gelegen und für möglichst viele Jusos erreichbar
 21 sein. Bei den Vorstandssitzungen soll eine angenehme und produktive Atmosphäre herr-
 22 schen.

23 Neben den Präsenzsitzungen soll ebenfalls einmal im Monat sowie bei Bedarf eine Telefon-
 24 konferenz stattfinden. So wird gewährleistet, dass sich der Landesvorstand mindestens alle
 25 zwei Wochen austauscht.

26

27 Von den Mitgliedern des Landesvorstands wird erwartet, dass sie bei einem Großteil der
 28 Sitzungen, Telefonkonferenzen, Klausurtagungen, eigenen Veranstaltungen und zentralen

1 Parteiveranstaltungen anwesend sind. Nur so können wir uns und die Partei weiter voran-
2 bringen!

3 Wir wollen vor Ort als Landesvorstand präsenter sein. Wir freuen uns, wenn wir von Gliede-
4 rungen eingeladen werden, suchen aber gleichzeitig auch das Gespräch mit den einzelnen
5 Gliederungen. Auch werden wir uns bemühen, dass wir unsere Veranstaltungen im gesam-
6 ten Landesgebiet stattfinden lassen.

7 Der Austausch mit den Unterbezirken und Kreisverbänden ist uns sehr wichtig. Die Arbeit
8 im Landesverband lebt von der Rückmeldung der Jusos vor Ort. Deshalb wollen wir Maß-
9 nahmen entwickeln, mit denen wir unsere Arbeit evaluieren und bspw. bei der Themenset-
10 zung Impulse aus der Basis aufnehmen können.

11 Im Sinne der Doppelstrategie ist es für uns selbstverständlich Bündnispartner*innenarbeit
12 zu betreiben. Wir wollen bestehende Bündnisse weiterführen und versuchen, neue Bünd-
13 nisse aufzubauen. Dabei ist es uns jedoch wichtig darauf zu achten, dass unsere Bündnis-
14 partner*innen nicht in Konflikt mit dem Selbstverständnis der Jusos stehen. Für eine Zu-
15 sammenarbeit mit rassistischen, sexistischen, antifeministischen und antisemitischen Orga-
16 nisationen, Gruppierungen und Strukturen stehen wir Jusos nicht zur Verfügung.

17 **Wie wollen wir unsere Bildungsarbeit gestalten?**

18 Mit den regelmäßig stattfindenden Verbandswochenenden wollen wir unsere Bildungsar-
19 beit auch im kommenden Jahr fortsetzen. Unsere bewährten Methoden wie die Geschlech-
20 terplenen, das Kamingespräch oder das World Café wollen wir weiter durchführen und
21 durch neue Aspekte bzw. inhaltliche Schwerpunkte erweitern.

22 Im Rahmen der Seminare wollen wir einen Feminismus-Tag anbieten. Dieser soll das Thema
23 Feminismus stärker in den Vordergrund unserer Seminare rücken und die Menschen für
24 das Thema sensibilisieren. Gleichzeitig wollen wir aktuelle feministische Diskurse führen und
25 sexistische Vorurteile abbauen um feministische Themen in unseren Verband zu tragen.
26 Dabei wollen wir allen Menschen die Interesse haben, Möglichkeiten bieten mehr über den
27 Bereich Feminismus zu erfahren.

28 Zu Beginn unseres Landesverbandswochenendes wollen wir künftig mehr Zeit für das Ken-
29 nenlernen aufbringen. Damit zum einen die Gruppe sich schneller finden kann, zum ande-
30 ren Erstteilnehmer*innen besser integriert werden. Im Allgemeinen wollen wir eine ausge-
31 gleichene Quote bei den Referent*innen haben und unterschiedliche Themen und Gäste
32 einladen, um auch vermehrt Frauen für unsere Seminare anzusprechen. Die Workshops
33 wollen wir dabei unterschiedlich gestalten, damit die Teilnehmer*innen aktiv ins Wochen-
34 ende eingebunden werden können. Das Konzept der Geschlechterplenen wollen wir beibe-
35 halten. Sie sollen an jedem Seminartag stattfinden.

36 Künftig soll auch ein Grundlagenworkshop angeboten werden. Dabei wollen wir auf die
37 Grundwerte der Jusos oder dem Aufbau unseres Verbandes eingehen. Das Landesver-
38 bandswochenende ist die beste Möglichkeit für den Landesvorstand sich zu zeigen und

1 vorzustellen. Deshalb wollen wir neben Ansprechpartner*innen für Organisatorische Dinge
2 auch auf thematischer Ebene zur Verfügung stehen.
3 Ein erstmalig auf Landesebene so stattfindendes Konzept soll das Sommercamp im Juli sein.
4 Es soll eine Möglichkeit bieten, Bildungsarbeit und Urlaub zu verbinden. Die Ausweitung auf
5 vier Tage bietet bessere Möglichkeiten zum Schließen von Freund*innenschaften und die
6 intensivere Auseinandersetzung mit Schwerpunktthemenbereichen. Um eine ausgegliche-
7 nere Verteilung zwischen Männern* und Frauen* zu haben, sollen die inhaltlichen Schwer-
8 punkte beim diesjährigen Sommercamp gezielt vor allem Frauen* ansprechen. Inwieweit
9 uns das gelingt, möchten wir im Nachhinein evaluieren. Da das Sommercamp so erstmalig
10 stattfindet, ist es wichtig, das Konzept zu überarbeiten und langfristig möglichst zu "perfek-
11 tionieren".

12 Wir befinden uns derzeit mitten in den Planungen für einen Gewerkschaftsjugendkongress.
13 Ziel soll sowohl der Austausch mit der Gewerkschaftsjugend, als auch die inhaltliche Ausei-
14 nandersetzung sein. Die Ergebnisse sollen am letzten Tag des Kongresses mit hauptamtli-
15 chen Gewerkschafter*innen und Politiker*innen diskutiert werden. Damit wollen wir den
16 Kontakt zu den Gewerkschaften intensivieren und möglichst regelmäßig stattfinden lassen.

17 **An welchen Themen wollen wir Inhaltlich arbeiten?**

18 Inneres

19 Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Große Koalition in Niedersachsen in Sachen Innenpoli-
20 tik einen Kurswechsel anstrebt und bereits erreichte Fortschritte für mehr Freiheits- und
21 Bürger*innenrechte schon bald zurückgenommen werden könnten. Ob es um den Umgang
22 mit Geflüchteten, den Schutz der Menschen vor Polizeiwilkkür oder unser aller Privatsphäre
23 geht, wir Jusos werden die kommenden Entwicklungen scharf beobachten und kritisch in-
24 tervenieren. Speziell die sich anbahnenden Polizeigesetz-Änderungen sind in unseren Au-
25 gen hochproblematisch und gehen unserer Meinung nach in die völlig falsche Richtung. In
26 einem demokratischen Rechtsstaat müssen außerdem Fälle von Polizeiwilkkür und -gewalt,
27 seien es auch wenige, unabhängig und sauber aufgeklärt werden. Dafür werden wir uns
28 auch in Zukunft einsetzen.

29 Antifa Arbeit

30 Ob AfD, NPD, Nazi-Kameradschaften, „Identitäre“, völkische Siedler*innen, Reichsbür-
31 ger*innen usw., vom Harz bis zur Nordsee gibt es in Niedersachsen für Antifaschist*innen
32 wie uns alle Hände voll zu tun.

33 Die AfD sitzt nun auch im niedersächsischen Landtag, nachdem sie bei der vergangenen
34 Landtagswahl verhältnismäßig knapp den Einzug geschafft hat. Selbstverständlich ist es un-
35 ser erklärtes Ziel, die Partei unter die 5%-Hürde zu drücken. Darum werden wir der AfD
36 auch weiterhin das Leben so schwer wie möglich machen, ohne ihr jedoch unnötig Auf-
37 merksamkeit zu schenken. Auf Provokationen und gezielte „Tabubrüche“ fallen wir nicht
38 rein, stattdessen werden wir wann immer nötig die Parolen der Rechtspopulist*innen ent-
39 zaubern und ihnen unsere Vorstellungen eines solidarischen Miteinanders entgegenstellen.

1 Weiterhin werden wir sehr wachsam bleiben, recherchieren und wo es nur geht auf die di-
2 versen Verbindungen der AfD und ihrer Jugendorganisation in extrem rechte Kreise auf-
3 merksam machen. Außerdem gilt es, zukünftige Veranstaltungen der selbsternannten „Al-
4 ternative“ sowie ihren anstehenden Europa-Wahlkampf mit friedlichem und kreativem Pro-
5 test zu behindern. Hierzu stehen wir euch gerne mit Hilfe und Materialien zur Seite und
6 selbstverständlich kann man uns als LaVo auch stets für Vorträge und Coachings anspre-
7 chen.

8 Neben der AfD wird sich unsere antifaschistische Arbeit natürlich auch gegen andere rechte
9 Hohlköpfe wie beispielsweise die „Neue Rechte“ und Neonazis richten. Auch wenn bei-
10 spielsweise die NPD geschwächt ist und es um einige Hotspots der rechten Szene ruhiger
11 geworden ist, bleibt die Gefahr, die von extrem rechten Hetzer*innen ausgeht, bestehen.
12 Neuere Gruppierungen wie z.B. die „Identitäre Bewegung“ geben Rassismus ein „hippes“
13 Gewand und müssen stärker von uns ins Visier genommen werden, weshalb wir gerade
14 auch innerhalb unseres Verbandes und der Partei noch mehr aufklären und sensibilisieren
15 müssen.

16 Fest steht für uns, dass wir Rassist*innen, Antisemit*innen und Anti-Feminist*innen egal
17 welcher Couleur keine Ruhe gönnen werden und gemeinsam mit euch vor Ort an einem
18 Niedersachsen frei von jedweder Diskriminierung kämpfen wollen!

19 Arbeit

20 Niedersachsen ist ein vielfältiges Land, welches aus ländlichen Bereichen und Ballungszent-
21 ren der Industrie besteht. Aus sozialdemokratischer Sicht ist besonders die Industrie- und
22 Stahlarbeit wichtig.. Eine Vielzahl bedeutender Arbeitsplätze finden sich in der Automobil-
23 und Stahlbranche sowie der maritimen Wirtschaft mit Schiffsbau und Offshore-Industrie.
24 Industriearbeit ist Kernelement im Bereich "Arbeit". Ganze Regionen und junge Generatio-
25 nen leben davon. Aufgrund der Digitalisierung und der Wandlung der Arbeitsprozesse müs-
26 sen wir gemeinsam mit der IG-Metall-Jugend zusammenarbeiten und unsere Vorstellungen
27 von "Guter Arbeit" voranbringen und durchsetzen. Wir wollen Ansprechpartner der jungen
28 Generation in der Stahl- und Industriearbeit sein.

29 Thematisch wollen wir uns Arbeitszeitverkürzung auf einen 6-Stunden-Tag bei vollem Lohn-
30 ausgleich fokussieren. Der Wunsch nach mehr Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Ehren-
31 amt ist eines der größten Arbeitsthemen geworden. Eine verkürzte Arbeitszeit kann nicht
32 nur als Jobmotor in Niedersachsen dienen, sondern würde die Mehrbelastung aller Arbeit-
33 nehmer*innen, die aufgrund von Produktivitätssteigerungen entstanden ist, ausgleichen.
34 Zusammen mit den Gewerkschaften wollen wir ein Papier auflegen, in dem wir für Nieder-
35 sachsen den 6-Stunden-Tag bereits realisieren können und unsere Anforderungen an die
36 Wirtschaft sammeln.

37 Um diese Herausforderung zu schaffen, wollen wir, in diesem Jahr, einen "Gewerkschaftsju-
38 gendkongress" veranstalten und die Chancen und Risiken gemeinsam mit den Gewerk-
39 schaften erörtern und im Rahmen eines Strategiepapiers zur Industriepolitik 4.0 in Nieder-
40 sachsen zusammenführen.

1 Bildung

2 Wir setzen uns für ein offenes, modernes Schulsystem ein, welches jungen Menschen die
3 Möglichkeit gibt, sich zu entfalten und welt offen aufzuwachsen. Um sowohl Lehrkräften, als
4 auch Schüler*innen Beteiligung in der Schule zu ermöglichen, setzen wir uns für die Demo-
5 krasierung von niedersächsischen Schulen ein. Wir werden uns deshalb für eine Änderung
6 des niedersächsischen Schulgesetzes einsetzen.

7 Eine große Problematik stellt sich auch in der Digitalisierung unserer Schulen dar. Viele
8 Schüler*innen klagen über eine schlechte Ausstattung ihrer Schulen, deshalb setzen wir
9 uns weiterhin dafür ein, dass in staatlichen Schulen interaktive Tafeln inklusive Internetzu-
10 gang als Grundmaterial zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund werden wir ein Konzept
11 erstellen, welches beschreibt, wie wir uns Digitalisierung an allgemeinen und ausbildenden
12 Schulen vorstellen. Um dies zu ermöglichen, wollen wir innerhalb unseres Verbandes erar-
13 beiten, was Digitalisierung ist oder auch sein kann.

14 Die JugendNetzCard in der Region Hannover ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir set-
15 zen uns auch weiterhin flächendeckend für kostenlosen ÖPNV ein.

16 Die Integrierte Gesamtschule gilt für uns als favorisierte Schulform. Hierbei stehen wir auch
17 für eine offene inhaltliche Differenzierung in Grund- und Erweiterungskursen mit fairen Auf-
18 stiegsmöglichkeiten. Deshalb bieten wir den Jusos in Kreis- und Unterbezirken in der kom-
19 munalpolitischen Debatte unsere Unterstützung an.

20 Langfristig setzen wir uns für die Einführung von Ethikunterricht ein, der den Religionsunter-
21 richt ablösen soll und sich dabei mit Inhalten aller Religionen auseinandersetzen soll.

22 Derzeit besteht in niedersachsens Schulen ein massiver Lehrkräftemangel, das muss sich
23 ändern. Deshalb setzen wir uns auch zukünftig dafür ein, dass die SPD Wege findet, um die
24 Unterrichtsversorgung an BBSen und an allgemeinbildenden Schulen massiv zu verbessern.
25 Die Lehrer*innenausbildung ist im Hinblick auf den Vorbereitungsdienst dahingehend zu
26 reformieren, dass Prüfungstage entzerrt und Belastungen reduziert werden, jedoch muss
27 hierbei berücksichtigt werden, dass die Prüfungstage sich nicht mit der Praktikumsphase
28 überschneiden. Lehrkräfte sollen in ihrem Studium mehr Praxisinhalte vermittelt bekom-
29 men. Hierzu wollen wir Anträge entwickeln und uns auch in Zukunft intensiver mit dieser
30 Thematik auseinandersetzen.

31 Wir erleben aktuell einen starken Anstieg an diagnostizierten Unterstützungsbedarfen in
32 inklusiven Schulen. Die oft fachfremden Schulassistent*innen haben im Gegensatz zu Lehr-
33 kräften derzeit jedoch nur stark begrenzte Möglichkeiten, um sich nach dem Berufseinstieg
34 kostenfrei fortzubilden. Wir fordern deshalb, dass Schulassistent*innen die Möglichkeit er-
35 halten, an kostenfreien Fortbildungen teilzunehmen, dafür muss die Landesregierung ent-
36 sprechende Weichen stellen. Wir stellen deshalb den Anspruch, dass Schulgelder für eine
37 schulische Ausbildung wie im Bereich von Erzieher*innen, Physio- und Ergothera-
38 peut*innen sowie der Pflege abzuschaffen sind, dafür machen wir uns landesweit stark. Wir
39 setzen uns dafür ein, dass Schüler*innen zusätzlich neben der allgemeinen Sexualerzie-

1 hung auch über weitere queere* Lebensformen aufgeklärt werden. Denn für uns ist klar,
2 dass es an niedersächsischen Schulen keinen Platz für Homophobie geben darf.

3 Digitalisierung

4 Unsere Generation steht vor noch nie zuvor gekannten Herausforderungen. In einer sich
5 verändernden Welt wollen wir Jusos in Niedersachsen Zukunft gestalten. Daher wollen wir
6 die Art und Weise der Digitalisierung mitbestimmen und nach unseren Vorstellungen for-
7 men. Die Digitalisierung durchdringt fast alle Bereiche des Lebens. Darunter das Wirt-
8 schafts-, Gesellschafts-, Arbeits- und Privatleben. Es Bedarf einer grundlegenden Idee, wie
9 wir all diese miteinander verbundenen Bereiche und deren zukünftigen Wandel gestalten.
10 Wir glauben, dass die dem demokratischen Sozialismus zugrunde liegenden Werte Freiheit,
11 Gerechtigkeit und Solidarität diese Grundlage sind, nach der wir die Digitalisierung gestalten
12 wollen.

13 Aus diesen Werten wollen wir gemeinsam mit den Jusos in Niedersachsen ein Konzept er-
14 stellen, welches beschreibt, wie wir uns die sozialistische Digitalisierung vorstellen. In dem
15 Konzept sollen Risiken und Chancen für Menschen benannt werden. Um dies zu ermögli-
16 chen, wollen wir innerhalb der Jusos-Niedersachsen Wissen vermitteln, was Digitalisierung
17 ist oder auch sein kann. Im Anschluss wollen wir diskutieren und aus diesen Ergebnissen
18 Anträge formulieren, die Teile unseres Konzeptes, "Die sozialistische Digitalisierung" sein
19 werden. Am Ende dieses Prozesses soll den Jusos in Niedersachsen klar sein, wie wir uns
20 die Digitalisierung vorstellen.

21 Als Grundlegend sehen wir Jusos an, dass personenbezogene Daten im persönlichen sowie
22 im Arbeitsumfeld einen hervorgehobenen Schutzstatus verdienen. Zusätzlich sehen wir das
23 Internet und den Zugang zu diesem als unabdingbare Voraussetzung, um am digitalen Le-
24 ben teilhaben zu können. Daher befürworten wir die Förderung eines umfassendes Glasfa-
25 sernetzes (FTTH), welches dem aktuellen Stand der Technik entspricht. Darüber hinaus ver-
26 stehen wir die Netzneutralität als obligatorischen Bestandteil des Internets, welcher den
27 gleichberechtigten Zugang zum Internet ermöglicht. Diese inhaltlichen Eckpunkte sollen die
28 Basis unseres Konzeptes "Die sozialistische Digitalisierung" darstellen.

29 Feminismus

30 Feminismus ist einer der Grundpfeiler unseres Verbandes. Deutschlandweit organisieren
31 zur Zeit rechte Gruppierungen und sogenannte "Lebensschützer" Frauenmärsche und ver-
32 suchen so feministische Themen für sich zu vereinnahmen und den gesellschaftlichen Roll-
33 back voranzutreiben. Ihr Interesse ist nicht die Gleichstellung von Frauen* und Männern,
34 sondern die Stärkung ihres Rollen- und Familienbildes in deren Zentrum die Frau als Mutter
35 steht.

36 Die MeToo-Debatte aber auch der aktuelle Kampf um die Streichung des §219a, der jegliche
37 Werbung und damit Information über Schwangerschaftsabbrüchen verbietet, zeigen klar,
38 dass Feminismus nach wie vor ein brennendes Thema in unserer Gesellschaft ist und der
39 Kampf um Gleichberechtigung und Selbstbestimmung noch lange nicht vorbei ist. Wir wol-
40 len uns Feminismus wieder größer auf die Agenda schreiben und bei unserer Bildungsar-
41 beit, insbesondere der Grundlagenarbeit, wieder einen stärkeren Fokus darauf legen. Es

1 muss sowohl unser Ziel sein, Feminismus innerhalb unseres Verbandes zu, als auch nach
2 außen und in die SPD zu tragen.

3 Um Frauen* zu empowern, wollen wir ein landesweites Frauen*-Vernetzungswochenende
4 ins Leben rufen. Dieses soll sowohl der inhaltlichen Auseinandersetzung als auch der per-
5 sönlichen Vernetzung und dem Austausch über sensible Themen in einem geschützten
6 Raum untereinander dienen.

7 Wir müssen den Anspruch an uns selbst haben, den Anteil an Frauen* bei den Jusos und in
8 der SPD mittel- und langfristig zu erhöhen. Ein wichtiger Punkt ist eine höhere Diversität der
9 sexuellen Identitäten bei Redebeiträgen. Die hohe Anzahl an Redebeiträgen von Cis-
10 Männern, die sowohl aus patriarchalischen Strukturen als auch einem grundsätzlich hohen
11 Anteil an Cis-Männern im Verband resultiert, kann entmutigend auf Frauen* wirken, wenn
12 sie sich an Diskussionen beteiligen wollen. Daher bekennen wir uns klar zu quotierten Rede-
13 listen.

14 Wir wollen eine gezielte Umfrage an die weiblichen* Mitglieder des Verbandes richten, um
15 zu erfahren was für Themen sie sich von uns explizit wünschen. Darüber hinaus wollen wir
16 unsere Veranstaltungen und Strukturen so gestalten, dass sie für Frauen* attraktiver wer-
17 den. Dafür kann mit anderen Gliederungen und Organisationen ein Austausch stattfinden
18 und Benchmarking betrieben werden.

19 Wir bekennen uns klar zur Quote als legitimes Mittel zur Frauen*förderung. Die Quote allein
20 reicht aber nicht. Junge Frauen* müssen gezielt angesprochen, unterstützt und gefördert
21 werden. Menschen, die bereits Ämter besetzen, müssen junge Menschen an mögliche zu-
22 künftige Aufgaben heranführen, als Ansprechpartner*in für alle möglichen Fragen dienen
23 und ihnen somit die Angst vor mehr Verantwortung nehmen.

24 Das Bundesverfassungsgericht hat im letzten Jahr geurteilt, dass der Gesetzgeber eine drit-
25 te Geschlechtskategorie schaffen muss. Um alle sexuellen Identitäten zu integrieren,
26 gendern wir als Verband konstant mit Sternchen und setzen uns weiterhin dafür ein, alle
27 noch bestehenden Hemmnisse und Hinderungen für trans* und queer* Personen abzu-
28 bauen. Außerdem wollen wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass endlich auch das so ge-
29 nannte Transsexuellengesetz überarbeitet wird.

30 Wenn wir als Jugendorganisation, in der zum Großteil Cis-Männer aktiv sind, attraktiver für
31 Frauen*, Inter*- und Trans*personen (FIT*) werden wollen, müssen wir aufpassen, nicht
32 über, sondern mit FIT*personen zu reden. Daher wollen wir auch hier die Bündnisarbeit
33 weiter stärken. Gemeinsam wollen wir, beispielsweise an speziellen Thementagen, einen
34 umfassenden Antrag erarbeiten, wie wir FIT*personen stärker fördern und integrieren kön-
35 nen. Wir stellen an uns selbst den Anspruch, die Diversität der sexuellen Identitäten lang-
36 fristig im Verband zu erhöhen. Diese inhaltlichen Eckpunkte sowie unsere sozialistischen
37 Grundwerte sollen die Basis des Konzeptes "Die sozialistische Digitalisierung" sein.

38 Gesundheit und Pflege

39 Das Gesundheitssystem wurde vollkommen ökonomisiert. Das stößt an ethische Grenzen
40 und an Grenzen der Zumutung. Die totale Verpreislichung hat eine Verdrängungs- und Pri-
41 vatisierungswelle ausgelöst. Diese gilt es zu stoppen. Insbesondere Krankenhäuser müssen
42 öffentliche Daseinsvorsorge sein und bleiben! Die Grundversorgung muss wohnortnah er-
43 folgen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das DRG-System einer Prüfung unterzogen

1 wird und die Qualität und die Patient*innenorientierung im Krankenhaus wiederhergestellt
2 wird. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der Frage, wie Ärzt*innen bedarfsge-
3 recht in Anzahl und Qualität studieren können.
4 Abgesehen davon wollen wir uns mit verschiedenen Formen der Gesundheitsprävention
5 auseinandersetzen und Wege finden, wie wir diese stärker fördern können.
6 Weiterhin werden wir uns dafür einsetzen, dass § 219a StGB abgeschafft wird. Das Recht
7 von Ärzt*innen zur Beratung über Abtreibungen muss garantiert werden und Ärzt*innen,
8 die dazu bereit sind, müssen vor Verfolgung geschützt werden.

9 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Pflegeausbildungen bedarfsgerecht gefördert werden.
10 Ab 2020 sollen pflegerische Ausbildungen gemeinsam stattfinden. Noch fehlt es allerdings
11 an konkreten Umsetzungsstrategien und einer geregelten Finanzierung.
12 In dem neuen Pflegestärkungsgesetz PSG II wurden bereits viele Verbesserungen verschrift-
13 licht, die allerdings teilweise trotz neuer Gesetzeslage noch nicht umgesetzt werden. Wir
14 wollen uns kritisch mit dem neuen Pflegestärkungsgesetz PSG II auseinandersetzen und
15 dafür kämpfen, dass versprochene Besserungen tatsächlich umgesetzt werden.
16 Auch die ambulante Pflege und die Gesundheitsversorgung im Pflegeheim wollen wir nicht
17 aus den Augen verlieren. Wir sehen die ambulante Pflege als wichtigen Baustein der Da-
18 seinsvorsorge, die vielen pflegebedürftigen Menschen dennoch ein selbstständiges Leben
19 ermöglicht. Die miserablen Zustände und Finanzierungslücken bei der Gesundheitsversor-
20 gung im Pflegeheim wollen wir aufdecken und dagegen ankämpfen.

21 Dies sind nur einige Ausschnitte der Mängel im Bereich der Gesundheit und der Pflege.
22 Aufgrund der Dringlichkeit und Relevanz der Thematik für alle Menschen wird das Thema
23 auch in unserer Bildungsarbeit stärker berücksichtigt werden. Wir wollen dazu gemeinsam
24 mit Interessierten eine umfassende Beschlusslage erarbeiten. Dazu möchten wir mit den
25 Gewerkschaften zusammenarbeiten, denn es geht nicht nur um die Qualität für mögliche
26 Patient*innen, sondern auch um die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte
27 und behandelnden Ärzt*innen.

28 Inklusion

29 Seit Jahren wird die Inklusion als großes Thema unserer Zeit gehandelt. Was wir aber damit
30 genau meinen, ist vielen nicht klar. Im kommenden Jahr geht es uns deshalb darum, folgen-
31 de Fragen beantworten:

32 Warum wollen wir Inklusion?
33 Um wen geht es überhaupt?
34 Und was muss gemacht werden?

35

36 Das Thema Inklusion wollen wir zusammen mit interessierten Jusos bearbeiten. Insbeson-
37 dere die Bereiche Bildung, Arbeit, Wohnen und die Teilhabe an der Gesellschaft sind von
38 besonderem Interesse.

39 Dazu wollen wir uns beispielsweise mit Interessenverbänden wie dem SOvD oder mit Be-
40 troffenen zusammensetzen und sie zu ihren Wünschen und Bedürfnissen befragen. Die

1 erarbeiteten sowie in den Gesprächen gewonnenen Erkenntnisse wollen wir in einem um-
2 fassenden Antrag zur nächsten Landeskongress vorstellen.

3 Umwelt

4
5 Im kommenden Jahr werden umweltpolitische Themen eine höhere Priorität auf unseren
6 Veranstaltungen bekommen. Unsere Generation, welche den Klimawandel und dessen Fol-
7 gen allgegenwärtig miterleben wird, ist in der Pflicht, sich aktiv für den Umweltschutz einzu-
8 setzen. Für uns ist jeder Prozent, der an CO2 und Schadstoffemissionen eingespart werden
9 kann, ein großer Gewinn. Das Land Niedersachsen fungierte in den vergangenen Jahren als
10 internationales Vorbild in der Wirtschaftsbranche der erneuerbaren Energien. Wir werden
11 uns innerhalb der SPD dafür einsetzen, dass Niedersachsen auch in der GroKo nicht dahin-
12 ter zurück fällt. Dazu zählt für uns auch eine konsequente Ablehnung des Fracking Verfah-
13 rens.

14 Außerdem möchten wir uns verstärkt mit dem Tierschutz beschäftigen. Wir werben für re-
15 gionale und ethisch vertretbare Tierhaltung und kritisieren die weite Verbreitung von Tier-
16 versuchen, insbesondere in Bereichen, in denen diese nicht mehr zur Garantie des Ver-
17 braucher*innenschutzes notwendig sind. Ergänzend dazu möchten wir auch das Umwelt-
18 bewusstsein in unserem eigenen Verband weiter schulen. Wir verstehen darunter, unser
19 aller Konsumverhalten aus einer anderen Perspektive zu betrachten und uns für Umwelt-
20 themen stärker zu sensibilisieren. Dazu werden wir die das Gespräch mit Umweltorganisa-
21 tionen suchen.

22 Verbraucher*innenschutz

23 Wichtig ist uns, dass die Verbraucher*innenrechte weiter gestärkt werden. Wir setzen uns
24 dafür ein, dass weniger Pestizide in der Landwirtschaft eingesetzt werden und unser
25 Grundwasser nicht fortwährend mit Resten von Pflanzenschutzmitteln belastet wird, denn
26 Pflanzenschutzmittel finden den Weg durch die Böden in unser Grundwasser.

27 Auch der Schutz von Betäubungsmittelkonsument*innen ist für uns Teil des Verbrau-
28 cher*innenschutzes. Auch wenn der politische Wille zu einer Legalisierung und Regulierung
29 fehlt, ist die Existenz des Konsums nicht abzustreiten. Daher setzen wir uns weiter für die
30 Legalisierung von Cannabis ein und kämpfen gegen Konsumrisiken, die mit der Illegalisie-
31 rung einhergehen.

32 Notwendig bleibt es außerdem für mehr Tierschutz in der Landwirtschaft zu kämpfen. Es ist
33 uns wichtig, dass die Tiere eine naturnahe Tierhaltung erleben dürfen. Generell ist es das
34 Ziel, dass weniger geschummelt wird und dass maßgeblich mehr Transparenz von der Seite
35 der Unternehmen aufgebaut wird.

36 Awarenessarbeit

37 Awareness, also das Bewusstsein, dass wir in einer patriarchalen, sexistischen und hetero-
38 normativen Gesellschaft leben, ist Teil unseres feministischen Selbstverständnis. Um unsere
39 bisherige Awarenessarbeit zu verstetigen und zu verbessern, wollen wir auf Landesebene
40 ein dauerhaftes Awarenesssteam einrichten. Also eine Struktur die dauerhaft ansprechbar
41 ist, wenn jemand in unserem Verband Sexismus erfährt oder anderer Diskriminierung aus-

1 gesetzt ist. Ähnliche Strukturen haben sich bereits in einzelnen Bezirken und Unterbezirken
2 etabliert. Wir möchten versuchen, einen Austausch über die bereits gesammelte Expertise
3 in diesem Bereich anzuregen. Im Rahmen unserer feministischen Arbeit möchten wir au-
4 ßerdem Grundlagen der Awarenessarbeit für den gesamten Verband zugänglich machen.
5 Bei großen Veranstaltungen, wie z.B. der Landeskonzferenz, die eines größeren Awareness-
6 teams bedürfen, können erfahrene und geschulte Mitglieder der verschiedenen Ebenen
7 rotieren und gegenseitig aushelfen.

8 **Juso Landesausschuss**

9 Der Landesausschuss der Jusos Niedersachsen ist das höchste beschlussfassende Organ
10 des Landesverbandes zwischen den Landeskonzferenzen und das demokratische Kontroll-
11 gremium, welches die Arbeit des Landesvorstands kontrolliert und kritisch begleitet. Um
12 dies zu gewährleisten, wird der Landesvorstand und die Landesgeschäftsführung das Lan-
13 desausschusspräsidium bei der Terminfindung und Einladung von Landesausschusssitzun-
14 gen unterstützen.

15 **Wie wollen wir Öffentlichkeitsarbeit betreiben?**

16 Ein zentraler Punkt unserer Arbeit wird die Öffentlichkeitsarbeit sein. Unsere Arbeit ist kein
17 Selbstzweck, sondern wir müssen unsere Positionen nach außen tragen und uns als pro-
18 gressiver Richtungsverband in der niedersächsischen Landespolitik profilieren.

19 Der bisherige Landesvorstand hat damit begonnen seine Öffentlichkeitsarbeit strategischer
20 zu betreiben und Anlässe zu schaffen, über die wir mit unserer Kernzielgruppe kommuni-
21 zieren können. Dies werden wir fortführen. Darüber hinaus werden wir öffentlichkeitwirk-
22 same Aktionen entwickeln, die in den Unterbezirken/Kreisverbänden einfach und unkompli-
23 ziert umgesetzt werden können.

24 Als politische Jugendorganisation sind für uns die Sozialen Medien, allen voran Facebook
25 und Instagram, DAS Tool, um unsere Zielgruppe über unsere Positionen zu informieren und
26 mit dieser in Dialog zu treten. Dies werden wir konsequent nutzen und regelmäßig frische,
27 relevante Inhalte (z.B. Videos, Kacheln und Themenseiten auf unserer Website) produzieren
28 und posten. Wir arbeiten kontinuierlich daran eine möglichst große Reichweite für unsere
29 Inhalte zu generieren und werden dafür uns alle zur Verfügung stehenden Mittel (z.B. auch
30 das gezielte Bewerben von Posts) nutzen. Wir werden unsere Arbeit regelmäßig evaluieren
31 und unsere gewonnene Expertise in diesen Bereichen den Unterbezirken und Kreisverbän-
32 den zur Verfügung stellen.

33 Trotz Digitalisierung ist die Pressearbeit auch heute noch eine wichtige Komponente für
34 uns, um als landespolitische Akteur*innen wahrgenommen zu werden. Deshalb werden wir
35 auch weiterhin regelmäßig Pressemitteilungen herausgeben und Kontakte zu Journa-
36 list*innen aufbauen und pflegen.

37 Neben der Kommunikation nach außen möchten wir auch die Kommunikation mit den Un-
38 terbezirken/Kreisverbänden und unseren Mitgliedern professionalisieren. Ein wichtiger

1 Baustein dafür ist der Newsletter, welcher auch in diesem Jahr in regelmäßigen Abständen
2 erscheinen wird. Damit erreichen wir alle per E-Mail erreichbaren Mitglieder und können
3 ihnen so einen Einblick in die Arbeit des Landesvorstands geben. Dies möchten wir nutzen
4 und den Newsletter zu einem Verbandsmagazin umbauen. Darüber hinaus werden wir den
5 neu eingeführten "Infomail Verteiler" weiter aufbauen, um. Weiterhin suchen wir nach neu-
6 en Partizipations und Kommunikationswegen, um mit den Unterbezirken/Kreisverbänden in
7 stetigem Kontakt zu bleiben und Feedback und Anregungen einzuholen. Dies kann bei-
8 spielsweise über WhatsApp Gruppen/Broadcast und Online Umfragen passieren.

9 **Woran wollen wir sonst noch arbeiten?**

10 Natürlich spielt für junge Menschen, für deren Belange wir uns ganz besonders einsetzen
11 wollen, Schule, Ausbildung und Studium eine große Rolle. Um diesem wichtigen Thema ge-
12 recht zu werden, wollen wir weiterhin unsere gute Zusammenarbeit mit der Juso Hoch-
13 schulgruppe Niedersachsen aufrecht erhalten. Im Zuge dessen hat die HSG einen kooptier-
14 ten Platz im Juso Landesvorstand um dem Landesvorstand beratend zur Seite zu stehen
15 und um Unterstützung vom Landesvorstand erhalten zu können.

16 Eine weitere elementare Juso-Gruppe ist die Schüler*innen- und Auszubildenden-Gruppe.
17 Diese hat sich kurz vor dieser Landeskonzferenz zum ersten mal zu einem Koordinierungs-
18 treffen getroffen und möchte sich bald neu gründen. Sie wird durch den Landesvorstand
19 unterstützt werden und kann auch einen kooptierten Platz im Landesvorstand erhalten.

ANTRAGSBEREICH: **A- Arbeit**

AOI	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Kill the Boss – Unsere Vorstellungen zu Arbeit,**

2 **Wirtschaft und Sozialstaat**

3 Wir Jusos definieren uns als sozialistischen Richtungsverband. Der Widerspruch zwischen
4 den volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital stellt für uns den ersten
5 Hauptwiderspruch innerhalb des Kapitalismus dar. Dieser muss aufgearbeitet und über-
6 wunden werden. Dabei spielen die politischen Themenfelder Arbeit, Wirtschaft und Soziales
7 eine zentrale Rolle für das Verständnis, was es bedeutet SozialistIn bzw. JungsozialistIn zu
8 sein. Im Folgenden werden daher zunächst unsere arbeits- und wirtschaftstheoretischen
9 Inhalte skizziert, bevor wir praxisbezogene Handlungsfelder darstellen.

10

11 1. Denn sie wissen nicht, was sie tun...

12 Kapitalistische Strukturen überwinden

13

14 Oberstes Ziel für uns Jusos ist es das kapitalistische Wirtschaftssystem zu überwinden.
15 Basis unserer Kritik am Kapitalismus ist die marxistische Analyse. Der demokratische So-
16 zialismus stellt für uns eine Alternative zur derzeitigen Produktionsweise dar.

17

18 Wir werden uns beim Kampf um den Sozialismus allerdings nicht treiben lassen: Bürger-
19 liche Fragestellungen, wie ein demokratischer Sozialismus denn konkret aussehen soll,
20 können nicht abschließend beantwortet werden. Es ist nicht entscheidend und schon
21 gar nicht zielführend, diese Fragen als politische Minderheit heute beantworten zu wol-
22 len. Unser Ziel ist es vielmehr um eine gesellschaftliche Mehrheit zu kämpfen, die die
23 heutigen Strukturen nicht mehr akzeptiert. Ist dieser Schritt erfüllt – und nur dann –
24 können Antworten auf die künftige Produktionsweise und den Wirtschaftsstrukturen er-
25 folgen.

26

27 Sozialismus ist demnach auch kein „Endzustand“ sondern eine immerwährende Aufga-
28 be. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auf die Grundwerte der SPD, Freiheit, Gerech-
29 tigkeit und Solidarität, zu verweisen. Nur wenn diese Grundwerte für die zukünftige Ge-
30 staltung einer neuen Gesellschaft international zusammen mit politischer und wirt-
31 schaftlicher Demokratie für alle Menschen in allen Politikfeldern erfüllt sind, kann sich
32 eine sozialistisch geprägte Gesellschaft entfalten.

33

1 2. Metropolis

2 Arbeit ist mehr als Broterwerb

3 Arbeit besitzt im Kapitalismus mehrere Funktionen: Zum einen tritt sie in Form von Er-
4 werbsarbeit auf, die vor allem das Primäreinkommen von Menschen und damit die Teil-
5 habe am gesellschaftlichen Leben sicherstellt. Erwerbsarbeit kann dabei auch eine wei-
6 tere Funktion von Selbsterfüllung und Identifikation beinhalten. Diese Funktion ist aber
7 kein Automatismus. Denn wie Marx im Kapital vom „Doppelt freien Arbeiter“ zynisch
8 festgestellt hat, ist einE ArbeiterIn zwar von feudalen Verhältnissen befreit, aber auch
9 frei von sämtlichen Produktionsmitteln. In diesem Zusammenhang ist einE Arbeitneh-
10 merIn gezwungen, seine bzw. ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, um überleben zu
11 können – zur Not ist man also dazu gezwungen Tätigkeiten auszuüben, die man nicht
12 ausführen möchte.

13

14 Darüber hinaus beinhaltet Erwerbsarbeit im Kapitalismus auch die Funktion der Kapital-
15 akkumulation: EinE ArbeitnehmerIn wird stets ausgebeutet, bekommt also nur einen
16 Bruchteil seiner bzw. ihrer erbrachten Leistung als Lohn oder Gehalt. Der restliche nicht
17 vergütete Teil, der von Marx als „Mehrwert“ beschrieben wird, bleibt hingegen beim Ar-
18 beitgeber.

19

20 Für uns Jusos geht es also darum innerhalb des derzeitigen Wirtschaftssystems diesen
21 beschriebenen „Mehrwert“ zu verringern, aber auch die Arbeit nicht allein auf die Form
22 der Erwerbsarbeit zu reduzieren. So gibt es weitere Formen jenseits der Erwerbsarbeit,
23 die wir vor allem auch aus feministischer Perspektive auf alle Gesellschaftsmitglieder
24 gleichermaßen verteilen wollen, da der Anteil der gesamtgesellschaftlichen sozialversi-
25 cherungspflichtigen Erwerbsarbeitszeit von Frauen zum einen niedriger ausfällt als der
26 von Männern. Andererseits wird die mit der Familien- und Sorgearbeit zumindest eine
27 von den drei weiteren Arbeitsformen überdurchschnittlich stark von Frauen ausgeübt –
28 oft ohne entsprechende Anerkennung.

29

30 Schließlich tragen die Arbeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit für viele Menschen
31 mehr zur Identifikation und Selbsterfüllung bei als es die reine Erwerbsarbeit schafft. Die
32 anderen Formen bilden die bereits genannte Sorgearbeit sowie Arbeit im Sinne von Bil-
33 dung sowie ehrenamtliches Engagement. Es kommt für uns darauf an, auf die höhere
34 gesellschaftliche Anerkennung der anderen drei Arbeitsformen hinzuwirken.

35

36 3. Mockingjay

37 Unser Verhältnis zum Staat

38

39 Der Kapitalismus produziert innerhalb von Volkswirtschaften ökonomische Ungleichhei-
40 ten unter allen Individuen einer Gesellschaft, welches für benachteiligte Personen gro-
41 ße Herausforderungen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verursacht. Deshalb
42 benötigen wir aus jungsozialistischer Perspektive im derzeitigen Wirtschaftssystem ei-
43 nen vorsorgenden Sozialstaat, der eine Umverteilung von Reichtum von oben nach un-
44 ten betreibt und somit das Ziel verfolgt bestehende ökonomische Verhältnisse auszu-
45 gleichen. Wir Jusos sehen aber als internationalistische Organisation auch Probleme in
46 der Verteilung vom weltweiten Reichtum. Deshalb setzen wir es uns zum Ziel, die Unter-
47 schiede zwischen der westlichen Industriestaaten und den restlichen Schwellen- und

1 Entwicklungsländern abzumildern. Die bestehenden Organisationen, namentlich mit
2 Weltbank und WTO, reichen in ihrer heutigen Struktur nicht aus. Wir sehen eine Chance
3 darin, die Europäische Union als Musterbeispiel dahingehend weiterzuentwickeln. Nä-
4 heres hierzu wird in der Passage 2.6 erläutert.

5 Dennoch müssen wir festhalten, dass sich ein Staat stets aus ökonomisch Verhältnissen
6 ableitet – also nicht autonom agieren kann. Es stellt sich folglich die Frage, ob ein Staat
7 tatsächlich auch dafür genutzt werden kann, um die kapitalistischen Produktionsver-
8 hältnisse zu überwinden. Letzteres ist aus unserer Sicht vor allem aus historischen
9 Gründen zu verneinen. Wir müssen vielmehr auf die bereits beschriebene gesellschaftl-
10 iche Bewusstseinswerdung in der Zivilbevölkerung hinwirken. Hier kommt es allerdings
11 zu einer Einschränkung, nämlich dass vielen Menschen über den Sozialstaat mehr Res-
12 ourcen wie Zeit, Geld, Bildungsmöglichkeiten und Selbstbewusstsein zur Verfügung ge-
13 stellt werden können. Ein starker Sozialstaat kann also nicht für eine sozialistische Revo-
14 lution genutzt werden, schafft aber für eine selbige langfristig die Voraussetzung. Das
15 bedeutet natürlich für uns, dass wir innerhalb unserer Mutterpartei für Mehrheiten in
16 sozialen Fragen kämpfen und uns nach Durchsetzung dieser Inhalte für eine starke SPD
17 in Parlamenten auf allen Ebenen einsetzen.

18 Wir Jusos sehen den Staat daher als Mittel zur politischen Gestaltung, der die persönli-
19 che Situation vieler Menschen verbessert. Oder anders: Ein Staat soll ökonomische Un-
20 gleichheiten eindämmen anstatt dem freien Markt die Produktion und Reproduktion
21 von Elend zu gewähren. Gleichzeitig werden so die Voraussetzungen geschaffen, dass
22 sich jeder Mensch vom derzeitigen gesellschaftlichen Zustand emanzipieren kann.

23 4. The Hunger Games 24 Re-Regulierung des Arbeitsmarkts

25 Die Zahlen von der Bundesagentur für Arbeit scheinen seit Jahren durchweg eine positi-
26 ve Arbeitsmarktentwicklung zu kennzeichnen. Das Wort „Vollbeschäftigung“ macht bei
27 vielen politischen Akteuren die Runde. Doch wie sieht es tatsächlich aus? Durch die Fle-
28 xibilisierung des Arbeitsmarktes durch die rot-grüne Reformpolitik zu Beginn des neuen
29 Jahrtausends haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland massiv zuge-
30 nommen. Unter prekären Beschäftigungsverhältnissen versteht man jede Form der Er-
31 werbsarbeit, die schlecht oder gar nicht bezahlt oder für den/die ArbeitnehmerIn un-
32 freiwillig befristet und/oder in Teilzeit ausgeübt wird. Konkrete Formen dieser prekären
33 Arbeitsverhältnisse stellen demnach Leih- bzw. Zeitarbeit, Beschäftigungsverhältnisse im
34 Niedriglohnsektor, Mini- und Midi-Jobs, sonstige befristete Jobs und Scheinselbständige
35 über Werkverträge dar. Mit anderen Worten alle Beschäftigungsverhältnisse, die vom
36 „Normalarbeitsverhältnis“ abweichen, also einer sozialversicherungspflichtigen 35- bis
37 40-Stundenwoche, die vertraglich unbefristet und deutlich über dem gesetzlichen Min-
38 destlohn vergütet ist. Zu diesen „Normalarbeitsverhältnissen“ gehörten bis zu den vor-
39 genannten deregulierenden Reformen in Deutschland knapp 90% aller ausgeführten
40 Erwerbsarbeitsverhältnisse. Doch durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts besitzen
41 mittlerweile nur noch knapp 70% aller ArbeitnehmerInnen einen solchen Arbeitsplatz.
42

1 Die Zunahme dieser auch als atypischer Beschäftigung bezeichneten prekären, also un-
2 sicheren Situationen für ArbeitnehmerInnen haben zwei zentral negative Auswirkungen
3 auf die betroffenen Personen: Zum einen fühlen sie sich innerhalb ihrer Belegschaft als
4 ArbeitnehmerIn zweiter Klasse. Ein anderer, noch relativ junger Forschungsaspekt der
5 Hans-Böckler-Stiftung geht allerdings noch viel weiter: Denn die Studie hat ermittelt,
6 dass sich atypische Beschäftigungsverhältnisse sehr negativ auf das Privatleben auswir-
7 ken – und zwar viel tiefergehend als bislang gedacht. So gibt es eine sehr hohe statis-
8 tische Abweichung für Trennungen bei Paaren in unverheirateten Beziehungen, in de-
9 nen mindestens eine Person in einem atypischen Arbeitsverhältnis beschäftigt wird. In-
10 sofern stellt die Studie fest, dass ein sicherer Arbeitsplatz nicht nur die materielle Si-
11 cherheit schafft, die man zur allgemeinen gesellschaftlichen Teilhabe benötigt, sondern
12 vielmehr auch einen Rückhalt für eine zufriedene Beziehung bietet. Letztlich fühlen wir
13 Jusos uns in unserer Meinung bestätigt, die wir seit Jahren gegenüber Vorschlägen zur
14 Gegensteuerung des demografischen Wandels vertreten: Wir benötigen keine Erhöhung
15 des Kinder- oder Elterngeldes, um die Geburtenrate in Deutschland zu steigern. Viel-
16 mehr zeichnet sich eine progressive Familienpolitik durch eine deutliche Anhebung von
17 sicheren und gut bezahlten Beschäftigungsverhältnissen aus. Dafür sind staatliche Kor-
18 rekturen in der Gesetzgebung zu Hartz I & II erforderlich.

5. Catching Fire

Betriebliche & unternehmerische Mitbestimmung ausbauen

19 Demokratie darf nicht am Werktor enden. Wir setzen uns als Jusos daher für den Aus-
20 bau betrieblicher und der unternehmerischer Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehme-
21 rInnen aus.

22 Betriebs- und Personalräte haben zwar als Vertretung aller ArbeitnehmerInnen ohne lei-
23 tende Tätigkeiten in sozialen Angelegenheiten wie bei Regelungen der Pausen-, Urlaubs,
24 oder Arbeitszeiten relativ starke Mitbestimmungsrechte, jedoch sind die Mitbestimmung
25 in personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten stark eingeschränkt. Deshalb for-
26 dern wir Reformen innerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes, welche den Räten unter
27 anderem bei Kündigungen gegenüber ArbeitnehmerInnen sowie bei Verlagerungen o-
28 der gar Schließungen von Produktionsstandorten stärkere Zustimmungsverweigerungs-
29 rechte zusichern. Darüber hinaus fordern wir in diesem Zusammenhang ein festes
30 Stimmrecht für VertreterInnen der Jugend- und Ausbildungsvertretungen (JAV) innerhalb
31 der Betriebs- bzw. Personalräte, auch wenn es Angelegenheiten betrifft, die ihre Berufs-
32 gruppe nicht tangieren. Denn junge ArbeitnehmerInnen und Auszubildende sind keine
33 MitarbeiterInnen zweiter Klasse.

34 Außerdem wollen wir eine vollparitätische Besetzung der volkswirtschaftlichen Produkti-
35 onsfaktoren Arbeit und Kapital in den Kontrollgremien der Vorstände gewährleisten.
36 Deshalb fordern wir innerhalb der unternehmerischen Mitbestimmung die Ersetzung
37 des Drittelbeteiligungsgesetzes und des Mitbestimmungsgesetzes durch das Montan-
38 mitbestimmungsgesetz, welches für alle Kapitalgesellschaften unabhängig von Branche
39 und Größe ausgeweitet werden soll. Nur somit ist es möglich, dass sich innerhalb von
40 Aufsichtsräten Vertretungen von ArbeitnehmerInnen und Anteilseignern auf Augenhöhe

1 begegnen können. Bei der Besetzung ist ebenfalls darauf zu achten, dass mindestens
2 40% aller Aufsichtsratsmandate durch Frauen besetzt werden.

3 6. I, Robot 4 Arbeit & Industrie 4.0 nutzen

5 Die Realwirtschaft befindet sich derzeit in einem Prozess der sogenannten vierten in-
6 dustriellen Revolution. Durch die fortschreitende Zunahme der Digitalisierung in der Er-
7 werbsarbeitswelt stehen wir aktuell vor vielen Herausforderungen, auf die wir als sozia-
8 listischer Richtungsverband bereits jetzt Antworten finden müssen. Grundsätzlich sehen
9 wir in diesem Strukturwandel jedoch mehr Chancen auf die allgemeine Verbesserung
10 der Arbeitssituation in der gesamten Berufswelt. Dennoch muss dieser Prozess von uns
11 begleitet und positiv beeinflusst werden. Wie in fast allen Lebensbereichen steht der
12 Zugang zu Bildung – in dem Zusammenhang zu Aus- und Weiterbildung – an erster Stel-
13 le, um die Teilhabe möglichst aller Menschen in der Gesellschaft zu ermöglichen. Denn
14 eine Tatsache steht jetzt schon fest: Durch die steigenden Anforderungen auf dem Ar-
15 beitsmarkt besteht die Gefahr, dass Menschen abgehängt werden. Deshalb lehnen wir
16 eine Verkürzung der Ausbildungsdauer sowie eine Modularisierung in der dualen Aus-
17 bildung ab. Zeitgleich setzen wir uns für eine gesetzlich verbindliche Regelung ein, dass
18 jedem und jeder Angestellten vom Arbeitgeber eine Weiterbildungsmöglichkeit für einen
19 gesetzlich festgelegten Zeitraum pro Jahr angeboten werden muss.

20 Darüber hinaus müssen wir bereits aktuell sichtbaren Tendenzen entgegentreten, die
21 die Gesundheit von vielen ArbeitnehmerInnen negativ beeinflussen. Grenzen zwischen
22 Arbeit und Freizeit verschwimmen beispielsweise durch Homeoffice-Optionen zuneh-
23 mend. Unter anderem haben sich dadurch und durch die gestiegenen Anforderungen
24 im Beruf in den letzten zehn Jahren die psychischen Erkrankungen verdoppelt. Insofern
25 bedarf es auch gesonderte Regelungen zum Gesundheitsschutz für ArbeitnehmerInnen
26 unter Beteiligung der Gewerkschaften. Durch die allgemein ansteigende Produktivität
27 sehen wir im Modell der Erwerbsarbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich ei-
28 nen zentrales Mittel, die Erkrankungen zurückzufahren. In diesem Zusammenhang se-
29 hen wir viel Potential zur Umverteilung von Erwerbsarbeitszeit in der Gesellschaft: Denn
30 viele Menschen, die zurzeit in Vollzeit beschäftigt sind, möchten ihre Erwerbsarbeitszeit
31 gerne reduzieren; viele Teilzeitbeschäftigte wiederum möchten gerne mehr arbeiten.
32 Wir benötigen also auch hier gute Instrumente zur staatlichen Regulierung, die wir als
33 Jusos durch Beschlüsse zur Arbeitsversicherung mit integriertem Lebensarbeitszeitkon-
34 to bereits auf den Weg gebracht haben.

35 7. Die Rückkehr des Königs 36 Für eine aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik

37 Wir Jusos stehen für eine klassisch sozialdemokratische Fiskalpolitik ein, die Eingriffe
38 vom Staat in konjunkturell angespannten Phasen als notwendig erachtet. Eine staatlich
39 aktive Wirtschaftspolitik muss dabei antizyklisch und nachfrageorientiert handeln. Das
40 heißt, dass in Phasen einer Rezession und Depression staatliche Konjunkturprogramme
41 auf den Weg gebracht werden, die möglichst schnell wieder einen Wirtschaftsauf-
42 schwung herbeiführen. Finanziert werden sollen diese notwendigen Konjunkturpakete

1 durch staatliche Mehreinnahmen, die als Rücklagen in Wirtschaftsaufschwungs- und
2 Hochkonjunkturzeiten aufgebaut werden. Das bedeutet, dass in schlechten Wirtschafts-
3 zeiten vom Staat niedrigere Unternehmenssteuersätze sowie bessere Abschreibungs-
4 bedingungen für Unternehmen gewährt werden. Gleichzeitig sollen höhere Investitio-
5 nen vom Staat in den Wirtschaftskreislauf gegeben werden, unter anderem durch öf-
6 fentliche Ausschreibungen sowie öffentlicher Förderung von Kurzarbeit und Weiterbil-
7 dungsbildungsangebote für ArbeitnehmerInnen.

8 Dabei halten wir fest, dass die eingeführte Schuldenbremse die Ausübung dieser Wirt-
9 schafts- bzw. Finanzpolitik fast unmöglich macht. Die Finanzierung von den SPD-
10 Ministern vorgeschlagenen und umgesetzten Konjunkturpakete I & II aus der letzten
11 Wirtschaftskrise 2008 & 2009 wäre mit einer bereits greifenden Schuldenbremse nicht
12 möglich gewesen. Daher wollen wir die Schuldenbremse von Bund und Länder wieder
13 abschaffen.

14 8. The Wolf of Wall Street 15 Finanzmärkte regulieren

16 Um den ungezügelten Treiben auf den internationalen Finanzmärkten ein Ende zu set-
17 zen, fordern wir die Einführung einer international wirksame Finanztransaktionssteuer
18 (FTS oder Tobin-Tax) in Höhe von mindestens 0,05% für alle auf dem Finanzmarkt getä-
19 tigten Transaktionen ein. Diese sind zunächst innerhalb des europäischen Finanzmarkts
20 einzuführen. Mit einer FTS wird der Hochfrequenzhandel eingedämmt und der Finanz-
21 markt langfristig stabilisiert. Gleichzeitig werden die Verursacher der letzten Finanzkrise
22 an den gesellschaftlichen Kosten beteiligt. Von den geschätzten Einnahmen in Höhe ei-
23 nes dreistelligen Milliardenbetrags innerhalb des europäischen Raums sollen Investitio-
24 nen in die soziale Infrastruktur getätigt werden.
25 Sollte sich abzeichnen, dass eine Finanztransaktionssteuer international kurzfristig nicht
26 realisierbar erscheint, stehen wir für eine national wirksame Börsenumsatzsteuer in
27 Deutschland in Höhe von 0,1% ein.

28 9. Die fetten Jahre sind vorbei 29 Steuersätze für hohe Einkommen & Kapitalerträge anheben

30 Der Trend der ungerechten Lohnentwicklung in Deutschland ist unübersehbar. Zwar
31 sind auch die Gehälter gering qualifizierter ArbeitnehmerInnen zuletzt durch die Einfüh-
32 rung des gesetzlichen Mindestlohns real gestiegen. Dennoch zeigt die langfristige Per-
33 spektive, dass in den letzten zehn Jahren vor allem das oberste Zehntel der Angestellten
34 unter anderem auch durch erfolgsabhängige Lohnzusatzleistungen überproportional zu
35 den übrigen 90% der Angestellten von der positiven Arbeitsmarktentwicklung profitiert
36 haben. Der gestiegene gesellschaftliche Reichtum ist also auch unter den Beschäftigten
37 ungleich verteilt worden. Unser Ansatz wie diese Entwicklung zugunsten der gesamten
38 Gesellschaft korrigiert werden kann, liegt in einer Steigerung des Spitzensteuersatzes
39 auf über 50%, welchen wir aus Gründen der Steuergerechtigkeit ebenfalls als sozial ge-
40 recht empfinden. Dies würde zu einer Ausgangslage führen, in der öffentliche Haushalte
41 wieder deutlich mehr Spielräume zum Ausbau der sozialen Infrastruktur haben. Gleich-

1 zeitig gilt es vor allem die mittleren und unteren Einkommensgruppen bis 30.000 EUR
2 steuerlich zu entlasten.

3 Darüber hinaus sind wir für die Abschaffung der Abgeltungssteuer. Denn während Ein-
4 kommen aus Arbeit derzeit progressiv mit bis zu 45% ab EUR 256.000 besteuert wer-
5 den, liegt der Steuersatz für Zinserträge unabhängig von ihrer Höhe bei pauschal 25%.
6 Da unsere Auffassung von Steuergerechtigkeit vorsieht, dass Erträge aus Arbeit nicht
7 höher besteuert werden sollen als Erträge aus Kapital, setzen wir uns für die Wiederein-
8 führung eines progressiven Steuermodells bei Kapitalerträgen identisch zum Einkom-
9 menssteuermodell ein.

10 10. Jäger des verlorenen Schatzes

11 Einführung der Vermögens- und Reform der Erbschaftssteuer

12 Deutschland ist eine der reichsten Volkswirtschaften auf der Welt. Doch nicht nur das
13 Einkommen sondern auch das gesellschaftliche Vermögen ist hierzulande sehr ungleich
14 verteilt: Eine Studie der Deutschen Bundesbank aus 2016 belegt, dass das Median-
15 Vermögen bei knapp EUR 60.400 liegt, während das arithmetische Mittel mit EUR
16 214.500 fast viermal so hoch ist. Dies ist ein deutliches Indiz für eine starke Konzentri-
17 on des Gesamtvermögens auf die reiche Hälfte der Gesellschaft.

18 Wir wollen, dass die reichsten Menschen in der Gesellschaft deutlich mehr zum Zu-
19 sammenhalt der Gesellschaft und damit dem Erhalt des sozialen Friedens beitragen als
20 in der Vergangenheit. Daher stehen wir für die Einführung einer Vermögenssteuer ein.
21 Schätzungen gehen bislang davon aus, dass Vermögen, das ab einem Wert von 2 Mio.
22 EUR mit 1% besteuert wird bis zu 16 Milliarden EUR als Mehreinnahmen in die Staats-
23 kasse spülen würde. Die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) geht in diesem
24 Zusammenhang davon aus, dass bei dem soeben vorgeschlagenen Freibetragsmodell in
25 Höhe von 2 Mio. EUR 98% aller im Handelsregister erfassten Unternehmen keine finan-
26 zielle Mehrbelastung zu befürchten haben, mittelständische Unternehmen von der Re-
27 form also ausgeschlossen sind und keine arbeitsplatzgefährdete Situationen zu erwar-
28 ten sind.

29 Wir stehen darüber hinaus dafür ein, dass vererbter Reichtum ebenfalls stärker besteu-
30 ert wird als bislang. Dazu sollen entsprechende Freibeträge als auch Steuersätze erhöht
31 sowie Abschreibungsmöglichkeiten gemindert werden. Diese daraus resultierenden
32 Mehreinnahmen könnten beispielsweise den Kommunen zum Ausbau der sozialen Inf-
33 frastruktur zur Verfügung gestellt werden und tragen damit einen entscheidenden Bei-
34 trag zur sozialen Gerechtigkeit bei.

35 11. Let's make money

36 Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge entgegentreten

37 Die deutsche Nachkriegsgesellschaft war von einem Prinzip der Solidarität aufgebaut:
38 Ein Mensch mit einem Arbeitsplatz war für einen arbeitslosen Mensch da, ein gesunder
39 Mensch für einen Kranken, die Arbeitsgesellschaft für die Rentengesellschaft. Dabei kam
40 den Unternehmen eine Sonderrolle zu. Sie durften gewinnorientiert wirtschaften, besa-

1 ßen aber die gesamtgesellschaftliche Verantwortung das soziale Netz zur Hälfte mit zu
2 finanzieren. Dies war Geburtsstunde des deutschen Sozialversicherungssystems in der
3 Bundesrepublik.

4 Vor mehr als zehn Jahren kam es dahingehend jedoch zu einem gesellschaftspolitischen
5 Bruch: Das Wort „Eigenverantwortung“ wurde salonfähig. Das heißt, dass alle Arbeit-
6 nehmerInnen zunächst mehr zur Verantwortung gezogen wurden und individuell aus
7 ihrem eigenen Einkommen und Vermögen zusätzlich für ihre spätere Rente vorsorgen
8 sollten. Darüber hinaus wurde die vollparitätische Finanzierung in der gesetzlichen
9 Krankenversicherung sowie der Pflegeversicherung zugunsten der Kapitaleseite auf den
10 arbeitenden Teil der Bevölkerung verschoben. Wir setzen uns daher für eine Rückkehr
11 zur vollparitätische Finanzierung aller Säulen der Sozialversicherung ein. Gleichzeitig
12 muss der gesetzliche Beitragssatz zur Deutschen Rentenversicherung angehoben wer-
13 den, um die ergänzende Privatvorsorge der ArbeitnehmerInnen zur Sicherung des Le-
14 bensstandards in der Rentenzeit überflüssig zu machen. Außerdem ist die Pflegeversi-
15 cherung dafür da, damit Kinder nicht die Pflege ihrer Eltern finanzieren müssen, ent-
16 sprechende Gesetzeslagen sind dahingehend zu ändern.

17 Zusätzlich zu diesen Reformvorschlägen möchten wir die Beitragseinnahmen durch eine
18 Umgestaltung des Kranken- und Rentenversicherungssystems durch jeweilige Bürger-
19 versicherungen gewährleisten, damit künftig alle Beschäftigungsverhältnisse ihren glei-
20 chen Anteil zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt leisten und die zusätzlichen
21 Beitragseinnahmen zur Qualitätssteigerung im Renten- und Gesundheitssystem be-
22 tragen können. Außerdem wollen wir die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversi-
23 cherung überführen, aus der unter anderem Weiterbildungsangebote finanziert und
24 Ruhephasen innerhalb des Erwerbsarbeitslebens in privat relevanten Zeiten angerech-
25 net werden können. In diesem Zusammenhang möchten wir die Regelsätze zur Grund-
26 sicherung für Langzeitarbeitslose deutlich erhöhen und Sanktionen abschaffen.

27 Wir stellen uns darüber hinaus gegen den neoliberalen Irrglauben, dass öffentliche Auf-
28 gaben durch Wettbewerb und einer Konkurrenzsituation effektiver von privaten Anbie-
29 tern umgesetzt werden können. Unsere vorgenannten Steuerreformvorschläge sind
30 demnach auch kein Selbstzweck: Wir wollen einen handlungsfähigen und gemeinwohl-
31 orientierten Staat, der Investitionen in die soziale Infrastruktur tätigt. Sei es beispielswei-
32 se für die Verkehrsinfrastruktur, für den öffentlich-sozialen Wohnungsbau, der Digitali-
33 sierung oder für staatliche Bildungseinrichtungen von der KITA über Schulen bis hin zu
34 Universitäten. Teilprivatisierungen öffentlicher Straßen und Einrichtungen (PPP bzw.
35 ÖPP) lehnen wir ab.

A02	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will!
– Für eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte

1 Die Jusos stehen genau wie die SPD in einer sehr langen Tradition der Arbeiter*innenbewegung. Die Stärkung der Rechte und der Mitbestimmung der Arbeiter*innen
 2 und auch aller anderen Arbeitnehmer*innen sind für uns daher ein elementarer und unverhandelbarer Bestandteil unseres politischen Strebens und die Gewerkschaften sind in
 3 dieser Frage unsere natürlich Bündnispartnerinnen. Nach über 150 Jahren dieses Kampfes
 4 haben wir gemeinsam viele Errungenschaften erkämpft. Diese Errungenschaften sind allerdings tagtäglich bedroht und müssen daher stets verteidigt, erhalten und ausgeweitet werden.
 5 Hierbei dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass sich unsere Gesellschaft und unsere Lebenswirklichkeit in einer immensen Dynamik weiterentwickelt und damit auch die
 6 Arbeitswelt einen entsprechenden Wandel erfährt. Das bringt vor allem für die Arbeitnehmer*innen ganz neue Herausforderungen mit sich, auf die es auch im 21. Jahrhundert sozialdemokratische Antworten braucht.
 7 Einige dieser konkreten Herausforderungen und die aus ihnen erwachsenden Forderungen sollen im Folgenden thematisiert werden:

14 **Mehr staatliche Verantwortung für eine demokratische und soziale Arbeitswelt**

15 Wir sehen uns einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Arbeitswelt gegenüber. Der Organisationsgrad von Gewerkschaften sinkt ebenso wie die Zahl an Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen, die von Gewerkschaften vertreten werden und von Tarifverträgen umfasst sind. Dies führt zu einem Ungleichgewicht zwischen den Tarifparteien und hüllt die Tarifautonomie aus. Der Mindestlohn hat gezeigt, dass staatliche Regulierung als sinnvolle und auch notwendige Ergänzungen zu Vereinbarungen der Tarifparteien zu sehen sind, die den Rahmen der Tarifautonomie setzen und gesellschaftliche und sozialpolitische Leitplanken setzen. Daher sollten staatliche Regelungen und politischer Gestaltungswille in unserer Arbeitswelt keine falsche und unangebrachte Zurückhaltung an den Tag legen. Die Arbeitswelt braucht politische Gestaltung und den Mut zur Veränderung.

25 **Flexibilität gilt auch für Arbeitgeber*innen - Schluss mit der Teilzeitfalle**

26 Auf dem Arbeitsmarkt gewinnt der Aspekt der umfassenden Flexibilität immer mehr an Bedeutung. Viele Arbeitnehmer*innen sehen sich wachsenden Ansprüchen gegenüber, die von ihnen verlangen, dass sie sich zeitlich und räumlich immer stärker an ihren beruflichen Anforderungen orientieren. Leider gibt es bei aller Flexibilisierung einen Aspekt, der ganz und gar nicht flexibler wird: die Teilzeitfalle. Wer einmal in Teilzeit geht, kommt nur selten wieder in eine Anstellung in Vollzeit zurück. Das kann nicht sein: Wer in Vollzeit arbeiten will, muss das auch dürfen!

1 Wir fordern:

2 -ein echtes Teilzeit-Befristungsgesetz, das die Reduzierung von Arbeitszeit mit einer verein-
3 barten automatischen Rückkehr in Vollzeit verknüpft.

4 -einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit, der gesetzlich verankert, dass eine Rück-
5 kehr von Teil- in Vollzeit für alle Arbeitnehmer*innen gewährleistet ist.

6 **Nur Ausbeutung gehört befristet - Schluss mit der willkürlichen Befristung**

7 Kettenbefristungen sind eine traurige Realität, die vor allem junge Arbeitnehmer*innen eine
8 mittel- oder langfristige Lebensplanung erheblich erschwert. Dieser Zustand gehört über-
9 wunden!

10 Deshalb fordern wir:

11 -die sachgrundlose willkürliche Befristung von Arbeitsverträgen restlos abzuschaffen.

12 -der nicht hinnehmbaren Realität von Kettenbefristungen einen wirksamen gesetzlichen
13 Mechanismus entgegenzusetzen und so Kettenbefristungen tatsächlich zu unterbinden.

14 -eine klarere Definition und Begründung von Sachgründen zur Befristung von Arbeitsver-
15 hältnissen um zu vermeiden, dass diese willkürlich sind.

16 **Gleiche Arbeit verdient gleiche Anerkennung - Schluss mit der Ungleichbehandlung von**
17 **Leiharbeiter*innen**

18 Leiharbeiter*innen leisten in vielen Betrieben genauso viel und genauso gute Arbeit wie die
19 jeweiligen Stammbeschaften. Dennoch werden sie gesetzlich als Arbeitnehmer*innen 2.
20 Klasse behandelt. Das muss aufhören!

21 Wir fordern:

22 -die umfassende Gleichberechtigung von Leiharbeiter*innen gegenüber der Stammbes-
23 chaft - sowohl in der Bezahlung als auch in der Frage von Arbeitnehmer*innenrechten.

24 -zu verbieten, eine Stelle dauerhaft nur durch Leiharbeiter*innen zu besetzen.

25 **Sein statt Schein – Scheinselbstständigkeiten aufdecken und bekämpfen**

26 Scheinselbstständigkeit schadet im Wesentlichen dem Scheinselbstständigen selbst und
27 den sozialen Sicherungssystemen. Deshalb muss sie noch effektiver aufgedeckt und unter-
28 bunden werden. Damit sorgen wir zugleich für einen immensen Zuwachs von sozialversi-
29 cherungspflichtigen Arbeitsplätzen – vor allem in den Bereichen, in denen Scheinselbst-
30 digkeit heute noch weit verbreitet ist.

31 Wir fordern also:

32 -Scheinselbstständigkeit noch wirkungsvoller zu regulieren und entschlossen dagegen vorzu-
33 gehen.

34 **App statt Stechuhren? – Für faire und gesunde Arbeitszeitregelungen in der digitalisierten**
35 **Arbeitswelt**

1 Räumliche Flexibilisierung kann von Arbeitnehmer*innen als Vorteil empfunden werden,
2 aber es stecken in dieser Entwicklung viele Möglichkeiten, den Arbeitsschutz zu untergraben
3 und auszuhebeln. So werden in Deutschland immer mehr Überstunden weder erfasst noch
4 durch Freizeit ausgeglichen oder finanziell vergütet. Ein weiteres Problem in diesem Zu-
5 sammenhang stellt auch die Durchsetzung des wichtigen und notwendigen flächendecken-
6 den Mindestlohns dar.

7 Wir fordern:

8 -einen zeitgemäßen Arbeitsschutz, der Arbeitnehmer*innen auch in der digitalisierten Ar-
9 beitswelt ihre Ruhephasen und ihren Feierabend garantiert.

10 -gesetzliche Regelungen, die der immensen Unterschlagung von Überstunden in Deutsch-
11 land endlich Einhalt gebietet.

12 -die Einführung einer Wochen-Maximalarbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohnaus-
13 gleich.

14 **Globalisierung braucht mehr soziale Dimensionen – Für europäische und globale Arbeit-**
15 **nehmer*innenrechte**

16 Die hier beschriebenen Probleme und Lösungsvorschläge sind keineswegs nur auf die
17 Bundesrepublik Deutschland anzuwenden. Die Entwicklungen und Herausforderungen äh-
18 neln sich in vielen Nationalstaaten, die leider immer noch allein und individuell nach Lösun-
19 gen suchen und diese Konzepte für sich erproben. Aber ein Ziel sollten alle Arbeitneh-
20 mer*innen auf der Welt teilen: menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu einer gerechten
21 Bezahlung für ausnahmslos alle! Im Dienste dieses gemeinsamen Ziels müssen die europäi-
22 schen und auch die globalen Bemühungen vorangetrieben werden, damit menschenver-
23 achtende Arbeitsbedingungen und unwürdige Entlohnung überall auch so benannt und
24 bekämpft werden kann und nicht zu sogenannten „guten Standortbedingungen“ verklärt
25 werden. Daher muss das mittel- bis langfristige Ziel sozialdemokratischer Arbeitspolitik sein,
26 unsere Ziele und Maßnahmen auch europaweit und international durchzusetzen. Bei die-
27 sem Globalisierungsprozess der Arbeitnehmer*innenrechte sind die Gewerkschaften unse-
28 re wichtigsten Bündnispartnerinnen, die auch ihrerseits ihre Organisationen jenseits der
29 Grenzen von Nationalstaaten weiterentwickeln müssen.

30

31

A03	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Mindestlohn für Minderjährige

- 1 Wir fordern einen Mindestlohn für Minderjährige, Praktikant*innen und Schüler*innen. Die-
- 2 ser soll sich, wie auch in anderen europäischen Staaten, aus Prozentualen Abstufungen des
- 3 regulären Mindestlohns ergeben.
- 4 **Begründung:**
- 5 Ein Mindestlohn für Minderjährige etc. ist längst überfällig. Er würde Lohndumping ein-
- 6 dämmen und eine gerechtere Bezahlung fördern, würde er jedoch eher eine ordnungspoli-
- 7 tische Maßnahme sein, als eine sozialpolitische. Dieser zusätzliche Mindestlohn würde den
- 8 Wettbewerb im saisonalen Geschäft (z.B. bei Ferienjobs) deutlich fairer machen.

A04	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Land
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Leben gestalten – Arbeitskraft sichern

- 9
- 10 Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, die staatliche Vorsorge
- 11 für den Fall der Berufsunfähigkeit auszubauen.

12

Begründung:

- 14 Das Kapital der meisten Menschen ist ihre Arbeitskraft. Doch was passiert, wenn diese nur
- 15 noch eingeschränkt zur Verfügung steht, oder gar wegfällt? Jeder vierten Arbeitskraft wider-
- 16 fährt das Schicksal der Berufsunfähigkeit, doch nur einer von zehn ist dagegen versichert.

- 17 Was passiert also, wenn ich berufsunfähig werde und nicht privat Vorsorge getroffen habe?

1 Aktuell ist es so, dass der Hausarzt/die Hausärztin der betreffenden Person die Arbeitsun-
2 fähigkeit zu einem gewissen Prozentsatz bescheinigt. Hier wird die erste Einteilung vorge-
3 nommen. Besteht die Möglichkeit einer Arbeitsbelastung von bis zu 3 Stunden täglich, zahlt
4 die gesetzliche Rentenversicherung 34% vom Brutto. Ist jedoch eine Belastung von 3-6
5 Stunden gemäß ärztlicher Meinung möglich, werden nur noch 17% vom Brutto bezahlt. Das
6 ist meist Sozialhilfeniveau und für einen jede*n Arbeitnehmer*in ruinös, besonders betrof-
7 fen sind junge Menschen. Voraussetzung für die Leistung der sogenannten Erwerbsminde-
8 rungsrente ist, dass die Arbeitskraft in mindestens drei von fünf Jahren Pflichtbeiträge in die
9 gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat. Das ist ebenfalls keine Selbstverständlich-
10 keit. Zusätzlich kommt hinzu, dass die Bewertung der noch vorhandenen Arbeitskraft dazu-
11 führt, dass unabhängig von jeder Vorqualifikation ein neues Berufsbild für den Geschädig-
12 ten durch die Arbeitsagentur gefunden werden muss.

13 Eine private Vorsorge ist sehr kostenintensiv und das passende Angebot zu finden eine
14 "Herkulesaufgabe". Jede Versicherung hat eigene Vertragsausgestaltungen und die sich am
15 Markt befindlichen Berufsunfähigkeitspolicen sind ein Dschungel für jede*n Versicherungs-
16 nehmer*in. Auch werden Arbeitnehmer*innen mittels ihrer Berufe in eine Risikoklasse ein-
17 gestuft, was zu großen Unterschieden in der Bemessung der Versicherungsprämie führt.
18 Dadurch werden kleinere Einkommen, die häufig durch harte körperliche Arbeit verdient
19 werden, stark belastet.

20 Wünschenswert wäre eine Aufstockung der staatlichen Leistungen, welche den Betroffenen
21 eine solide wirtschaftliche Absicherung beschert. Diese Aufgabe sehen wir primär als ho-
22 heitliche Aufgabe des Staates und kann maximal durch zusätzliche Leistungen privater Ver-
23 sicherungsunternehmen ergänzt werden. Die Jusos Oldenburg-Land bitten um deine Zu-
24 stimmung.

A05	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Abschaffung der sachgrundlosen Befristung – auch in der Wissenschaft

- 1 Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung ist auch in der Wissenschaft durchzusetzen.
- 2 **Begründung:** Erfolgt mündlich.

A06	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Beendigung der sachgrundlosen Befristung

- 3 Wir fordern die Beendigung von befristeten Arbeitsverhältnissen. Zudem fordern wir die ersatzlose
- 4 Abschaffung des § 14 Abs. 1 Nr. 7 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes.
- 5 **Begründung:**
- 6 Eine befristete Beschäftigung sorgt für vielerlei negative Konsequenzen im Leben. Es fehlt dadurch an
- 7 einer sicheren Zukunft. So kann beispielsweise weder ein Kredit aufgenommen, noch über die Fami-
- 8 liengründung nachgedacht werden. Ohne zu wissen, was einen nach der Befristung erwartet, ist eine
- 9 Zukunftsplanung schlichtweg nicht möglich.
- 10 Zudem ist auch das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitnehmer*in und Arbeitgeber*in geschwächt.
- 11 Der*die Arbeitnehmer*in kann unter dem ständigen Druck einer befristeten Beschäftigung weder
- 12 eine Vertrauensbasis zum*zur Arbeitgeber*in aufbauen, noch ist eine langfristig angenehme und
- 13 produktive Arbeitsatmosphäre zu erwarten.
- 14 Deswegen müssen wir als Sozialdemokratische Partei für ein faires Arbeitsverhältnis sorgen, welches
- 15 dem Einzelnen eine Zukunft sichert und somit zu einer förderlichen Grundlage der Zusammenarbeit
- 16 zwischen den Vertragsparteien führt!

A08	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Erhöhung des Freibetrages bei Hartz 4 Nebeneinkommen anderer Personen und Abschaffung der Anrechnung an Sozialleistungen**

2

3

4

5 Wir fordern die Erhöhung des Freibetrages (derzeit 100€) durch erzielte Nebeneinkommen von Personen und Schutzbefohlenen, die Kindergeld beziehen und unverschuldet in einer Bedarfsgemeinschaft leben, auf 460€ im Monat. Des Weiteren soll das anrechnen des Geldes durch Behörden (Arbeitsagentur, Jobcenter, etc.) an die Sozialleistungen abgeschafft werden.

9 **Begründung:**

10 Ein Beispiel: Eine junge, in einer Bedarfsgemeinschaft lebende, Person möchte sich etwas dazu verdienen und für den Führerschein sparen. Sie entscheidet sich nebenbei arbeiten zu gehen. Da ihr Vater arbeitssuchend ist, wofür sie aber rein gar nichts kann, darf sie nicht mehr als 100 € im Monat verdienen. Verdient sie mehr, wird ein Großteil des verdienten Geldes abgezogen und angerechnet (80%).

15 Bsp.: 300€ verdient, abzüglich der 100€ Freibetrag, würden 160€ von der jeweiligen Behörde abgezogen werden. Damit aber noch nicht genug. Da sie zu Hause wohnt, wird das restliche verdiente Geld an das Arbeitslosengeld angerechnet werden. Dem Vater der jungen Person wird dadurch das Arbeitslosengeld um 160€ gestrichen. Die junge Person muss somit das verdiente Geld an den Vater abgeben.

20 Dieses komplette System ist nicht nur äußerst ungerecht, sondern trägt auch dazu bei, neben der Schule einfach zu Hause zu bleiben und gar nichts zu machen oder illegal bzw. schwarz arbeiten zu gehen. Eine Reform in diesem Bereich würde zur sozialen Gerechtigkeit beitragen.

23 Deshalb müssen folgende Punkte abgeschafft werden:

- 24 • Kürzung des ALG durch erzielte Nebeneinkommen durch andere in der BG lebende Personen
- 25 • Einbehalten von verdientem Einkommen, das über dem Freibetrag liegt

26

ANTRAGSBEREICH: **B- Bildung**

Boi	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Der Club der toten Dichter – Unsere Vorstellungen zu Bildung, Studium und Ausbildung

1 Bildung ist für uns Jusos ein elementares Thema. Wir sehen in der Bildung einen zentralen
2 Baustein zur Realisierung des Demokratischen Sozialismus, indem Menschen die realen
3 Verhältnisse in der Gesellschaft kritisch analysieren, reflektieren und neue Antworten auf
4 innere gesellschaftliche Widersprüche finden. Letztlich besitzt das Thema Bildung aber auch
5 für uns als Jugendorganisation aufgrund der Zielgruppenorientierung eine Sonderrolle, wel-
6 che wir im folgenden durch konkrete Bildungsvorstellungen unsererseits darstellen.

7 1.1. Das verwunschene Kind 8 Qualität in KITAs kostenfrei sicherstellen

9 Wir legen einen Schwerpunkt darauf, dass die Qualität der frühkindlichen Bildung in den
10 staatlichen KITA-Einrichtungen erhöht werden muss und gleichzeitig alle ökonomischen
11 Hemmnisse für Eltern abgebaut werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Bildung in
12 Deutschland als Grundrecht anerkannt wird, welches allen Gesellschaftsmitgliedern kosten-
13 frei zur Verfügung gestellt wird- von der KITA an. Die Kostenfreiheit soll insbesondere durch
14 die Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Einkommenssteuer, die wir in Punkt 1.9 erläu-
15 tert haben, finanziert werden. Rückständige Forderungen aus Reihen der Union nach einer
16 Herdprämie lehnen wir mit aller Entschiedenheit als strukturkonservatives Element ab, wel-
17 che reell vor allem Frauen in eine Rolle der Erzieherin und Haushälterin degradiert.

18 1.2. Hogwarts 19 Gegliedertes Schulsystem abschaffen, Gesamtschulen ausbauen

20 Deutschland ist weltweit das einzige Land, in dem es ein dreigliedriges Schulsystem nach
21 dem vierten Schuljahrgang gibt. Erwiesenermaßen trägt das dreigliedrige System dazu bei,
22 dass sich ökonomisch-familiäre Verhältnisse über Generationen hinweg konservieren. Oder
23 um es deutlicher zu formulieren: Wer in armen Verhältnissen geboren wird, kommt auf die
24 Hauptschule und bleibt angesichts der heutigen und zukünftigen Anforderungen auf dem
25 Arbeitsmarkt arm, nach dem Motto „Zeig mir, wo Du herkommst und ich zeige Dir, wo Du
26 hingehörst“. Andererseits erhalten Kinder aus akademischen Haushalten hierzulande über-
27 durchschnittlich stark das Abitur auf dem traditionellen Weg über das Gymnasium.

1 Wir Jusos sehen daher in dem dreigliedrigen Schulsystem das letzte Überbleibsel der Feudalgesellschaft. Dieser Zustand muss überwunden werden, um Chancengleichheit für alle
2 Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dies wollen wir
3 durch den Ausbau von Gesamtschulen realisieren, welche langfristig die derzeitige Schul-
4 modelle ersetzen sollen.
5

6 Darüber hinaus sind weitere Strukturreformen erforderlich, damit die individuellen Stärken
7 von SchülerInnen gefördert werden. In diesem Zusammenhang muss ein Umdenken in der
8 Schulstruktur einhergehen, beispielsweise, dass sich zukünftig die Klassen nicht mehr als
9 Altersjahrgänge sondern vielmehr nach individuellen Stärken bzw. Schwächen des jeweili-
10 gen Lernfaches konstituieren („Talentklassen“).

11 1.3. Der Stein der Weisen 12 KiWi-Prinzip ablehnen

13 In den letzten Jahrzehnten mussten wir immer wieder feststellen, dass Bildung an allge-
14 meinbildenden Schulen immer mehr auf die Ausbildung, also auf die Verwertbarkeit für ge-
15 winnorientierte Unternehmen in unserem kapitalistischen System reduziert wird. Dieses
16 Prinzip ist auch unter dem Schlagwort KiWi („Kinder für die Wirtschaft“) bekannt.

17 Wir wollen, dass allgemeinbildende Schulen komplett frei von wirtschaftlichen Interessen
18 ihren Unterricht abhalten können. Dazu sind insbesondere folgende zwei Punkte zu beach-
19 ten:

20 Das Sponsoring von Wirtschaftsunternehmen hinsichtlich von Unterrichtsmaterialien sollen
21 unterbunden werden, damit Schulen weiterhin unabhängig von einzelnen Unternehmen
22 oder Wirtschaftsverbänden ihre Unterrichtsinhalte gestalten können. Denn die Unterrichts-
23 inhalte dürfen sich dabei nicht auf mögliche Einsetzbarkeit in späteren Berufsfelder nieder-
24 schlagen sondern vielmehr unabhängig davon wissenschaftlich aufbereitet werden. Schul-
25 bildung soll also dazu führen, dass sich junge Menschen kritisch mit wissenschaftlichen und
26 gesellschaftlichen Inhalten auseinandersetzen können, um später ein emanzipiertes Leben
27 zu bestreiten.

28 Veranstaltungen von WirtschaftsvertreterInnen oder VertreterInnen aus staatlichen Institu-
29 tionen wie der Bundeswehr müssen aus dem Schulunterricht bzw. aus der Schule fernge-
30 halten werden. Vor allem junge Menschen sind anfällig dafür, dass sie auf Werbeveranstal-
31 tungen, die als Informationsveranstaltung getarnt sind, ohne kritischen Bezug auf die jewei-
32 lige Organisation ein zu einseitiges Bild erhalten. Eine Ausnahme hiervon stellt der Berufsin-
33 formationstag dar, auf dem sich verschiedene Unternehmen aus Deutschland und der je-
34 weiligen Region vorstellen können.

35 1.4. Die Kammer des Schreckens 36 Sitzenbleiben und Noten abschaffen

37 Wir Jusos stehen für ein soziales Lernen ein, welches sich vom derzeitigen „Konkurrenzler-
38 nen“ abgrenzt. Das heißt für uns vor allem, dass wir uns von zwei zentralen Bausteinen in
39 der heutigen Bildungslandschaft verabschieden: Der Wiederholung einer Klassenstufe und
40 der Vergabe von Noten.

1 Denn zu den potentiell einschneidendsten sozialen Ereignissen eines jungen Menschen
2 gehört die Wiederholung der Schulklasse, welches oft mit dem Verlust seines sozialen Um-
3 felds einhergeht. Das „Sitzenbleiben“ fördert also die Ausgrenzung und das Gefühl „versagt
4 zu haben“ für junge Menschen. Dies können wir als Jusos nicht unterstützen. Es gibt andere
5 Wege und Mittel, die Förderung von jungen Menschen zu gewährleisten. Mit unserem im
6 Punkt 4.2 erläuterten Modell der „Talentklassen“ erübrigt sich für uns dieser für viele junge
7 Menschen schwere Weg der Wiederholung.

8 Darüber hinaus wollen wir die Benotung an Schulen in der derzeitigen Form abschaffen. Mit
9 dem Bewertungssystem von 1-6 wird aus unserer Sicht zu wenig differenziert auf die indivi-
10 duelle Entwicklung eines jungen Menschen eingegangen. Es fördert darüber hinaus das
11 Pauken bzw. Bulimie-Lernen von einzelnen Aspekten der Lehrinhalte und nicht das Ver-
12 ständnis der zu erlernenden Inhalte im Gesamtkontext. Die Schulnote ist dahingehend nur
13 eine reine Zahl, die Leistungsdruck auf jedeN SchülerIn und gleichzeitig einen Konkurrenz-
14 druck innerhalb von Schulklassen und Freundeskreisen ausübt, welche von Kindesalter an
15 gesellschaftliche Leitbilder der „Ellenbogenmentalität“ nach dem Motto fördert „Hauptsache
16 ich stehe besser da als andere“.

17 Wir Jusos folgen einem anderen gesellschaftlichen Leitbild, welches sich dadurch auszeich-
18 net, dass wir als Individuen gemeinsam mehr erreichen können, wenn wir zusammen arbei-
19 ten. Zur Realisierung dieses Leitbilds wollen wir deshalb schon früh damit beginnen, andere
20 Bewertungsmaßstäbe wie individuelle Rückmeldungen der Lehrkräfte an Eltern und Schüle-
21 rInnen umzusetzen. Ergänzt werden kann dieser Bewertungsmaßstab mit Förderunterricht
22 von talentierten SchülerInnen für SchülerInnen, die in einem Fach einen längeren Zeitraum
23 benötigen, um die Lerninhalte zu verstehen.

24 1.5. Der Orden des Phönix 25 SchülerInnen- und Studierendenvertretungen stärken

26 Demokratie darf nicht am Schultor enden! Viele Entscheidungen an den Schulen in Nieder-
27 sachsen werden dennoch von den Schulvorständen und Schulleitungen getroffen, in denen
28 SchülerInnenvertretungen (SV) kein oder nur ein stark eingeschränktes Mitspracherecht
29 haben. Dies wollen wir ändern. Wir fordern daher, dass Entscheidungen an Schulen auf
30 sämtlichen Ebenen nur von drittelparitätisch besetzter Gremien zwischen Lehrkräften, El-
31 ternvertreterInnen und der SV getroffen werden. Vor allem für junge Menschen ist es ent-
32 scheidend, dass sie sich durch demokratische Entscheidungsstrukturen Gehör verschaffen
33 können und damit der Demokratie von Kindheit an positiv gegenüber stehen.

34 Langfristig sehen wir es aber auch als notwendig an, dass man die Struktur der Entschlei-
35 dungsstrukturen an den staatlichen Schulen in Niedersachsen überarbeitet. Es gibt in
36 Deutschland dahingehend bereits einige Alternativschulmodelle im privaten Sektor, die Ent-
37 scheidungen unter starker Mitnahme der Schülerinnen und Schüler treffen. Diese wollen
38 wir im Einzelnen analysieren und das für uns bestmögliche Modell in die innerparteiliche
39 Debatte zur Strukturreform hineinbringen.

40 Auch die Studierendenvertretungen müssen stärker an Entscheidungen innerhalb universi-
41 täter Entscheidungsstrukturen in Bezug auf Verwaltungs-, Finanz- und Personalfragen beteiligt
42 werden. Deshalb setzen wir uns für eine vollparitätische Besetzung studentischer Vertre-
43 tungen auf allen Ebenen ein.

1 **1.6. Die Heiligtümer des Todes**
2 **Universitäten sind keine Berufsausbildungsanstalten**

3 Wir Jusos sehen in der Wissenschaft ein Mittel, Menschen über nicht begriffene Machtstruk-
4 turen innerhalb der Gesellschaft aufzuklären anstatt sie als naturgegeben anzuerkennen
5 und sich nicht mehr kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen oder gar Widersprüche im ge-
6 sellschaftlich-wissenschaftlichen Bereich zu entlarven. Für uns ist daher klar, dass Bildung
7 an Hochschulen über eine wirtschaftliche Verwertbarkeit der vermittelten Lehrinhalte hin-
8 ausgehen muss. Öffentliche Universitäten sind keine wirtschaftsnahen Berufsausbildungs-
9 institutionen, die ökonomisches Interesse verfolgen sollen.

10 Öffentliche Universitäten sollen auch frei zugänglich sein. Deshalb setzen wir uns auch da-
11 für ein, dass sämtliche Zulassungsbeschränkungen zu Universitäten und innerhalb von Uni-
12 versitäten hinsichtlich der Studienfachauswahl oder der Möglichkeit einen Masterstudien-
13 gang zu beginnen abgeschafft werden müssen. Gleichzeitig stehen wir für eine flexiblere
14 Ausgestaltung der Lehrpläne innerhalb von Studiengängen ein, schließlich geht es in einem
15 wissenschaftlichen Studium auch darum individuelle Lernprozesse jenseits starrer Vorga-
16 ben zu gewährleisten.

17 **1.7. Der Gefangene von Askaban**
18 **Elternunabhängiges BAföG einführen**

19 Studierende müssen darüber hinaus die Möglichkeit haben, sich unabhängig von ihrer öko-
20 nomischen Herkunft voll auf ihr Studium zu konzentrieren, ohne dass die Notwendigkeit zur
21 Aufnahme einer Nebenbeschäftigung auftritt. Deshalb stehen wir dafür ein, dass die BAföG-
22 Regelsätze erhöht werden. Da sich viele StudienabsolventInnen mit einem enormen Schul-
23 denberg konfrontiert sehen und nicht jeder abgeschlossene Studienberuf mit einem hohen
24 Gehalt einhergeht, setzen wir uns dafür ein, dass Leistungen aus dem BAföG - wie in der
25 Zeit als es erstmals eingeführt wurde - als Vollzuschuss, also nicht anteilig als Darlehen ge-
26 währt wird.

27 Darüber hinaus sehen wir, dass viele Eltern aus akademischen Kreisen bereits einen „Plan“
28 für ihre Kinder verfolgen. Sie sind der Meinung, dass sie besser wissen, was gut für ihr Kind
29 ist und üben entsprechenden Druck bei der Studienwahl nach dem Motto aus: „Entweder
30 Du studierst dieses Fach oder es gibt keine finanzielle Unterstützung.“ Wir wollen, dass jun-
31 ge Menschen sich von ihren Eltern emanzipieren können, ein selbstbestimmtes Leben füh-
32 ren und sich unter anderem auch unabhängig vom Elternwillen für ein Studium ihrer Wahl
33 entscheiden. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Einführung eines BAföGs ein, wel-
34 ches unabhängig vom Geldbeutel der Eltern an Studierende ausgezahlt wird. Eine Finanze-
35 rung hierfür ist unter anderem durch unsere bereits erläuterten Steuerpläne sowie durch
36 die Einstellung der Finanzierung von Eliteförderprogramme wie dem sogenannten
37 „Deutschland-Stipendium“ zu gewährleisten.

38 **1.8. Der Halbblutprinz**
39 **Duale Ausbildung stärken**

40 Das duale Ausbildungssystem in Deutschland wird weltweit als vorbildlich betrachtet. Wäh-
41 rend einE AuszubildendeR hierzulande die berufspraktische Ausbildung im Betrieb erlebt,
42 erhält er oder sie die berufstheoretischen Inhalte sowie allgemeinbildenden Unterricht über

1 eine berufsbildende Schule. Dies trägt dazu bei, dass man nach der Ausbildung relativ prob-
2 lemlos in anderen – auch branchenfremden – Betrieben einer Erwerbsarbeit nachgehen
3 kann. Doch seit Jahren verliert das duale Ausbildungssystem durch den Anstieg von Studie-
4 renden an (Fach-)Hochschulen bzw. Universitäten an Bedeutung. Zeitgleich klagen die
5 überwiegende Zahl von Gewerkschaftsjugendlichen und Ausbildungssuchenden an, dass von
6 der Wirtschaft nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden.

7 Wir JUSOS möchten beiden Fehlentwicklungen entgegenzutreten. Zur Steigerung der Attraktivi-
8 tät der klassischen Berufsausbildung sehen wir die Notwendigkeit, die Herausforderungen
9 der zukünftigen Entwicklung am Arbeitsmarkt hinsichtlich des Themas Arbeit 4.0 auf die
10 derzeitige Struktur der Ausbildungsberufe anzupassen. Hier sind die Industrie und Han-
11 delskammer (IHK) und die Handwerkskammer (HWK) aufgefordert gemeinsam mit den poli-
12 tischen Akteuren eine Reform der bundesweit einheitlichen und starren Rahmenlehrpläne
13 hin zu einer Art „Allround Studi“ öffnen. Außerdem müssen sämtliche Ausbildungsberufe
14 durch eine Mindestauszubildendenvergütung in Höhe von mindestens vier Fünfteln des
15 aktuell gesetzlichen Mindestlohns gekennzeichnet sein.

16 Darüber hinaus hat die Wirtschaft die Pflicht genug Ausbildungsstellen zur Verfügung zu
17 stellen. Nachdem freiwillige Vereinbarungen zwischen Politik und Wirtschaft in der Vergan-
18 genheit nicht zu diesem Ziel geführt haben (Ausbildungspakt), fordern wir die Einführung
19 der Ausbildungsplatzumlage. Wir sehen in diesem Instrument das beste Mittel, um das Ur-
20 teil vom Bundesverfassungsgericht aus dem Jahr 1995 gerecht zu werden. Demnach müs-
21 sen 7% aller Beschäftigungsstellen in einem Unternehmen Ausbildungsstellen sein. Unter-
22 nehmen, die weniger Personen innerhalb der Belegschaft ausbilden, müssen eine Strafzah-
23 lung in einen Fonds einzahlen, aus dem sich wieder die Unternehmen bedienen dürfen, die
24 überdurchschnittlich vielen jungen Menschen eine Lebensperspektive aufzeigen

Bo2	Antragsteller*innen:	UB Osnabrück-Stadt
	Weiterleitung:	Landesparteitag, Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Schaffung eines Religionsunterrichts

1 Die Jusos Niedersachsen fordern die Schaffung eines Religionsunterrichts anstatt die
 2 Schüler*innen jeweils im Schulfach ihrer angehörenden Religion zu unterrichten. Im Rel-
 3 gionsunterricht sollten alle Schüler*innen gemeinsam über die Religionen gleichsam
 4 und wertfrei informiert werden.

Begründung:

5 Die bisherige Beschulung der Schüler*innen im Fach „Religion“ trennt die Schüler*innen
 6 gemäß ihrer angehörenden Religion. Die Trennung der Schüler*innen gemäß ihrer Reli-
 7 gion behindert den interreligiösen Austausch und schafft eine Diskriminierung aufgrund
 8 der Religionen in den Bildungsinstitutionen. Im Sinne der Gesellschaft sollte der interreli-
 9 giöse Austausch gefördert und die institutionelle Diskriminierung der Religionen an Schu-
 10 len abgebaut werden.
 11

Bo3	Antragsteller*innen:	Landesvorstand, KV Osterholz
	Weiterleitung:	Landesparteitag, Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Niedersächsischer Lehramtsbachelor praxisorien- tierter und realitätsnäher gestalten

12 Wir Jusos Niedersachsen fordern eine grundlegende Reformierung des niedersächsischen
 13 Lehramtsstudiums. Dazu fordern wir mehr praxisorientierten Inhalt im Bachelor-
 14 Studiengang, durch die Anhebung des praxisorientierten, pädagogischen und des fachdi-
 15 daktischen Anteils des Studiums. Im Zuge dessen fordern wir eine Absenkung des fachin-
 16 haltlichen Anteils der beiden zu studierenden Lehramtsfächern.

Mehr Berufsnähe durch praxisorientierte Veranstaltungen und Praktika

- 18 • Wir fordern, dass grundlegende erste pädagogische Professionalisierungsmodule
- 19 bereits im 1. Semester angeboten werden sollen.
- 20 • Ein in Niedersachsen obligatorisches und flächendeckendes Orientierungspraktikum
- 21 soll in den vorlesungsfreien Zeiten von Sommer- und Wintersemester im 1. Studien-

1 jahr (ggf. abweichend für Fremdsprachen Studierende, bzgl. Des obligatorischen
2 Auslandaufenthaltes)verpflichtend sein.

3 **Lehrkräfte müssen auf das heterogene Feld Schule inhaltlich vorbereitet werden**

- 4 • Wir fordern eine stärkere Gewichtung pädagogischer und didaktischer Einheiten
5 rund um die Thematik der soziokulturellen, inklusiven und sprachlichen Heterogeni-
6 tät und Genderdiversität im Feld Schule. Hierbei fordern wir für das Lehramtsstudi-
7 um angepasste verpflichtende Vertiefungsseminare mit benoteter Prüfungsleistung.
- 8 • Auf Basis der Vertiefungsseminare, sollten die Studierenden auf ein anschließendes
9 Praktikum vorbereitet werden, in dem die angehenden Lehrkräfte einen Einblick in
10 das heterogene Feld der Schule erhalten. Sie sollen während des Praktikums
11 schrittweise zu ersten praktischen Einheiten, beispielsweise in der Inklusionsarbeit
12 oder der Unterrichtung von DaZ Schüler*innen, herangeführt werden. Entscheidend
13 ist uns dabei der Kontakt der Studierenden zu ausgebildeten Pädagog*innen und
14 Lehrkräfte, die dadurch die*den Lehramtsanwärter*in praxisbasierend an die kau-
15 salen Zusammenhänge heranführen.

16 **Keine Fachidiot*innen ausbilden, sondern flexibel einsetzbare geschulte Pädagog*innen**

17 Die im GHR300 verankerte Neuregelung, die Regelstudienzeit des Master of Education im
18 niedersächsischen Lehramtsstudium von ein auf zwei Jahren, zugunsten eines Praxisse-
19 mesters anzuheben, halten wir für prinzipiell richtig. Jedoch sollte die Regelstudienzeit des
20 Lehramtsbachelors bezüglich der Anhebung des praxisorientierten Inhalts nicht unnötig
21 verlängert werden.

- 22 • Wir fordern als Ausgleich die Absenkung des fachinhaltlichen Anteils durch das
23 Streichen von bisher geltenden fachspezifischen Vertiefungsmodulen, welche auch
24 für Profildächler*innen als Pflichtveranstaltungen im Studienverlaufsplan des Faches
25 darstellen und thematisch keine essenzielle Rolle im späteren Lehramtsjob einneh-
26 men.
- 27 • Wir als Jusos unterstützen die Förderung des leistungsheterogenen Unterrichtens
28 und fordern außerdem die Landesregierung auf zu prüfen, ob die noch getrennten
29 Lehramtsbachleor in Niedersachsen, dem gymnasialen Lehramt und das Lehramts
30 für Haupt- und Realschulen zu einem Universallehramtsbachelors (vgl. Bremer Mo-
31 dell) möglicherweise fusioniert werden können. Um dadurch zum einen die Lehr-
32 kraft bis zum Master Entscheidungszeit zur Festlegung der letztendlichen Schulfor-
33 mausbildung zu geben und zum anderen eine flexiblerer Einsetzbarkeit bei Lehr-
34 rer*innenmangel zu gewährleisten.

35
36 Begründung:

37 Der Lehrer*innenmangel in Niedersachsen ist groß. Trotz der landesweiten Senkung der
38 Zulassungsbeschränkungen für einige Fachbereiche, können die aktuellen Zahlen an Stu-
39 dierenden den Bedarf an langfristig benötigten Lehrkräften nicht decken. Auch die Studien-
40 abbruchszahlen im Lehramtsbachelor, sind im Vergleich mit anderen Studiengängen auch
41 nicht verhältnismäßig gering. Um den Bedarf an Fachkräften zu decken, werden häufiger
42 nun auf die sogenannten Quereinsteiger*innen (Menschen mit fachlicher Ausbildung, aber

1 ohne abgeschlossenes pädagogisches Studium) zurückgegriffen. Für uns Jusos Niedersach-
2 sen eine unzureichende Notlösung. Unsere Schüler*innen leiden oftmals unter den Folgen
3 von schlecht qualifizierter und für den Beruf ungeeignete Lehrkräfte. Um soziale Disparitä-
4 ten und die Chancen, die zunehmende Heterogenisierung der niedersächsischen Klassen-
5 zimmer zu erkennen, bedarf es an kompetente ausgebildete Fachkräfte, die einen sicheren
6 Umgang mit dem pädagogischen Hürden des Raumfelds Schule zu beherrschen wissen.
7 Doch wie sollen unsere Lehrkräfte nur solche Probleme erkennen, wenn Sie zum einen von
8 Anfang an her ungeeignet für dieses Berufsfeld sind oder zum anderen eine lückenhafte
9 Ausbildung für diesen Beruf aufweisen? Momentan besteht die laufende Leh-
10 rer*innenausbildung aus drei trennbaren Stufen. Zunächst müssen angehende Lehrkräfte
11 einen sechs Semester (in Regelstudienzeit) andauernden Bachelorstudiengang absolvieren,
12 dieser besteht an den niedersächsischen Unis oftmals zu 65%, aus den zu vermittelten In-
13 halten des Hauptfachs A und des Nebenfachs B, sowie die rein fachinhaltliche Bachelorar-
14 beit und Orthesis in eines der beiden Fächer. Die Fachdidaktik und Schulpraxis bilden etwa
15 nur 15% ab. Die restlichen 20% lassen sich den erziehungswissenschaftlichen Teil des Stu-
16 diums zuschreiben. Konzentration dieses Studiums liegt also auf den fachspezifischen In-
17 halt (deshalb wird nach dem Bestehen des Studiums auch der akademische Grad B.A. (Ba-
18 chelor of Arts) oder B.Sc. (Bachelor of Science) verliehen) und bietet nur eine grobe Einfüh-
19 rung in den eigentlichen Lehrer*innenjob.

20 Durch die vom niedersächsischen Kultusministerium verordneten GHR 300 Reformen, ver-
21 längerte sich der Masterstudiengang von ursprünglich zwei Semestern auf vier in der Regel-
22 studienzeit zu absolvierenden Semestern zum Wintersemester 2014/2015. Der vergebene
23 Abschluss ist hierbei ein Master of Education und besteht zu 60% erziehungswissenschaftli-
24 chen Content. Der fachspezifische Inhalt beruht nur noch auf 10%. Das durch die GHR 300
25 zu absolvierende Praxisjahr im 1. Und 2. Semester des Masters wird mit 30% dotiert. Der
26 Abschluss ermöglicht den Antritt eines anschließend folgenden 18 monatigen Referendari-
27 at. Somit braucht ein Lehramtsstudierender bis zum Antritt des Lehramtsberufs in der Re-
28 gel sieben Jahre. Eine überdurchschnittlich lange Ausbildung im Vergleich zu anderen Be-
29 rufsfeldern. Die Erkenntnis ob man sich für den Lehramtsberuf eignet erfährt man daher
30 erst frühestens nach zwei Jahren Studienzeit im ersten Praktikum im vierten Semester, aber
31 in der Regel durch die geringe Einbringung dieses wichtigen Studienparts eigentlich erst
32 durch die Professionalisierungsmodule und Praktika im Masterstudiengang. Das führt dazu,
33 dass schon viele für den pädagogischen Beruf geeignete Studierende im 1. Bzw. 2. Semes-
34 ter ihr Lehramtsbachelor abbrechen, da sie mit den fachspezifischen Bereich (Der aus-
35 schließlich eher für Profilmächler*innen eine Realitätsnähe widerspiegelt) überfordert bzw.
36 sich nicht anfreunden können. Außerdem erweckt auch ein zu spät abgebrochenes Studi-
37 um keinen guten Eindruck im Lebenslauf und zerstört Perspektiven. Einfacher ist es jedoch
38 für eher fachwissenschaftlich interessierte Studierende vom Lehramtsstudium auf einen
39 fachspezifischen Master umzusteigen, da der Bachelorabschluss der selbige ist, wie bei-
40 spielweise bei Profilmächler*innen des Fachs. So etwas finden wir ungerecht! Wir wollen qua-
41 lifizierte ausgebildete Lehrkräfte, deshalb müssen wir es gewährleisten, dass diese auch
42 dementsprechend realitätsnah und praxisorientiert ausgebildet werden.

43

Bo4	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Lernen zu Lehren im 21. Jahrhundert – Neue Herausforderungen in der Lehrer*innenbildung konsequent angehen

- 1 Lehrer*in zu werden, ist ein langer und aufwändiger Weg in Deutschland, die Schwerpunkte in
 2 der universitären Ausbildung liegen in den meisten Bundesländern bei fachlichen Kompetenzen
 3 in den späterhin zu unterrichtenden Fächern. Das 18-monatige Referendariat soll dann, an-
 4 schließend an erste Praxiserfahrungen in Praktika, die reale Umsetzung dieser erworbenen
 5 Kompetenzen aus der Hochschulbildung vermitteln. Dass dabei zwischen schriftlichen Stunden-
 6 konzeptionen, Prüfungsunterricht nach Schema F und regulärer Lehrtätigkeit wenig Zeit zum
 7 Verschnaufen bleibt, ist hinlänglich bekannt. Was schließlich bleibt, ist die relativ isolierte Lehrtä-
 8 tigkeit auf Grundlage der erworbenen Kompetenzen – und das meist auf dem Stand der Zeit
 9 des Abschlusses.
- 10 Damit muss jedoch Schluss sein! Der Zahn der Zeit schreckt nicht vor der Lehrer*innenbildung
 11 zurück. Wir müssen uns Gedanken um eine grundlegende Neugestaltung der Ausbildung unse-
 12 rer Lehrer*innen machen, sowohl strukturell, als auch inhaltlich. Es ist unsere Aufgabe als politi-
 13 sche Kraft mit Gestaltungswillen im Bereich „Schule“, nicht im veralteten Status Quo zu verblei-
 14 ben und uns den Neuerungen der vergangenen Jahre weiterhin zu verschließen.
- 15 Strukturell muss die Lehrer*innenbildung dynamischer und im Rahmen „lebenslangem Lernens“
 16 auch verpflichtend mit Weiter- und Fortbildungen zu spezifischen Themenfeldern versehen
 17 werden. Es darf nicht mehr ausreichen, dass Lehrende nach ihrer Ausbildung in der Theorie bis
 18 zur Pensionierung vor sich hin unterrichten. Die Fort- und Weiterbildungen müssen zentral ge-
 19 steuert und in regelmäßigen Abständen kontrolliert werden können. Das Angebot muss attraktiv
 20 und niedrigschwellig allen Lehrer*innen zur Verfügung stehen. Die Studienseminare und Hoch-
 21 schulen müssen über das Land gleichmäßig verteilt Bildungsangebote auch für Lehrkräfte im
 22 ländlichen Raum anbieten. Schon im Studium müssen angehende Lehrer*innen darauf vorbe-
 23 reitet werden, auch über ihre akademische Laufbahn hinaus auf Fortbildungen und den Willen
 24 zu aktuellem didaktischen und pädagogischen Fachwissen zurückzugreifen.
- 25 Inhaltlich steht die Lehrer*innenbildung vor einem großen Problem. Neue Aufgabenfelder
 26 kommen dazu, alte Themen verlieren zumeist aber nicht an Gültigkeit. Das Studium weiter
 27 durch neue Pflichtmodule zu verlängern kann nicht das Ziel sein, wie also den neuen Heraus-
 28 forderungen des Lehrens gerecht werden?
- 29 Unser Vorschlag: Den Schwerpunkt der akademischen Ausbildung verschieben und sich von
 30 einem maßgeblich fachlich geprägten Bachelorstudium verabschieden! Schon an der Universität
 31 muss der Lehralltag mit seinen pädagogischen und didaktischen Herausforderungen an erster
 32 Stelle stehen. Eine fachliche Grundausbildung der zu unterrichtenden Themenkomplexe sowie
 33 sinnvoll und an persönlichen Erkenntnisinteressen variierbare Vertiefungen über den künftigen

1 Lehrstoff hinaus sind eine weitaus flexiblere und nützlichere Lösung, als die verpflichtende An-
2 eignung von weit über das Pensum hinausgehenden Sachkompetenzen, die viele angehende
3 Lehrer*innen im Studium scheitern lassen. Die dadurch freiwerdenden Studienanteile können
4 dann in die neuen Herausforderungen der heutigen Schulzeit fließen:

5 Da wäre vor allem Anderen die Inklusion zu benennen. Nur Lehrer*innen, die um Methoden der
6 Binnendifferenzierung, dem Umgang mit heterogenen Lerngruppen und Nicht-
7 Muttersprachler*innen umfassend informiert sind, können Inklusion im Schulalltag ermöglichen.
8 Nur ein inklusiver Lehr- und Lernstil ermöglicht uns eine gleichberechtigte Teilhabe für alle jun-
9 gen Menschen, unabhängig von Behinderung, Herkunft, Geschlecht oder anderen gesellschaft-
10 lich produzierten Benachteiligungen. Unser oberstes Ziel als Sozialdemokrat*innen muss es
11 sein, allen Menschen die gleichen Chancen auf Bildung und ein selbstbestimmtes Leben zu er-
12 möglichen – vor allem unsere Lehrkräfte müssen daher über die theoretische Einbettung von
13 „Inklusion“ und Methoden der praktischen Umsetzung umfassend geschult werden.

14 Neben der Inklusion befasst sich die aktuelle Debatte in der Erziehungswissenschaft auch zu-
15 nehmend mit der Digitalisierung der Schulen und der Medienbildung als zu vermittelnder Kom-
16 petenz für Schüler*innen. Auch hier zeigen sich elementare Probleme, wenn diese Themen im
17 Unterricht z.B. auf Grund mangelndem Wissens der Lehrkräfte nicht unterrichtet werden. Der
18 sichere Umgang mit digitalen Endgeräten und basalen Softwarelösungen wie Textprogrammen,
19 Präsentationsprogrammen oder Recherchemöglichkeiten im Internet ist in der heutigen Zeit aus
20 der Berufswelt nicht mehr wegzudenken. Doch auch im Privaten ist es zunehmend für junge
21 Menschen wichtig, Mittel und Wege zum Erkennen von Falschmeldungen im Internet oder dem
22 sicheren Umgang mit persönlichen Daten zu lernen. Auch hier sehen wir den Auftrag, im Rah-
23 men der Lehrer*innenbildung entsprechende Kurse verpflichtend in das Curriculum einzupfle-
24 gen, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

25 Nicht zuletzt müssen vor allem pädagogische Kompetenzen mehr Gewicht in der Ausbildung
26 von Lehrer*innen haben. Cyber-Mobbing, aktuelle soziologische und psychologische Zugänge
27 zum Umgang mit und zwischen Schüler*innen und auch eine Abkehr von altbekannten Lehr-
28 modellen wie dem Einzelunterricht (eine Lehrperson in einer geschlossenen Lerngruppe) müs-
29 sen verpflichtende Bestandteile der Ausbildung werden. Letzteres ist ein noch immer in den
30 meisten Köpfen verankerter, alternativer Zugang zu Unterricht, der längst in der erziehu-
31 gswissenschaftlichen Forschung widerlegt wurde und durch „kooperative Lehrformen“ ersetzt
32 werden sollte. Unterricht mit zwei Lehrkräften oder weiteren Sozial- und Sonderpädagog*innen
33 muss angehenden Lehrer*innen beigebracht werden bereits Unterrichtenden ebenfalls.

34 Wir wollen die Bestrebungen der Erziehungswissenschaft an den Hochschulen natürlich nicht
35 kleinreden. Es gibt, beispielsweise bei der Zentralen Einrichtung für Lehrerbildung [sic!] in Göt-
36 tingen sowohl ein Zertifikatsprogramm zum Thema Inklusion, als auch zum Thema Digitale Bil-
37 dung. Doch sind solche Bemühungen lange nicht ausreichend, schneiden bestimmte Themen-
38 felder nicht konsequent genug an und – und das ist das Wichtigste – sind auf rein freiwilliger
39 Basis und oft mit erheblich mehr Zeitaufwand durch zusätzliche Veranstaltungen verbunden.
40 Wir sagen: Freiwillige Zusatzqualifikationen für angehende Lehrer*innen reichen nicht aus, wir
41 müssen aktiv die Lehrer*innenausbildung in ihren Pflichtbestandteilen umstrukturieren und den
42 Herausforderungen der heutigen Zeit einen nicht streichbaren Platz im Studium schaffen.

43 Zuletzt sei nochmals auf die anfangs erwähnten Fort- und Weiterbildungen verwiesen. Wir fin-
44 den, all diese Umgestaltungen der Ausbildung müssen simultan auch von bereits unterrichten-
45 den Lehrer*innen getragen und angewandt werden. Daher fordern wir eine Vereinheitlichung

1 und zentrale Koordination von der Aus-, Um- und Weiterbildung. Der Status Quo, dass sowohl
2 die einzelnen Hochschulen, als auch die Studienseminare, als auch das jeweilige Kultusministe-
3 rium, bestimmte Zuständigkeiten und eigenständigen Gestaltungsspielraum haben, macht die
4 Umsetzung einer grundlegenden Neustrukturierung schwieriger als nötig. Nur, wenn alle Teilbe-
5 reiche der Lehrer*innenbildung, also Studium, Referendariat und Fort- bzw. Weiterbildungen
6 gemeinsam reformiert und neustrukturiert werden, kann der dringend nötige Wandel bei der
7 Ausbildung von Lehrenden gelingen. Dafür machen wir uns stark, das muss unser Schritt hin zu
8 einem gerechteren, moderneren und sozialeren Schulsystem sein.

Begründung:
erfolgt mündlich.

B05	Antragsteller*innen:	Lüneburg
	Weiterleitung:	Landesparteitag, Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Wiedereinführung eines Dezernates und einer Inspektion für Gesamtschulen

9 Wir fordern die Wiedereinführung eines eigenständigen Gesamtschuldezernates und damit
10 verbunden die Erarbeitung und Realisierung einer eigenständigen, spezifischen Gesamt-
11 schulinspektion.

12

13 **Begründung:**

14 Die Gesamtschule hat nicht die „Selektion“ nach sozialer Herkunft als Bildungs- und Erzie-
15 hungsziel. Begabung und Leistungsfähigkeit sind nicht die zielführenden Kriterien für eine
16 Trennung im dreigliedrigen Schulsystem; die haben PISA-Studien hinreichend bewiesen. Es
17 geht darum, chancenverhindernde Segregation, wie sie im herkömmlichen „ständischen“
18 Schulwesen stattfindet, durch intentionale pädagogische Maßnahmen zu verhindern. Sozia-
19 les Lernen steht gleichberechtigt neben den fachlichen Ansprüchen. Zu diesem Zweck ha-
20 ben Gesamtschulen einen integrativen und inklusiven Weg eingeschlagen, der zu einer Rei-
21 he von systemischen, schulstrukturellen und curricularen Veränderungen gegenüber dem
22 traditionellen Schulsystem geführt hat. Dies gilt es sowohl schulaufsichtlich, als auch schul-
23 inspektorisch adäquat zu würdigen und zu berücksichtigen.

24

25 Es ist daher notwendig, dass in den Gesamtschuldezernaten der Landesschulbehörde den
26 Schulleitungen der Gesamtschulen erfahrene Lehrkräfte als Dezernent*innen (und somit
27 als Vorgesetzte) zur Seite stehen. Nur sie können angemessen und speziell auf die Anforde-
28 rungen, Arbeitsweisen und Bedürfnisse von Gesamtschulen arbeiten.

29

Bo6	Antragsteller*innen:	Lüneburg
	Weiterleitung:	Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Berücksichtigung der Gesamtschulen in Fach- und Pädagogikseminaren

1 Wir beantragen die Arbeit an Gesamtschulen landesweit in die Lehrpläne der Studiensemi-
 2 nare (Fachseminare/Pädagogikseminare) auf zu nehmen. Die inhaltliche Umgestaltung der
 3 Lehrpläne muss in enger Zusammenarbeit mit Gesamtschulen entwickelt, abgestimmt und
 4 evaluiert werden.

Begründung:

6 Die niedersächsische Ausbildung von Lehrkräften ist nicht auf das zweigliedrige Schulsys-
 7 tem ausgelegt. Viele Lehrkräfte werden erst im Referendariat oder in der späteren Aus-
 8 übung ihrer Tätigkeit aktiv mit der Gesamtschule konfrontiert. Um die Funktion von Ge-
 9 samtschulen zu kennen, wird aktuell oft das Prinzip „learning by doing“ angewandt oder die
 10 Schulen organisieren in eigener Verantwortung und aus eigenen Kräften Fortbildungsange-
 11 bote.

12 Es ist jedoch notwendig, dass es landesweit eine einheitliche Vorbereitung auf den Dienst
 13 an Gesamtschulen gibt, um so einen allgemeinen Standard und eine Qualität zu sichern.
 14 Ebenso entlastet dies die Gesamtschulen selbst, da sie weniger Zeit verwenden müssen, um
 15 neuen Lehrkräften in das System einzuarbeiten.

B07	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Qualität der Lehre an Hochschulen und Universitäten erhalten

1 Wir fordern alle Abgeordneten und Mitglieder der SPD dazu auf, sich aktiv auf allen Partei-
 2 ebenen und in allen SPD-Fraktionen für eine schnelle Lösung des Konfliktes um die Ein-
 3 zelerfassung und die Einzelvergütung von wissenschaftlicher Literatur, welche in Hochschu-
 4 len und Universitäten zur Forschung und Lehre bereitgestellt wird, einzusetzen. Die Ver-
 5 handlungen zwischen Verwertungsgemeinschaft Wort, Hochschulrektorenkonferenz und
 6 Kultusministerkonferenz müssen zu einem akzeptablen Ergebnis für Studierende und Leh-
 7 rende führen. Dies kann nur durch eine Wiedereinführung der Pauschalvergütung erreicht
 8 werden.

9 Begründung:

10 Ein unverzichtbarer Bestandteil eines Studiums an einer Hochschule oder einer Universität
 11 ist die Arbeit mit wissenschaftlicher Literatur, Skripten, Abbildungen, Plänen und Audio- und
 12 Videodateien. Zur Vereinfachung werden im Folgenden diese wissenschaftlichen Mittel un-
 13 ter dem Begriff der „wissenschaftlichen Literatur“ zusammengefasst. Die Bereitstellung von
 14 wissenschaftlicher Literatur ist für alle Studiengänge gleichermaßen von enormer Bedeu-
 15 tung. Nur durch eine gute, wissenschaftlich fundierte Bereitstellung von diesen Arbeitsmit-
 16 teln, kann das Niveau der qualitativ hochwertigen akademischen Ausbildung in Deutschland
 17 gehalten werden. Dank den n Des Weiteren ist durch die Digitalisierung der wissenschaftli-
 18 chen Literatur, welche zumeist eingescannt online zur Verfügung gestellt wird, eine verein-
 19 fachte Interaktion zwischen Studierenden und Lehrenden erreicht worden. So kann einfach
 20 per Mail wissenschaftliche Literatur ausgetauscht werden, um die Lehre und Forschung zu
 21 unterstützen. Diese öffentliche Bereitstellung von wissenschaftlicher Literatur ist in §52a
 22 des Urheberrechtsgesetzes definiert. So ist ebenfalls in §52a UrhG Absatz 4 zu lesen, dass
 23 die Bereitstellung angemessen vergütet werden soll. Dies kann nur durch eine Verwer-
 24 tungsgesellschaft geltend gemacht werden. In Deutschland übernimmt dies die Verwer-
 25 tungsgemeinschaft Wort, kurz VG Wort. Die VG Wort möchte nun die Vergütung der wissen-
 26 schaftlichen Literatur von einer Pauschalvergütung auf eine Einzelvergütung umstellen. Dies
 27 wurde zwischen der Kultusministerkonferenz, kurz KMK, und der VG Wort in einem Rah-
 28 menvertrag vom 22./28.09.2016 ausverhandelt. Man stimmte diesem Vertrag zu, obwohl
 29 ein zuvor gestartetes Pilotprojekt dieser neuen Einzelvergütung an der Universität Osnab-
 30 rück gezeigt hat, dass damit ein erheblicher Mehraufwand für Studierende, vor allem aber

1 auch für Lehrende, einherging. Die Ergebnisse dieses Pilotprojektes haben gezeigt: Die Ein-
 2 zelvorgütung und damit verbunden auch die Einzelerfassung aller Dokumente sind mit ei-
 3 nem erheblichen Aufwand verbunden und bringen nicht den gewünschten Effekt. So wurde
 4 die Freigabe von wissenschaftlicher Literatur in den Intranetportalen an die erfolgreiche
 5 Meldung geknüpft. Trotzdem wurden nur rund ein Viertel der zu erwarteten Erfassungen
 6 auch wirklich gemeldet, wodurch die bereits beschriebenen großen Vorteile der Intranet-
 7 portale obsolet geworden sind. Die geringen Erfassungen haben zwei zentrale Gründe: Zum
 8 einen haben die Lehrenden die Literaturbeschaffung zum großen Teil, teilweise aber auch
 9 komplett, den Studierenden überlassen. Der Aufwand für die Studierenden hat sich in einer
 10 Befragung nach dem Pilotprojekt extrem erhöht. Als zweiter Grund wird der gesamte Erfas-
 11 sungsvorgang trotz langer Einführungen von den Lehrenden als sehr kompliziert empfun-
 12 den, weshalb dies ebenfalls abgeschreckt habe. Der zusätzliche Erlös durch die Einzelerfas-
 13 sung beziffert der Bericht des Pilotprojektes auf circa 5000€. Dem gegenüber steht aller-
 14 dings ein Mehraufwand der Lehrenden von mindestens 3900 Minuten also 65 Stunden,
 15 welche sich durch die reinen Meldevorgänge, die zusätzliche Recherche und Rückfragen
 16 zusammensetzt. Somit steht fest, dass die Einzelerfassung und die Einzelvergütung welche
 17 von der VG Wort gefordert wird in der praktischen Umsetzungen keinen Nutzen bringen. Im
 18 Gegenteil, sie schränken Forschung und Lehre erheblich ein. Deshalb fordern wir eine Lö-
 19 sung die allen Beteiligten zugutekommt. Eine Rückkehr zur Pauschalvergütung kann unserer
 20 Meinung nach nur die einzig richtige Möglichkeit sein.

Bo8	Antragsteller*innen:	UB Braunschweig
	Weiterleitung:	Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Ausbau der Ganztagschule fördern

21 Die SPD-Landtagsfraktion soll zum qualitativen Ausbau der Ganztagschulen sowie zur Ein-
 22 richtung neuer Ganztagschulen weitere finanzielle Mittel beantragen, welche hauptsächlich
 23 zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen genutzt werden. Ziel der Erhöhung ist es, dass
 24 alle Ganztagsangebote komplett kostenlos sind.

Begründung:

25 Der Schulerfolg ist in Niedersachsen immer noch viel zu sehr vom Geldbeutel und dem so-
 26 zialen Hintergrund der Eltern abhängig. Zudem leidet zunehmend der soziale Zusammen-
 27 halt, da viele schulische Angebote von Schüler*innen aufgrund monetärer Zwänge nicht
 28 wahrgenommen werden können. Hierzu zählen beispielsweise Sportangebote und freiwilli-
 29 ge Fahrten. Stark betroffen sind hiervon solche Schüler*innen, welche nicht von Sozialleis-
 30 tungen profitieren können.

1 tungen (Hartz IV) abhängig sind, die finanzielle Lage der Eltern jedoch trotzdem schwierig
 2 ist. Beide Problemfelder können durch einen gut ausgebauten Ganztagsbereich an Regel-
 3 schulen nachweislich sinnvoll bekämpft werden. Diesen Umstand zu verändern muss ein
 4 zentrales Ziel sozialistischer Bildungspolitik sein.
 5 Um dies zu erreichen, ist es notwendig kostenlose Angebote an Schulen zu etablieren,
 6 welche tatsächlich allen Schüler*innen offen stehen. Hierzu müssen die Budgets der
 7 Ganztagschule ausgeweitet und von der finanziellen Lage der Schulträger unabhängiger
 8 gemacht werden.

<h1>Bo9</h1>	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Mittagspause an weiterführenden Schulen

9 Wir fordern die Mittagspause an weiterführenden Schulen, sofern eine solche vorhanden
 10 ist, auf mindestens 45 Minuten festzusetzen.

11 Begründung:

12 Die Mittagspause von 30 Minuten war einst eine der größten Errungenschaften der Arbei-
 13 ter*innen Bewegungen. Eine aktuelle Errungenschaft, die unter anderem dem langjährigen
 14 Engagement von SPD und auch den Jusos zu verdanken ist, ist der Ausbau der Ganztags-
 15 schulen.

16 Immer häufiger also besuchen Schüler*innen die Schule länger, als nur bis zur Mittagszeit.
 17 Die Einnahme einer stärkenden und bestenfalls frisch zubereiteten Malzeit sollte daher ge-
 18 währleistet sein. Da das Essen eine gewisse Zubereitungszeit bzw.

19 eine Abholzeit erfordert und dieses auch noch verspeist werden muss, sollte ein angemessener
 20 Zeitrahmen dafür vorgesehen sein. Da sich Schüler*innen noch in der körperlichen
 21 Entwicklung befinden und meist noch etwas Zeit zum verschnauften brauchen würde dieser
 22 angemessene Zeitrahmen mindestens bei der Länge einer vollen Schulstunde liegen.

BIO	Antragsteller*innen:	KV Osterholz
	Weiterleitung:	Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Demokratische jugendpolitische Vertreter*innen an die Schulen

1 Begründung:

2 Ein thematischer Schwerpunkt der schulpolitischen Bildung ist unter anderem den Schü-
 3 ler*innen die bundesdeutsche Parteienlandschaft näher zu bringen. Politische Grund-
 4 kenntnisse und die eigene Partizipation an konstruktiven Diskussionen sind Teilgebiete des
 5 schulischen Lehrauftrags im Fach Politik- Wirtschaft in Niedersachsen. Denn es gehört mit
 6 zu dem Auftrag von Schule, junge Menschen auf ihre Stellung als Bürger*innen in einem
 7 freiheitlichen demokratischen Staat vorzubereiten und sie zu befähigen eigenpolitische Ver-
 8 antwortung zu übernehmen, denn das lebendige und von der eigenständigen Meinung ge-
 9 tragene Engagement seiner Bürger*innen zählt zu den Grundvoraussetzungen eines de-
 10 mokratischen Staates. Um politische Bildung in diesem Sinne zu vermitteln, soll der Unter-
 11 richt auch dazu anregen, mit Vertreter*innen politischer Parteien sowie Mandatsträ-
 12 ger*innen (Also Expert*innen der Politikpraxis) ins Gespräch zu kommen. Die Schule muss
 13 sich dabei in dem Spannungsverhältnis zwischen ihrem Auftrag zu einer realitätsnahen und
 14 Interesse weckenden Demokratieerziehung auf der einen Seite und dem ihr auferlegten
 15 Gebot zu strikter parteipolitischer Neutralität auf der anderen Seite bewegen.

16 Im Rückblick auf die anwachsende Parteien bzw. Politikverdrossenheit, könnten wir mit ei-
 17 ner Öffnung des niedersächsischen Bezugserlass der Neufassung zur Thematik „Besuche
 18 von Politikerinnen und Politikern in Schulen“ von 2005 entgegen diesen Trend wirken. Aber
 19 auch den Schüler*innen die Möglichkeit geben, für sich selbst abzuwiegen, wofür sie ste-
 20 hen, um ein Interesse an der Politik zu erwecken, da dies an Schulen im Moment leider
 21 nicht gegeben ist. Und so kann man auch extremer Parteienwerbung vorbeugen. Der
 22 Schutzraum Schule verhindert zusätzlich, dass sich Jugendliche eher an verfassungskon-
 23 formen jugendpolitischen Gruppen orientieren und nicht an verfassungswidrige rechtsext-
 24 reme Gruppen, die sich die Unwissenheit vieler Schüler*innen außerhalb der Schule zu
 25 Nutzen machen.

26

27 Forderung:

28 Deshalb fordern wir eine Zulassung für das Werben von demokratischen jugendpolitischen
 29 Gruppen an Schulen. Es soll den Schulträgern erlaubt sein, jugendpolitische Vertre-
 30 ter*innen zum Werben für Politik oder als Expert*in für Themen des Politikunterrichts ein-

- 1 zuladen. Die Lehrkräfte stehen hierbei in der Pflicht die Schüler*innen auf die Vertre-
- 2 ter*innen vorzubereiten, sowie ihre pädagogische politische Neutralität zu wahren.

BII	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Sonderpädagogik als 2. Fach im Lehramtsstudium

3 An niedersächsischen Universitäten gibt es lediglich nur noch die Leibniz Universität in
 4 Hannover, die das 2. Fach Sonderpädagogik innerhalb des Lehramtsstudiums anbietet. Im
 5 Zuge der Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems, dessen Auftrag der Konzeptionie-
 6 rung der "Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der inklusiven Schule" am 20.01.2017 im
 7 niedersächsischen Landtag im Kultusausschuss angehört und beschlossen wurde, benöti-
 8 gen Lehrer*innen besondere Kenntnisse in Sonderpädagogik.

9 Deswegen möchten wir, das die Landesregierung mit allen niedersächsischen Universitäten
 10 erörtert, ob sie die entsprechenden Professoren*innen und Dozenten*innen haben, die in
 11 der Lage wären wieder das genannte Fach zu lehren. Nach dieser Untersuchung soll der
 12 niedersächsische Landtag ein Konzept entwickeln wie die Universitäten dementsprechend
 13 unterstützt werden können. Zudem soll überprüft werden, ob eine Schulgesetzesänderung
 14 notwendig ist zu Schaffung neuer 2. Fächer oder ein Grundsatzterlass erarbeitet werden
 15 muss durch niedersächsische Kultusministerium.

16 Außerdem sollen alle werdenden Lehrkräfte während ihres Studiums verpflichtend Module
 17 in den Bereichen Pädagogik und Sonderpädagogik belegen müssen, damit alle Leh-
 18 rer*innen die Inklusion adäquat umsetzen können.

19 Die Landesregierung soll dafür sorgen, dass der (Sonder-)Pädagogikanteil im Lehramtsstu-
 20 dium größer wird. Des Weiteren soll die Landesregierung für ein größeres Angebot an Fort-
 21 bildungen im Bereich (Sonder-)Pädagogik sorgen und mehr Fortbildungsplätze ermöglichen.

Begründung:

23 Aktuell beklagen sich viele Lehrer*innen, dass sie nicht wissen wie sie zum Beispiel mit
 24 Menschen mit Beeinträchtigungen vernünftig umgehen können. Die Lehrer*innen die in
 25 ihrem Lehramtsstudium noch die Wahl der Belegung des Fachs Pädagogik hatten, gehen in
 26 naher Zukunft in Pension bzw. Rente. Sonderpädagogische Kenntnisse und Fachwissen
 27 werden innerhalb des Studiums nicht ausreichend an die werdenden Lehrer*innen vermit-
 28 telt wie es vergleichbar Heilpädagog*innen im Studium oder Heilerziehungspfleger*innen in

- 1 einer Ausbildung lernen. Diese Professionen sind jedoch im niedersächsischen Schuldienst
 2 nicht zugelassen zur Lehrer*innenbefähigung.
- 3 Ohne Schaffung dieser Fächer werden es die zukünftigen Lehrer*innen schwer haben ihre
 4 Fähigkeiten und Talente in einer inklusiv arbeitenden Schule einzusetzen um das didakti-
 5 sche Fachwissen den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im zweiten Bildungsgang zu
 6 vermitteln und dem Anspruch und Auftrag der Inklusion gerecht zu werden ohne einen
 7 Menschen im Gesamtklassenkollektiv zu benachteiligen und niemanden zu Über - oder Un-
 8 terfordern. Das soll genau bei der Inklusion verhindert werden.

BI2	Antragsteller*innen:	UB Lüneburg
	Weiterleitung:	Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Innere Fachleistungsdifferenzierung an Gesamtschulen in der Sekundarstufe I

- 9 Wir fordern die Möglichkeit zur inneren Fachleistungsdifferenzierung in den Fächern
 10 Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Englisch in allen Jahrgängen der Sekundar-
 11 stufe I an Gesamtschulen.
- 12
- 13 **Begründung:**
- 14 Integrierte Gesamtschule bedeutet in der Theorie gemeinsames Lernen aller.
 15 Jedoch wird dies durch äußere Fachleistungsdifferenzierung in den Jahrgängen 9-10 seitens
 16 des Gesetzes ausgehebelt.
- 17 Schüler_innen müssen ab dem 7. Jahrgang in den Fächern Mathematik und Englisch, ab
 18 dem 8. Jahrgang im Fach Deutsch und ab dem 9. Jahrgang auch im Fach Naturwissenschaf-
 19 ten in zwei Niveaus eingeteilt werden.
- 20 Dass sie aber in den Jahrgängen 9-10 in isolierten Kursen für ihr Niveau unterrichtet werden
 21 müssen, macht den Charakter einer Gesamtschule kaputt und können wir als Sozialdemo-
 22 kraten nicht als Bildungsgerechtigkeit bezeichnen.
- 23

BI3	Antragsteller*innen:	UB Lüneburg
	Weiterleitung:	Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Klassengrößen an Gesamtschulen

1 Wir fordern dass die Klassengrößen an integrierten Gesamtschulen auf maximal 24 Schüle-
 2 rinnen und Schüler gesenkt werden.

3

Begründung:

5 Gesamtschulen sind derzeit verpflichtet, sofern es genug Anmeldungen gibt pro Klasse 30
 6 Schüler auf zu nehmen.

7 Diese Größe ist jedoch nicht zumutbar, für eine Schulform, an der Schülerinnen und Schü-
 8 ler aller Leistungsstärken in einer Klasse von nur einer Lehrkraft unterrichtet werden.

9

10 Die Zahl 24 kommt zustande da an viele Gesamtschulen in Niedersachsen nach dem Tisch-
 11 gruppenprinzip gearbeitet wird.

12 Tischgruppen sind in der Regel Sitz- und Arbeitsgruppen, die aus 6 Schülerinnen und Schü-
 13 lern bestehen.

14 Mit 24 Schülern pro Klasse wäre es den Gesamtschulen möglich mit 4 statt wie bisher mit 5
 15 Tischgruppen pro Klasse zu arbeiten.

16

17 Ein weiteres Argument ist, dass der Klassenteiler zum Beispiel an Oberschulen (28) oder
 18 Hauptschulen (26) sowieso schon nach unten korrigiert wurde. Daher wäre die Reduzierung
 19 bei Gesamtschulen auch ein Schritt zu mehr Gleichberechtigung.

20

21 Zudem sind neben den Themen Inklusion und Integration von Flüchtlingen die Herausfor-
 22 derungen insgesamt stark angewachsen, wodurch die individuelle Förderung/Forderung
 23 einzelner mit einer Lehrkraft in einer Lerngruppe von 30 Schülerinnen und Schülern kaum
 24 noch möglich ist.

BI4	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Religionsunterricht an Schulen vollständig ersetzen

- 1 Wir fordern, dass der Religions- sowie Werte und Normen-Unterricht an Schulen durch ein
- 2 gemeinsames Fach ersetzt wird. Dabei sollen die Förderung des interkulturellen Verständ-
- 3 nisses sowie die Sensibilisierung gegen Diskriminierung jeder Form im Vordergrund stehen.
- 4 **Begründung:**
- 5 Religion muss Privatsache sein und bleiben. Wenn der explizite Wunsch nach intensiverer
- 6 Religionslehre gewünscht ist, soll dies im privaten Umfeld erfolgen.
- 7 Die Kinder und Jugendlichen sollen unabhängig von ihrer eigenen Konfession gemeinsam
- 8 gesellschaftliches Zusammenleben lernen. Die Trennung von Kindern nach Religionen in
- 9 der Schule ist unserer Ansicht nach ein (wenn auch unbeabsichtigt) falsches Zeichen. Ihnen
- 10 sollen verschiedene Werte und Normen für ein gutes Zusammenleben vermittelt werden.
- 11 Das Verständnis für andere Kulturen und Religionen, sowie die Sensibilisierung gegen Dis-
- 12 kriminierung jeder Form müssen Bestandteil des Unterrichts werden. Die kritische Ausei-
- 13 nandersetzung mit gesellschaftlichen Strukturen jeder Form sollte ungezwungen erlernt
- 14 werden. Hierfür würde sich die Lehre in einem verbindlichen „Werte und Normen“-
- 15 Unterricht hervorragend eignen.

BI5	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Kostenloses Nachhilfeangebot an niedersächsischen Schulen

- 1 Wir fordern ein kostenloses Nachhilfeangebot an allen niedersächsischen Schulen.
- 2 Dies soll als Angebot unabhängig von der jeweiligen Schulform an allen Schulen existieren.
- 3 Die Nachhilfe wird von den Lehrkräften sowie freiwilligen Schüler*innen gestaltet, die um
- 4 dies leisten zu können dementsprechend Platz in ihrem Stundenplan bekommen werden.
- 5 **Begründung:**
- 6 Schon seit Jahrzehnten fordert die SPD und federführend die Jusos, dass Bildung kostenlos
- 7 sein muss, damit eine gute Schulbildung kein Privileg der wohlhabenden Bevölkerungs-
- 8 schicht ist.
- 9 Doch selbst wenn der Besuch der Schule keine Gebühr kostet, haben Kinder und Jugendli-
- 10 che aus wohlhabenden Elternhäuser auch heute noch klare Vorteile gegenüber ihren ande-
- 11 ren Mitschüler*innen: Sie haben die Kapazität um genug Materialien, wie zum Beispiel
- 12 Lernbücher zu kaufen und können sich wenn die Noten mal schlecht sind eine*n Nachhilfe-
- 13 lehrer*in leisten.
- 14 Mit der Einführung eines kostenlosen Nachhilfeangebots kann ein weiterer Gerechtigkeits-
- 15 unterschied im Bildungssystem behoben werden.
- 16 Des Weiteren wird durch die Verpflichtung von älteren Schüler*innen, selber Nachhilfe und
- 17 Unterstützung zu geben, soziale Kompetenzen gestärkt.

BI6	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Die Problematik von Lobbyismus an Schulen

1 Einleitung

2 Im Rahmen des umfangreichen Feldes der politischen Bildung hat sich die Juso-
 3 Schülerinnen*gruppe (JSG) im Unterbezirk Braunschweig mit dem Thema des Lobbyismus
 4 an Schulen kritisch auseinandergesetzt. In der Analyse wird der Status quo dargestellt, in-
 5 wiefern Lobbyverbände also Einfluss an Schulen in Deutschland nehmen. In der Forderung
 6 wird begründet dargestellt, wie die momentane Situation aus unserer Sicht verändert wer-
 7 den muss.

8 Analyse

9 Die aktuelle Situation sieht so aus, dass die unterschiedlichsten Modelle existieren, wie Un-
 10 ternehmen auf dem Schulhof partizipieren können. Ein Beispiel ist der direkte Einfluss
 11 auf den Schulalltag durch Unterrichtsmaterialien, die von Unternehmen zur Verfügung ge-
 12 stellt werden. Dies bringt jedoch einige Probleme mit sich. So hat der Verbraucherzentrale
 13 Bundesverband innerhalb einer Studie aus dem Jahr 2013 festgestellt, dass gerade Unter-
 14 richtsmaterialien aus der Wirtschaft qualitativ sehr oft hinterherhinken. Hier wurden 40%
 15 wirtschaftsnaher Materialien mit den Noten ausreichend (20,5%) oder mangelhaft (17,9%)
 16 bewertet. Als Hauptgründe für die schlechten Ergebnisse werden angegeben, dass oft
 17 Sachverhalte einseitig oder verkürzt dargestellt werden, direkt Werbung für Produkte ge-
 18 macht wird oder es versucht wird, das Unternehmen in positivem Licht stehen zu lassen.
 19 Rechtlich ist diese Form der Werbung in den meisten Bundesländern zwar verboten, doch
 20 sind diese Gesetze oft schwammig formuliert und lassen große Freiräume. Eine weitere
 21 Form der wirtschaftlichen Einflussnahme an Schulen ist die Bereitstellung externer Ex-
 22 pert*innen. Diese können ihr Fachwissen im Unterricht referieren, doch besteht auch hier
 23 die Gefahr einer einseitigen und verkürzten Darstellung von Sachverhalten, da diese Ex-
 24 pert*innen natürlich das Interesse haben, ihr Unternehmen oder Ihre Branche in ein positi-
 25 ves Licht zu stellen. Des Weiteren können Unternehmen in Form von sogenannten Schul-
 26 partnerschaften Einfluss auf den Schulalltag nehmen. Bei diesen Schulpartnerschaften wird
 27 zwischen einem Unternehmen und einer Schule Vertrag geschlossen. Vereinbarungen sind
 28 z.B. die Bereitstellung von Praktikumsplätze, einfache Geldüberweisungen oder die schon
 29 angesprochenen Expert*innen, die die Schüler*innen im Unterricht besuchen können.
 30 Problematisch hierbei sind oft die Forderungen, die an die Schulen gestellt werden, so sollte
 31 eine Schule in Nordrhein-Westfalen welche eine Partnerschaft mit RWE schloss, den Schü-
 32 ler*innen die Bedeutung der Braunkohle-Industrie näherzubringen, was im Endeffekt je-
 33 doch vom Kultusministerium gestoppt wurde. Unternehmen nutzen solche Partnerschaften
 34 meist zur Imagepflege und Nachwuchssicherung aus. Dies alles sind jedoch nur einige Bei-
 35 spiele unternehmerischer Partizipation am Schulalltag.

1 Forderung

2 Aus diesen Mängeln ergibt sich sowohl schulinterner als auch politischer Handlungsbedarf.
3 So müssen Lehrer*innen zureichend mit der Thematik vertraut gemacht werden. Dies kann
4 im Rahmen von Fortbildungen geschehen oder direkt im Studium verankert werden. Auch
5 schulinterne und -externe Ansprechpartner*innen sind von Nöten, welche bei Fragen durch
6 Lehrkräfte Rede und Antwort stehen.

BI7	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Abschaffung der Exzellenzinitiativen

7 Das System der Exzellenzinitiative, die nun unter dem Namen Exzellenzstrategie fortgeführt
8 werden soll, muss abgeschafft werden. Stattdessen muss eine gerechtere Finanzierung aller
9 Hochschulen und eine Anhebung der finanziellen Mittel gewährleistet werden, die verstärkt
10 in eine bessere Lehre und eine infrastrukturelle Verbesserung der Hochschulen fließen sol-
11 len.

12 **Begründung:**

13 Die Förderung ausgewählter Hochschulen führt dazu, dass eine Hierarchie unter den deut-
14 schen Hochschulen aufgebaut wird. Infolgedessen entscheiden sich zunehmend mehr Stu-
15 denten für ein Studium an diesen besonders geförderten Universitäten, was dazu führt,
16 dass der Druck im Wohnungsmarkt sehr konzentriert steigt und andere Universitäten nicht
17 nur finanziell, sondern ebenso qualitativ benachteiligt werden.

BI9	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

**Antrag auf Einrichtung eines Kreativforums für
Schüler*innen und Lehrer*innen des Landes
Niedersachsen**

- 1 Wir fordern die Einrichtung eines zentralen Forums für alle Schulen des Landes Nieder-
- 2 sachsens auf dem alle Lehrkräfte und Schüler*innen Ihre kreative Arbeit veröffentlichen
- 3 können.
- 4 Das Forum soll für jeden Schüler, jeder Schülerin und allen Lehrkräften durch einen indivi-
- 5 duellen Account nutzbar sein. In diesem Forum soll es die Möglichkeit geben, kreative Ideen
- 6 auszutauschen, zu diskutieren sowie der Allgemeinheit zur Verfügung stellen zu können. Die
- 7 Schüler*innen sollen beispielsweise die Möglichkeit bekommen, Gedichte, Texte, Bilder,
- 8 Filmideen oder Musikstücke zu veröffentlichen, die andere dann nutzen, erweitern, verfil-
- 9 men, kommentieren etc. können. Schüler*innen haben somit die Möglichkeit Ihrer kreativen
- 10 Arbeit eine Plattform zu geben. Der Musisch-künstlerische Bereich wird durch den Aus-
- 11 tausch und der Möglichkeit auf Kooperation gestärkt. Des Weiteren entsteht damit eine
- 12 kostengünstige Möglichkeit für AGs Ihre Arbeit zu veröffentlichen und Ideen zu sammeln. Es
- 13 entsteht eine kostengünstige kreative Vernetzung der Schulen im Land Niedersachsen.
- 14
- 15
- 16

B20	Antragsteller*innen:	UB Verden
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Israelsolidarität in Schulen vermitteln**

2 Wir fordern das in niedersächsischen Schulen im Geschichts- und Politikunterricht auf die
 3 besondere Rolle des Staates Israel für Deutschland und in diesem Zuge auch auf den
 4 Nah-Ost Konflikt eingegangen wird, um den Schüler*innen zu vermitteln, dass Israel dort
 5 sicher nicht „das Böse“ ist. So lässt sich auch israelbezogener Antisemitismus verhindern.

6 **Begründung:**

7 Israelsolidarität ist Teil der deutschen Staatsräson. Diese besondere Verantwortung für
 8 den jüdischen Staat erwächst aus der Shoa und dies sollte auch an folgende Generatio-
 9 nen weitergegeben werden. Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten, umgeben
 10 von Diktaturen und klerikal faschistischen Systemen, die Israel täglich mit Auslöschung
 11 drohen. Auch im 21. Jahrhundert brauchen Menschen jüdischen Glaubens noch einen
 12 Schutzraum. Dieser Schutzraum ist Israel, mit dem wir uns solidarisch zeigen sollten. Das
 13 sollte auch in Schulen vermittelt werden.

ANTRAGSBEREICH: **D- Demokratie**

DoI	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Land
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Beeinflussung von Wähler*innen stoppen - Meinungsumfragen vor Wahlen abschaffen

- 1 Die Jusos Niedersachsen fordern ein Verbot der Veröffentlichung von Meinungsumfragen in
2 der Frist von vier Wochen vor einer Bundes- oder Landtagswahl.
- 3 **Begründung:**
- 4 In den letzten Jahren ist häufiger festzustellen, dass demoskopische Vorhersagen zu Wahl-
5 ergebnissen unrichtig waren. Durch Meinungsumfragen gestärkt glaubte kaum einer, dass
6 der „Brexit“ real wird, Donald Trump der 45. Präsident der USA werden könnte oder die
7 Bundestagswahl die AfD in Deutschland zur drittstärksten Kraft machen würde. Wäh-
8 ler*innen wurden durch die Prognosen in den Wochen vor der Wahl durch Falschvorhersa-
9 gen weniger informiert, sondern mehr manipuliert. In Großbritannien führte dies dazu, dass
10 sich gerade die Jugend der Wahl entzog, in den USA wählten die Menschen Donald Trump,
11 weil sie sowieso nicht an seinen Sieg glaubten und auch in Deutschland wurde die AfD ge-
12 wählt, um den Volksparteien angesichts schlechter Wahlumfragen einen ordentlichen
13 Denkart zu verpassen.
- 14 Zusätzlich zu den Fehlinformationen und der großen Diskrepanz zwischen Prognose und
15 Realität, kommen die großen Unterschiede bei der empirischen Erfassung von Umfragen
16 und politischen Grundausrichtungen von Meinungsforschungsinstituten. Sie decken oftmals
17 in erster Linie die Meinung des eigenen Nutzerklientels ab.
- 18 Wähler*innen werden somit beeinflusst. Es kann bspw. dazu führen, dass die Wahlbeteili-
19 gung sinkt oder bei den Wahlen krasse Gegensätze zu den aktuellen Meinungsumfragen
20 produziert werden. Neben dem Einfluss auf das Wahlverhalten haben kurzfristige Umfragen
21 auch einen Einfluss auf die Politiker*innen selbst. Sie könnten versuchen sich thematisch
22 dem anzupassen, was in den Meinungsumfragen als größter „Erfolgsgarant“ verstanden
23 wird. Der/die ehrliche und geradlinige Politiker*in werden immer seltener.
- 24 In Frankreich, Portugal oder Italien dürfen Wahlumfragen in den letzten Wochen vor der
25 Wahl nicht mehr veröffentlicht werden. In der Bundesrepublik Deutschland ist nur die Ver-
26 öffentlichung von Exit-Poll-Ergebnissen vor Schließung der Wahllokale untersagt (§ 32 Abs. 2
27 Bundeswahlgesetz). Durch das Veröffentlichungsverbot von Meinungsumfragen vier Wo-
28 chen vor Wahlen, würden statt der Umfrage-Ergebnisse wieder politische Inhalte im Vor-
29 dergrund stehen.

Do2	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	SPD Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Open Source Software Vorreiter Niedersachsen

- 1 Die Landesregierung wird dazu aufgefordert darauf hinzuwirken, dass in Zukunft verstärkt
- 2 Open Source Software genutzt wird.
- 3 - Dazu soll in Behörden, Ministerien, Verwaltungen und Schulen verstärkt Open Source
- 4 Software eingesetzt werden.
- 5 - Darüber hinaus soll die niedersächsische Open-Source IT-Wirtschaft verstärkt gefördert
- 6 werden.
- 7 Ziel soll es sein Niedersachsen als Open Source Standort zu etablieren.
- 8
- 9 **Begründung:**
- 10 Als **Open Source** wird Software bezeichnet, deren Quelltext öffentlich und von Dritten ein-
- 11 gesehen, geändert und genutzt werden kann. Open-Source-Software kann meistens kos-
- 12 tenlos genutzt werden.
- 13 OSS bietet eine Reihe von Vorteilen:
- 14 - An der Entwicklung eines Open-Source-Programms kann sich eine beinahe beliebig große
- 15 Anzahl von Personen (und Firmen) beteiligen.
- 16 - Der Aufwand für die Entwicklung wird geteilt und jeder kann von der Arbeit der Anderen
- 17 profitieren.
- 18 - Der Nutzer einer Open-Source-Software ist niemals von einer bestimmten Herstellerfirma
- 19 abhängig.
- 20 - Wünscht sich der Nutzer eine Erweiterung oder die Behebung eines Programmfehlers, so
- 21 steht es ihm frei, diese Änderung vorzunehmen oder jemanden damit zu beauftragen. Bei
- 22 proprietärer Software ist dies nicht möglich, und eine Änderung kann einzig beim Hersteller
- 23 beantragt werden.
- 24 - Bietet Unabhängigkeit von Herstellern. Durch diese Unabhängigkeit ist eine Geplante Ob-
- 25 soleszenz eines Softwareproduktes zu Lasten des Nutzers, wie bei proprietärer Software
- 26 üblich, ausgeschlossen.
- 27 - Die Nutzung von OSS ist an keine oder nur wenige Bedingungen geknüpft. Die Software
- 28 darf von einer beliebigen Anzahl Benutzern für einen beliebigen Zweck eingesetzt werden.
- 29 Bei der Vervielfältigung und Weiterverwendung fallen keine Lizenzkosten an.

- 1 - Open-Source-Software ermöglicht Einblick in den Quelltext und über das offene Entwick-
2 lungsmodeLL üblicherweise auch die Versionshistorie.
- 3 - Die Qualität von OpenSource-Software ist nachweisbar: Durch Offenlegung des Quell-
4 codes entsteht ein sehr hoher Qualitätsdruck auf die Entwickler.
- 5 - Prüfbarkeit eines Programmes auf bewusst eingebrachte, Nutzer-ungewollte Mechanis-
6 men wie Backdoors, die für politische oder wirtschaftliche Spionagezwecke verwendet wer-
7 den könnten. Beispielsweise hat Microsoft als Anbieter nicht-quelloffener Software Proble-
8 me, immer wiederkehrende Gerüchte über NSA-Hintertüren in ihren Betriebssystemen zu
9 widerlegen, da eine Offenlegung des Quelltexts keine Option für Microsoft ist.

10 **Einige Ergebnisse einer Studie des Fraunhofer Instituts bezüglich des Nutzens von OSS¹**

11 Der Einsatz von Open-Source-Software (OSS) führt zu teilweise erheblichen Einsparungen in
12 der öffentlichen Verwaltung Befragte gehen von Kostensenkungen von mehr als 50 Prozent
13 durch den Einsatz von Open-Source-Software aus.

14 Rund 83 Prozent der OSS-Aufträge der öffentlichen Verwaltung gehen an kleine und mittlere,
15 regionale Dienstleister. Dienstleistungen werden von diesen Unternehmen rund um die
16 drei Themenbereiche Programmierung, Konfiguration oder Anpassung von OSS an kunden-
17 spezifische Bedürfnisse, die Unterstützung in der Einführungsphase sowie beim späteren
18 Support angeboten, so ein Ergebnis der Studie. Die Autoren der Studie kommen zu dem
19 Ergebnis, dass der Einsatz von OSS nicht nur der Öffentlichen Hand und IT-Unternehmen
20 Vorteile bringt, sondern auch zu mehr Beschäftigung in Deutschland führen kann. Die Stu-
21 die habe gezeigt, dass Open Source verstärkt zu regionaler Wertschöpfung führe und das
22 Innovationspotenzial der IT-Unternehmen stärke. „Open-Source-Software sorgt für Innova-
23 tion und sichert Arbeitsplätze vor Ort.

¹ <https://www.zdnet.de/39149125/fraunhofer-studie-belegt-vorteile-von-open-source/>

<h1>Do3</h1>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Das Wort Handicap aus dem Wortschatz streichen

- 1 Die Jusos mögen beschließen, dass sowohl in Anträgen oder anderen Schriften als auch in
- 2 Wortbeiträgen das Wort Handicap vermieden wird und stattdessen andere, passendere
- 3 Wörter wie zum Beispiel Beeinträchtigung oder Behinderung genutzt werden.
- 4
- 5 **Begründung:**
- 6 Das Wort „Handicap“ wird häufig benutzt, wenn man sich besonders korrekt ausdrücken
- 7 möchte. Dies geht meistens nach hinten los. Denn bei dem Begriff „Handicap“ wird das so-
- 8 ziale Modell von Behinderung außer Acht gelassen. Dies besagt, dass Menschen nicht nur
- 9 durch ihre körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen, sondern auch durch die Gesell-
- 10 schaft behindert werden, beispielsweise indem Lehrkräfte nicht wissen wie sie mit Men-
- 11 schen mit Beeinträchtigungen umgehen sollen oder durch fehlende Untertitelung oder Ge-
- 12 bärddolmetschung von Veranstaltungen. Deswegen sollte man entweder von Menschen
- 13 mit Beeinträchtigungen sprechen oder, vor allem wenn das Hauptaugenmerk auf der ge-
- 14 sellschaftliche Diskriminierung liegt, von Menschen mit Behinderungen, da dies die Beein-
- 15 trächtigung häufig für die betroffene Person erst zu einem Problem, und somit zu einer Be-
- 16 hinderung macht. Wichtig ist vor allem, dass man von einem Menschen spricht, da auch
- 17 Menschen mit Behinderungen allem voran Menschen sind, und ihre Behinderung nur ein
- 18 Aspekt ihres Mensch-seins ist.
- 19 Des Weiteren ist die Herkunft des englischen Wortes „Handicap“ problematisch. Es wurde
- 20 im Jahr 1504 vom englischen König Henry VII initialisiert. Er erlaubte damals, dass Menschen
- 21 mit Beeinträchtigungen mit einer Kappe in der Hand (cap in hand) in den Straßen betteln
- 22 dürfen. Diese Personen wurden anschließend als handicapped bezeichnet. Dieses Wort
- 23 entwickelte sich später zu „Handicap“ weiter.
- 24 Menschen mit Beeinträchtigungen sollten also höchstens beim Golf spielen mit dem Wort
- 25 „Handicap“ konfrontiert werden.
- 26

Do4	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	Landesparteirat
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Stopp nicht meinen Stream

- 1 Wir fordern die Landesregierung auf darauf hinzuarbeiten den Rundfunkstaatsvertrag ab-
- 2 zuändern. In Zukunft sollen Streamer als eigene Lizenzgruppe aufgenommen werden und
- 3 nicht weiterhin als Rundfunk.
- 4 Zur Zeit können Streamer dazu gezwungen werden Rundfunklizenzen zu erwerben,
- 5 dadurch wird das Angebot der Streamer unnötig gefährdet.
- 6 Sobald die folgende Punkte auf einen Stream zutreffen kann er genötigt werden eine Rund-
- 7 funklizenz zu erwerben.
 - 8 - es handelt sich um audio-visuelle Bewegtbildangebote, die sich an die All-
 - 9 gemeinheit richten
 - 10 - die Verbreitung erfolgt linear, also live und kann durch die Zuschauer weder
 - 11 zeitlich noch inhaltlich beeinflusst werden
 - 12 - es gibt eine Art Sendeplan, also vor angekündigte Zeiten für die Live-Streams
 - 13 - das Angebot ist journalistisch-redaktionell gestaltet
 - 14 - es können potenziell mehr als 500 Zuschauer gleichzeitig erreicht werden
 - 15
- 16 Unter diese Punkte fallen bspw. Vor angekündigte Facebook-Live Streams von Stephan Weil.
- 17
- 18 Daher soll es künftig möglich sein Streams so zu regulieren, dass deren Streamingangebot
- 19 nicht durch die unverhältnismäßig hohe Zahlung für eine Lizenz gefährdet ist. Vorstellbar
- 20 sind angemessene Lizenzzahlungen für kommerzielle Streams und die Befreiung von Zah-
- 21 lungen für nicht-kommerzielle Streams.

Do5	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	SPD Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Transparenz im Landtag

- 1 Wir fordern die Landesregierung auf, ein Bürger*inneninformationssystem für den nieder-
- 2 sächsischen Landtag einzuführen.
- 3 Aktuell ist es sehr aufwendig den Gesetzesvorhaben des Landtages zu folgen. Es ist oft not-
- 4 wendig diverse Zeitungen zu durchforsten und noch weitere Insider Quellen zu nutzen, um
- 5 die gewünschten Informationen zu erhalten.
- 6 In Zukunft soll daher ein Bürger*inneninformationssystem für mehr Transparenz, welches
- 7 der Allgemeinheit verfügbar ist, sorgen.
- 8 Dazu gehören Informationen zu Beschlüssen der Ministerien, zum Stand der Gesetzesvor-
- 9 haben, Ausschüssen, Abstimmungsverhalten usw.

Do6	Antragsteller*innen:	UB Osnabrück-Stadt
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Wahlrecht für Menschen in Betreuung

„in allen Angelegenheiten“

- 10 Die Jusos Niedersachsen fordern:
- 11 Die Abschaffung des §3 II des Niedersächsischen Landeswahlgesetz(NLWG).
- 12 **Begründung**
- 13 Der §3 II des Niedersächsischen Landeswahlgesetz(NLWG) schließt in Niedersachsen all
- 14 jene Menschen aus, die „in allen Angelegenheiten“ betreut werden. Allerdings ist Deutsch-
- 15 land, und auch Niedersachsen, durch die Unterzeichnung der Behindertenrechtskonvention
- 16 der UNO der Verpflichtung einhergegangen Menschen mit Behinderungen ein gleichbe-
- 17 rechtigtes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Hierzu gehört auch, dass Men-
- 18 schen mit Behinderungen wirksam und umfassend am politischen Leben teilhaben können.
- 19 Eines der wichtigsten Möglichkeiten in Niedersachsen an der Demokratie teilzunehmen ist,

1 zur Wahl zu gehen. Kritiker gegen eine Abschaffung dieses Paragraphen wollen die Wahlen
2 vor Manipulation schützen. Allerdings sollte man die Probleme beim Schutz der Wahlen vor
3 einer Manipulation nicht bei den schwächsten unserer Gesellschaft suchen. Durch die Par-
4 tizipation von Menschen mit Behinderung, egal welchen Grades, zeigt man ihnen, dass sie
5 ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind und gibt ihnen die wichtige Anerkennung.

Do7	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Gegen die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung – Teilhabe leben!

6 Menschen mit Behinderung sind in Deutschland teilweise vom Wahlrecht ausgeschlossen.
7 Nach § 13 Bundeswahlgesetz dürfen Menschen, denen zur Besorgung aller Angelegenhei-
8 ten dauerhaft eine Betreuerin oder ein Betreuer bestellt wurde, nicht an der Bundestags-
9 wahl teilnehmen. Eine Betreuung erfolgt nach § 1896, wenn eine Person infolge einer psy-
10 chischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre
11 Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen kann. Das Wahlrecht von Personen mit
12 Betreuer wird durch § 3 Nr. 2 Niedersächsisches Landeswahlgesetz und § 48 Abs. 2 Nr. 1
13 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz ausgeschlossen. Gleiches gilt für das Wahl-
14 recht zur Europawahl und das, obwohl auf europäischer Ebene viel über die Rechte von
15 Menschen Behinderungen entschieden wird.

16 Eine Abschaffung dieser Wahlrechtsbeschränkung ist überfällig. Seit 2009 ist die UN-
17 Behindertenrechtskonvention für Deutschland rechtsverbindlich und hat als Völkerrecht
18 den Rang eines Bundesgesetzes. Die Konvention sieht in Art. 29 auch politische Teilhabe
19 vor. 2017 verabschiedete auch der Europarat eine Resolution. Eine Handlungsempfehlung
20 an die Mitgliedsstaaten war die Abschaffung von Diskriminierungen auf Grund von Betreu-
21 ung. Dem ist zu folgen, wie es in einigen Bundesländern bereits getan wurde.

22 Die Notwendigkeit der Betreuung wird zwar von den Gerichten intensiv geprüft, die Frage
23 der Fähigkeit zur politischen Willensbildung ist jedoch nicht Bestandteil der Prüfung. Der
24 Wahlrechtsausschluss basiert also auf der Pauschalisierung, dass Menschen mit Betreuer
25 zu einer Wahlentscheidung nicht in der Lage seien. Dies muss nicht zwingend der Fall sein
26 und ist eine diskriminierende Annahme.

27 Einen Teil der Gesellschaft ohne sachlichen Grund vom Wahlrecht auszuschließen ist nicht
28 demokratisch und verhindert, dass die Interessen dieser Bevölkerungsgruppe gehört wer-
29 den. Gerade kleinere und auch in anderen Bereichen von Diskriminierungen betroffene
30 Teile der Bevölkerung sollten politisch teilhaben und somit ihre Rechte durchsetzen kön-
31 nen. In Niedersachsen sind 10.000 und in Gesamtdeutschland 81.000 Menschen betroffen.

- 1 Wir wollen mehr Teilhabe wagen und unterstützen deshalb ausdrücklich den momentan im
- 2 Niedersächsischen Landtag diskutierten Gesetzesvorschlag zur Abschaffung von § 3 Nr. 2
- 3 Niedersächsisches Landeswahlgesetz und § 48 Abs. 2 Nr. 1 Niedersächsisches Kommunal-
- 4 verfassungsgesetz.

- 5 Wir fordern, dass eine solche Gesetzesinitiative auch bald auf Bundesebene erfolgt, vor al-
- 6 lem auch im Hinblick auf die Europawahl 2019. Es sollte nicht über Menschen mit Behinde-
- 7 rung, sondern mit ihnen entschieden werden.

ANTRAGSBEREICH: **E- Europa**

EOI	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Europa entdecken**

2 Wir fordern ein kostenloses Interrailticket als Geschenk der Europäischen Union an alle jun-
3 gen Menschen zum 18. Geburtstag, die ihren dauerhaften Wohnsitz in Europa haben. Da-
4 mit soll es ihnen ermöglicht werden, etwa einen Monat lang kostenlos das Schienennetz der
5 EU-Mitgliedsstaaten zu nutzen. Darüber hinaus soll die Einrichtung eines Unterstützungsfonds
6 und eine Subventionierung der Übernachtungsplätze für Menschen mit geringen fi-
7 nanziellen Mitteln geprüft werden.

8 Begründung:

9 Die Europäische Union steckt in einer Krise. Immer mehr euroskeptische Parteien finden
10 Einzug in die Nationalparlamente, aber auch ins Europaparlament. Und auch der Brexit ist
11 ein Zeichen der Krise.

12 Dieser Bewegung müssen wir uns als internationalistischer und europafreundlicher Rich-
13 tungsverband entgegenstellen. Wir müssen die Probleme anpacken und die EU verbessern.
14 Dazu gehört auch, dass wir wieder zeigen, wofür die EU aus unserer Sicht stehen sollte: für
15 Offenheit, Toleranz und Solidarität.

16 Indem man jungen Menschen ein kostenloses Interrailticket zur Verfügung stellt, erreicht
17 man mehrere positive Effekte. Zum einen zeigt man ihnen, dass die EU Freiheit bedeutet,
18 denn nur durch die EU kann man so problemlos innerhalb Europas reisen, zum anderen
19 lernen junge Menschen so andere Kulturen und Menschen kennen. Sie können sich mit
20 anderen Europäer*innen austauschen und vernetzen. So entwickeln sie ein Verständnis
21 füreinander und es entsteht ein ganz anderes Zusammengehörigkeitsgefühl. So begeistern
22 wir wieder junge Menschen für die europäische Idee.

ANTRAGSBEREICH: **F-Feminismus**

FOI	Antragsteller*innen:	UB Stade
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Resolution: Dem Patriarchat nicht beugen!

1 Frauen* in Parteien, in Parlamenten und erst recht in Vorständen eben jener sind zumeist
2 in der Unterzahl oftmals sogar deutlich. Männer werden häufiger als Kandidaten von Di-
3 rektmandaten nominiert als Frauen* - das kann bis zurück zur Parlamentstradition der
4 Weimarer Republik verfolgt werden. Die Folge dessen im neu gewählten niedersächsischen
5 Landtag ist, dass die Frauenquote innerhalb der SPD-Fraktion (die z.Zt. nur aus den direkt
6 gewählten Abgeordneten besteht) bei 34.5% liegt – und damit deutlich unter der innerhalb
7 der SPD festgelegten Geschlechterquote von 40%. Im gesamten Landtag liegt die Frauen-
8 quote sogar nur noch bei 19%. Dies zeigt deutlich: das herrschende Patriarchat in der Poli-
9 tik – aber auch innerhalb unserer Partei ist noch lange nicht durchbrochen! Auch wenn es
10 immerhin innerhalb der Fraktion Frauen* gibt, die sich durchsetzen konnte – mit Hanne
11 Modder als Fraktionsvorsitzende und Gabriele Andretta als Landtagspräsidentin hat die
12 SPD-Fraktion starke Frauen* besetzt.

13 Aber auch auf Bundesebene schaut frau* gerade mit Fassungslosigkeit. Da verzichten (?)
14 gleich zwei Frauen* auf ihre Kandidatur für die Bundestagsvizepräsidenten. Zeigt dies zwar
15 die wahre Größe dieser beiden Politikerinnen*, so zeigt dies es doch eindrucksvoll wie in-
16 nerhalb unserer Partei die Postenvergabe abläuft. Auch innerhalb der Bundesparteispitze
17 ist außer mit Andrea Nahles keine einzige Frau* vertreten.

18 Aber schauen wir doch einmal, was ohne die Frauen* in Parlamenten niemals erreicht wor-
19 den wäre. Das wäre zum Beispiel die für uns heute so selbstverständliche freie Berufsaus-
20 übung für Frauen*. Oder aber die Streichung der „Hausfrauenehe“ aus den Gesetzbü-
21 chern. Im Übrigen – das passierte erst in den 1970ern der sozial-liberalen Koalition unter
22 Helmut Schmidt. Bis 1987 ein einstelliger Prozentsatz an Frauen* im Bundestag, stieg der
23 Frauen*anteil erst nach der Wiedervereinigung in den 1990er Jahren. Aber auch nur, weil
24 einige Parteien zuvor eine Quotierung festlegten. Die SPD darunter. (Hell yeah!) 1998 über-
25 schritt der Anteil dann das erst Mal die 30%-Grenze.

26 Die Frauen* im Bundestag schlossen sich immer wieder für „weibliche“ Themen zusam-
27 men. So auch als ein Bundestagsvizepräsident der CSU 1970 erklärte keine Frau* in Hosen-
28 anzug im Bundestag sprechen zu lassen. Die FDP-Politikerin Lieselotte Funke wollte sich
29 diesen Ausspruch nicht gefallen lassen, suchte Verbündete unter den 34 Abgeordnetinnen*
30 und fand sie. So trat am 14. Oktober 1970 Lenelotte von Bothmer von der SPD als erste
31 Frau* im Hosenanzug ans Mikrofon des Bundestages. Welch ein Eklat!

1 Im Mai 1983 wurde dann die Abschaffung des Paragraphen 218 debattiert. In ihm wurde
2 die Abtreibung unter Strafe gestellt. Als die Abgeordnete Waltraud Schoppe über Verhütung
3 und Sexismus spricht bricht lautes Gelächter aus. Erst 25 Jahre später – im Mai 1997 er-
4 reichten Ulla Schmidt und Irmingard Schewe-Gerigk (Grüne) einen Beschluss darüber, dass
5 Vergewaltigung in der Ehe verfolgt werden soll. Leute, dass ist 20 Jahre erst her!

6 Auch für die Verschärfung des Sexualstrafrecht fochten die Frauen* jahrelang. 2016 wurde
7 sie endlich Realität. Großen Anteil daran hatten wiederum die Frauen* im Bundestag. [1]
8 Schauen wir nun auf den neu konstituierten Bundestag, stellen wir ebenso schnell wie bei
9 der Betrachtung des Niedersächsischen Landtages fest, dass der Frauen*anteil insgesamt
10 gesunken ist. Er liegt gerade einmal bei 31%. [4: empfohlenes Video dazu] Zwar erreichte
11 hier die SPD mit 41% knapp die festgeschriebene Quote, andere Fraktionen wie FDP, AfD
12 und CDU/CSU liegen deutlich, teils bei der Hälfte des Anteils der SPD.

13 Wir wollen uns dem Patriarchat nicht beugen! Ohne die Frauen* im Parlament wären wich-
14 tige Themen wie Bestrafung der Vergewaltigung in der Ehe, ein strikteres Sexualstrafrecht
15 oder – man(n) mag jetzt lachen – ein eigenes Konto für die Ehefrau* womöglich bis heute
16 nicht durchgesetzt. Wir Jusos verstehen uns unter anderen als feministischer Richtungsver-
17 band. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Direktkandidaturen auch mit Frauen* besetzt
18 werden. Und das nicht nur nicht aussichtslosen Wahlkreisen, sondern auch in jenen, die
19 direkt gewonnen werden können!

20 **Wir fordern:**

21

- 22 - Einhaltung der Frauen*quote in Vorständen
- 23 - Berücksichtigung von Frauen* beim Aufstellen von Direktkandidaturen. Nicht, wer am
24 lautesten „Hier!“ schreit soll aufgestellt werden, sondern wer was aufm Kasten hat!
- 25 - Eine stärkere Frauen*vernetzung auf allen Ebenen schaffen – an den Männern vorbei.
26 Wir brauchen starke Frauen* in der Politik!
- 27 - Eine stärkere Vernetzung der Jusos mit der AsF!
- 28 - Sexismus in der Partei und außerhalb entschieden bekämpfen! Docuopy veröffentliche
29 in den letzten Wochen zwei Befragungen von Abgeordneten. Im Ersteren [2]
30 beschreiben weibliche* Bundestagsabgeordnete ihre Erfahrungen mit Sexismus. Im
31 Zweiteren [3] Männer wie sie damit umgegangen sind, wenn sie so etwas schon einmal
32 Er lebt haben. Die Diskrepanz ist enorm – gerade wir Jusos müssen dafür Sorge tragen,
33 dass so etwas in der Gesellschaft, aber auch in unserer Partei nicht mehr vorkommt.
34 Das zweite Video zeigt: das Patriarchat muss endlich gestürzt werden.

35

36

37 Quellen:

38 [1] <http://www.fr.de/politik/bundestag-wie-frauen-die-debatten-praegten-a-1385209>

39 [2] <https://www.youtube.com/watch?v=Z5rYglYW2jE>

40 [3] <https://www.youtube.com/watch?v=4cA94bm5aJY>

41 [4] https://www.youtube.com/watch?v=_JlIaaX2Dno

42

43

F02	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Geschlechtsneutrale WCs

- 1 Die Jusos Niedersachsen fordern die Einführung von geschlechts- und genderneutralen
 2 Toiletten in allen öffentlichen Gebäuden.
- 3 Genderneutrale Toiletten verhindern die Diskriminierung und den Zuordnungszwang, dem
 4 Trans*Menschen, Intersex*Menschen und alle Menschen, die sich nicht dem binären Ge-
 5 schlechtssystem zuordnen wollen oder können, täglich ausgesetzt sind. Das binäre Ge-
 6 schlechtssystem ist durch das Bundesverfassungsgericht, medizinische Befunde, sowie de
 7 facto existierende Lebensentwürfe nicht mehr tragfähig für Teile der Gesellschaft. Die tägli-
 8 chen Fortschreibungen und Konstruktionen von einer Geschlechterbinarität sollten aufge-
 9 brochen werden.
- 10 Genderneutrale Toiletten sind bereits an mehreren Orten eingeführt worden, darunter Uni-
 11 versitäten in Kalifornien, Berliner Behörden, New York und darüber hinaus gibt es an vielen
 12 Orten Diskussionen um eine Einführung.
- 13 Dennoch sollten spezifische Toiletten als Schutzräume erhalten bleiben, es soll nicht um
 14 eine Unisierung gehen, sondern darum, dass Vielfalt ihren Ausdruck bekommt.

F03	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Revolution statt Reformation!

- 15 Wir fordern die SPD Landtagsfraktion dazu auf, den 8. März als neuen Feiertag in Nieder-
 16 sachsen beschließen zu lassen.
- 17 Begründung:
- 18 Der 8. März ist der internationale Frauen* Kampftag. Er steht für den Kampf für die Gleich-
 19 berechtigung und die Rechte der Frauen*.
- 20 Auch in Deutschland und Niedersachsen sind Frauen* noch immer nicht gleichberechtigt.
 21 So gibt es immer noch einen Lohnunterschied von statistisch 21%. Eine Begebenheit, die
 22 wir als Sozialdemokrat*innen nicht hinnehmen können und dürfen und gegen die wir
 23 kämpfen müssen. Deshalb ist es das richtige Zeichen, dass wir uns dafür einsetzen, dass
 24 der 8. März als neuer Feiertag in Niedersachsen etabliert wird. Ein Zeichen für Gleichbe-
 25 rechtigung und den Weg dorthin.

F04	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Quote fürs Parlament

1 Parlamente müssen grundsätzlich paritätisch mit Frauen* besetzt sein, um als demokratisch
 2 legitimiertes Organ der Gesetzgebung angemessen die Bevölkerung abzubilden. Nur
 3 so kann eine Repräsentation der Wähler*innen erreicht werden.

4 Daher fordern wir, das Wahlrecht dahingehend zu ändern, dass eine entsprechende Zu-
 5 sammensetzung der Parlamente gewährleistet wird. Dazu fordern wir als ersten wichtigen
 6 Schritt für die Bundestags- und Landtagswahlen:

- 7 1. Direktmandate werden wie bisher durch die Parteien aufgestellt und in direkter
 8 Wahl durch die Bürger*innen gewählt.
- 9 2. Sollten die von einer Partei errungenen Direktmandate mehrheitlich männlich be-
 10 setzt sein, ziehen über die übrigen Listenplätze ausschließlich Frauen* in das Parla-
 11 ment ein, bis eine paritätische Besetzung von 50% erreicht ist.
- 12 3. Im Übrigen, falls also von einer Partei keine Direktmandate erzielt wurden oder für
 13 die weiteren Plätze nachdem eine Besetzung mit 50% Frauen* erreicht wurde, zie-
 14 hen die Kandidat*innen der Liste im Reißverschlussverfahren ein.
- 15 4. Sofern keine weiteren Frauen* mehr auf der Liste stehen um die errungenen Plätze
 16 in diesem Verfahren zu besetzen, verfallen die übrigen Mandate einer Partei.

17 Wünschenswert bleibt daneben eine stärkere Besetzung mit Frauen* bei der Nachbeset-
 18 zung von Wahlkreisen. Für Kommunalwahlen sind durch die Länder entsprechende Rege-
 19 lungen, die eine Parität sicherstellen, zu verabschieden. Ebenso gilt dies für die Wahlen zum
 20 europäischen Parlament.

21 Begründung:

22 Wo stehen wir?

23 Es ist traurige Realität, dass wir auch 99 Jahre nach Einführung des aktiven und passiven
 24 Wahlrechts für Frauen* noch immer keine geschlechtergerechte Besetzung der Parlamente,
 25 unserer Gesetzgebungsorgane, erreicht haben. Nicht nur sind wir von einem Frauen*anteil
 26 von 50%, wie er dem Anteil der Frauen* an der Wahlbevölkerung entsprechen würde, in
 27 Bundestag und Landtagen weit entfernt. Im Jahr 2017 hat sich der Frauen*anteil sowohl im
 28 Bundestag als auch im niedersächsischen Landtag sogar noch verringert.

29 Derzeit beträgt der Frauen*anteil der Bundestagsabgeordneten nur 31 %. Im letzten Bun-
 30 destag, bis 2017, waren es immerhin 37,1 %. Zum Vergleich: 1990 lag der Frauen*anteil im
 31 Bundestag immernoch bei desaströsen 20,5 %, 1998 stieg er auf 30, 9%, während es 2002
 32 mit 32,5% sogar mehr als heute waren.

1 Schaut man auf den Anstieg des Frauen*anteils der vergangenen Legislaturperioden wird
2 klar, dass sich eine paritätische Besetzung des Parlaments auf absehbare Zeit nicht von
3 alleine ergeben wird. Es handelt sich um keine Nachwehe des viel zu spät anerkannten
4 Frauen*wahlrechts, sondern um ein strukturelles Problem der Politik. Und diese strukturel-
5 le Benachteiligung ist dort am stärksten ausgeprägt, wo es kein Gegengewicht durch ver-
6 bindliche Frauen*quoten gibt. So ist der Frauen*anteil in den Fraktionen der Grünen, der
7 Linken und der SPD mit jeweils über 40%, teilweise sogar über 50% nahezu ausgeglichen
8 (Grüne: 58,2%; Linke: 53,6%; SPD: 41,8%). In jenen Parteien, die sich selber keine Quotie-
9 rung für Wahllisten auferlegt haben, ist der Frauen*anteil dagegen deutlich schlechter oder
10 auch so gut wie nicht existent (CDU: 19,9 %, FDP: 22,5 %; AFD: 10,8 %).

11 Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf den ebenfalls 2017 neu gewählten niedersächsi-
12 schen Landtag. Hier beträgt der Frauen*anteil seit der Wahl sogar nur 27,7 %. Bis zur Wahl
13 2017 waren es hier dagegen noch 31,4% Frauen*. Der niedersächsische Landtag liegt damit
14 sogar noch weiter jenseits einer gleichberechtigten Repräsentation der Bevölkerung als der
15 Bundestag.

16 Wo wollen wir hin?

17 Eine gleichberechtigte Beteiligung im Parlament, nur das ist fair und nur das ist demokra-
18 tisch. Wo Gesetze gemacht und Entscheidungen getroffen werden müssen Frauen* zu glei-
19 chen Teilen beteiligt werden. In unserer repräsentativen Demokratie muss die Bevölkerung
20 einen effektiven Einfluss die Staatsorgane haben. Tatsächlich fehlt Frauen* dieser Einfluss
21 jedoch, da sie im Parlament nicht repräsentativ vertreten sind. Ihre Interessen und Perspek-
22 tiven bleiben im Wesentlichen unberücksichtigt.

23 Wenn aber 50 % der Bevölkerung in unseren Parlamenten nicht ausreichend vertreten sind,
24 untergräbt das nicht nur die demokratische Legitimation dieser Institutionen, es heißt zu-
25 gleich auch, dass die männliche Hälfte der Bevölkerung mit ihren Interessen und Vorstel-
26 lungen überrepräsentiert sind.

27 Bei allen Gleichstellungsdebatten in beruflichem oder familiärem Umfeld darf nicht ausge-
28 blendet werden, dass es gerade die Politik ist, von der aus die Rahmenbedingungen unse-
29 res gesellschaftlichen Zusammenlebens gesetzt werden. Gerade unserer Gesetzgebung
30 darf daher die weibliche Perspektive nicht fehlen, gerade dadurch wird das patriarchale
31 System, in dem nur Männer die Regeln machen, gestützt!

32 Es zeigt sich damit, dass das Patriarchat nicht nur zu einer männlichen Dominanz in der
33 Wirtschafts- und Arbeitswelt führt, auch in der Politik besteht ein krasses Missverhältnis bei
34 der Repräsentanz der Geschlechter. Selbst die EU-Kommission hat bereits 2013 ein solches
35 Missverhältnis von Männern und Frauen* in der Wirtschaft wie auch in der Politik in vielen
36 EU-Mitgliedsstaaten scharf kritisiert und als undemokratisch bewertet - und Maßnahmen
37 von den Mitgliedern gefordert. In unseren Nachbarländern hat dies zum Teil bereits ge-
38 fruchtet, dort wurden in Frankreich, Irland, Belgien, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien und
39 Griechenland mittlerweile Quoten-Regelungen für Wahlen eingeführt.

40 Wie kommen wir zum Ziel?

1 Die Männer werden die Positionen nicht freiwillig räumen um für mehr Frauen* in der Poli-
2 tik Platz zu machen. Nachdem 100 Jahre seit Einführung des Frauen*wahlrechts nicht ge-
3 nug Zeit waren, um Frauen* in der Politik angemessen zu berücksichtigen, wird sich das
4 Problem nicht von allein lösen. Es handelt sich dabei um keine Einzelfälle oder individuelle
5 Probleme von Frauen*, die benachteiligt werden – die Diskriminierung hat System. Deshalb
6 braucht es klare Regelungen, die eine paritätische Teilhabe von Frauen* an der Politik si-
7 cherstellen – für alle Parteien. Nur so können bestehende Strukturen, die Frauen* von poli-
8 tischen Mandaten abhalten, aufgebrochen werden.

9 Eine verbindliche Quote für unsere Parlamente ist der einzige Weg, um Frauen* gleichbe-
10 rechtigt in politische Entscheidungen einzubinden; um sicherzustellen, dass die Interessen
11 von Frauen* Gehör finden; und um eine lange überfällige Förderung von Frauen* in der
12 Politik zu erreichen. Wir brauchen Vorbilder, die anderen Frauen* das Gefühl geben, den
13 Schritt in die Politik wagen und dort etwas erreichen zu können. Wir müssen aber auch die
14 Voraussetzungen politischen Engagements überdenken und Hindernisse verschiedenster
15 Art abbauen, welche talentierte und qualifizierte Frauen* von politischen Ambitionen abhal-
16 ten. Die Frauen*quote ist dafür nur ein erster Schritt, aber ein entscheidender. Gleichzeitig
17 ist die Quote auch hier wie überall kein Selbstzweck, sondern soll letztendlich durch eine
18 eigenständig funktionierende paritätische Besetzung der Parlamente überflüssig werden.

19 Ziel muss sein, dass nicht nur jene Fraktionen paritätisch besetzt sind, welche sich freiwillig
20 und parteiintern eine Quote gegeben haben, sondern ALLE. Parteien, die eine entspre-
21 chende Berücksichtigung von Frauen* auf ihren Wahllisten nicht gewährleisten, muss als
22 Konsequenz der Verlust von Parlamentssitzen drohen, um die Quotierung auch gegenüber
23 jenen Parteien durchsetzen zu können, welche das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe
24 der Geschlechter an der politischen Entscheidungsfindung nicht teilen. Von demokratischer,
25 gleichberechtigter Teilhabe kann sich keine Partei ausnehmen, sie muss unbedingte Vo-
26 raussetzung für die Beteiligung in einem Parlament sein.

Fo6	Antragsteller*innen:	UB Hildesheim
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Awareness-Baustelle SPD oder auch Einmal Awareness für die SPD, bitte!

1 Wir fordern die Einrichtung von Awareness-Teams, bestehend aus 2 Menschen von denen
 2 mindestens einer eine Frau* ist, in allen SPD-Unterbezirken. Es soll auch die Möglichkeit
 3 bestehen, zwei Frauen* als Awareness-Beauftragte zu wählen. Um die Position des Awaren-
 4 ess-Teams zu auszudrücken und zu behaupten sollen die Positionen der Awareness-
 5 Beauftragten als offizielle Vorstandspositionen in der Bezirkssatzung verankert werden. Die
 6 Aufgabe des Awareness-Teams soll darin bestehen, eine parteiinterne Anlaufstelle für Se-
 7 xismus und Diskriminierung jeder Art zu sein. Sie haben die Aufgabe Genoss*innen bei per-
 8 sönlichen Grenzverletzungen zu unterstützen und für das Thema zu sensibilisieren. Und ies
 9 auch auf vertraulicher Basis. Wir fordern außerdem, dass es auf Bezirks- und Landesebene
 10 regelmäßige Schulungen und Vernetzungstreffen der Awareness-Teams der SPD-
 11 Unterbezirke gibt. Diese sollen die Awareness-Beauftragten nicht nur für ihre Aufgabe aus-
 12 und weiterbilden, sondern ihnen auch das Werkzeug in die Hand geben, Awareness-
 13 Schulungsveranstaltungen im eigenen Unterbezirk (z.B. für Funktionsträger*innen) durchzu-
 14 führen. Zudem sollen die Vernetzungstreffen den Awareness-Beauftragten die Möglichkeit
 15 geben, in einem vertraulichen die eignen Aufgaben zu thematisieren und Erfahrungen aus-
 16 zutauschen. Grundsätzlich sollen diese Veranstaltungen auch für die gewählten und oder
 17 benannten Awareness-Beauftragten anderer Gliederungen offen sein.

18
 19 Begründung:

20 Auch wenn die Grundwerte der SPD Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind und die Par-
 21 tei für Offenheit und Toleranz steht und stehen will, gibt es doch Diskriminierungen inner-
 22 halb der Partei und besonders auch innerhalb der lokalen Strukturen. Dies ist ein Umstand,
 23 der gerne abgetan und kleingeredet wird, über den mensch sich nicht so aufregen soll. Und
 24 genau hier liegt das Problem: diese Herangehensweise sorgt nicht nur dafür, dass Men-
 25 schen bei den es zu persönlichen Grenzüberschreitungen gekommen ist, sich nicht trauen
 26 diese zu thematisieren, sondern dass Menschen, die sich dies trauen, sich bloßgestellt
 27 fühlen und dazu gebracht werden ihre diesbezügliche Wahrnehmung anzuzweifeln. Denen
 28 somit klar gemacht wird, dass andere entscheiden, wann mensch sich unwohl zu fühlen hat
 29 und besonders wann nicht. In einer solchen Situation wird weder der betroffene Mensch
 30 noch seine Wahrnehmung respektiert. Und gerade so etwas sollten wir in unserer Partei
 31 nicht dulden. Doch leider handelt es sich um Verhaltensweisen und daraus entstandene
 32 Strukturen, die sich über Jahrzehnte eingeschliffen und so normalisiert haben. So ist zum
 33 Beispiel häufig Sexismus zum inoffiziellen Bestandteil der Tagesordnung geworden. Die
 34 klingt hart, ist es aber auch. Und es ist ein Problem, dass es überall gibt, dass gewiss nicht
 35 nur auf Arbeitsgemeinschaften beschränk

1 ist, wie häufig argumentiert wird. Der erste Schritt um unsere Partei zu einer feministischen
2 und diskriminierungsfreien Gemeinschaft zu machen, ist Sexismus und sonstige Diskrimi-
3 nierungen, die von Menschenfeindlichkeit motiviert werden, als ein existentes Problem an-
4 zunehmen und den Willen zu zeigen, dieses zu verändern. Dem müssen dann natürlich
5 auch Taten folgen. Und eine solche erste Tat, die automatisch weitere nach sich zieht, ist die
6 Einrichtung von Awareness-Teams.
7 Sie stellen eine Anlaufstelle für alle Mitglieder im Unterbezirk dar. Unabhängig von der*dem
8 nicht feministischen Ortsvereinsvorsitzenden, der*dem Gemeindeverbandsvorsitzenden,
9 die*der findet, dass mindestens 15 Jahre Parteierfahrung benötigt werden, um für irgen-
10 detwas gewählt zu werden oder dem Unterbezirksvorstand, dass Totschlag Argument es ist,
11 dass „wir das ja immer schon so gemacht haben“. So wird die Hemmschwelle, eigene
12 Grenzverletzungen (vertraulich) anzusprechen um ein vielfaches gesenkt und die betroffene
13 Person kann sich sicher sein Unterstützung zu erhalten anstatt nur einem müden Lächeln.
14 Die Aus- und Weiterbildung sowie die Vernetzung der Awareness-Teams stellt zudem einen
15 wichtigen Baustein für die erfolgreiche Arbeit dieser dar. Solche Bildungs- und
16 Vernetzungsveranstaltungen sorgen dafür, dass die Teams gut auf ihre Aufgabe vorbereitet
17 werden und während ihrer Tätigkeit Weiterbildungen erhalten. Auch die Vernetzung ist un-
18 verzichtbar, da die Teams so die Möglichkeit bekommen sich über ihre Erfahrungen auszu-
19 tauschen, zu reflektieren was gut läuft und was besser laufen könnte. Sie bekommen in ei-
20 nem vertraulichen und ungezwungenen Rahmen die Möglichkeit ein solch sensibles Thema
21 zu diskutieren, ohne den Druck zu haben, dass sie in dem Moment eine Rechenschaft able-
22 gen müssten.

F07	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Gleichberechtigung hört nicht bei der Verhütung auf!

- 1 Wir fordern, dass die Erforschung von Verhütungsmitteln für Männer* vorangetrieben wird.
- 2 Landes- und Bundesregierung sollen jeweils Druck auf Pharmaunternehmen ausüben und
- 3 Forschungsgelder bereitstellen.
- 4 Begründung:
- 5 Noch immer ist die Verhütung vor allem der Frau* überlassen. Viele Männer* machen sich
- 6 darüber kaum Gedanken. Zugegeben, es gibt wesentlich weniger Möglichkeiten für Män-
- 7 ner*, zu verhüten. Das liegt aber vor allem daran, dass kaum in die Forschung investiert
- 8 wird, da die Nachfrage wenig spürbar ist. Zudem kommen Forschungsergebnisse oft nicht
- 9 als Medikamente auf den Markt, da sie zu hohe Nebenwirkungen haben, so auch bei der
- 10 Pille für den Mann*. Vergleicht man diese nun aber mit den Nebenwirkungen für die Pille
- 11 zur hormonellen Verhütung für Frauen* gibt es kaum Unterschiede, außer dass die Liste für
- 12 Zweitere nur noch länger ist. Frauen* sollten nicht mit diesen Nebenwirkungen leben müs-
- 13 sen, es müssen Alternativen geschaffen werden, die auch den Mann* einbeziehen.

- 1 Wir sagen: Es muss ernsthaft in die Forschung an Verhütungsmittel für Männer* investiert
- 2 werden. Forschungsgelder müssen als Anreize bereitgestellt werden. Nur so wird es zu ei-
- 3 ner ernsthaften, zielorientierten Forschung kommen. Denn Gleichberechtigung hört nicht
- 4 bei der Verhütung auf!

ANTRAGSBEREICH: **FI- Finanzen**

FIOI	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Gegen die Politik einer „Schwarzen Null“

1 Die Jusos fordern hiermit,

- 2 a) eine Umverteilung der Haushaltsmittel zugunsten einer zukunftsorientierten und
3 generationengerechten Investitionsoffensive.
- 4 b) die SPD möge sich zu einer aktiven nachfrageorientierten Haushalts- und Finanzpoli-
5 tik bekennen und klar das Ziel der Stärkung des deutschen Binnenmarkts verfolgen.
6 Die SPD möge sich für die Erhöhung der Einnahmen im Staatshaushalt einsetzen,
7 zum Beispiel durch eine reformierte Kapitalertragssteuer und die Einführung einer
8 Vermögenssteuer.
- 9 c) die SPD soll dazu für eine Wirtschaftspolitik eintreten, die einen Abbau deutscher
10 Handelsbilanzüberschüsse zur Folge hat und sich einsetzen für eine dauerhafte Ein-
11 haltung des, im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirt-
12 schaft verankerten, Ziels eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.
- 13 d) die SPD soll ermöglichen, dass durch Investitionen des Staates auch antizyklische
14 Wirtschaftspolitik betrieben werden kann. Die SPD soll sich dennoch dafür einset-
15 zen, dass Deutschland seine Schulden abbaut und langfristig schuldenfrei wird, um
16 die Gesellschaft von der Zinslast zu befreien.
- 17 e) bis zur Einführung geänderter gesetzlicher Grundlagen soll sich die SPD dafür ein-
18 setzen, die auch im Zuge der „Schuldenbremse“ verbliebenen Kreditaufnahmemög-
19 lichkeiten des Bundes voll auszuschöpfen, um den riesigen infrastrukturellen Mo-
20 dernisierungsstau abzubauen.

21 **Begründung:**

22 Durch die Neuregelungen der Staatsverschuldung im Jahr 2009 (Artikel 91c, 91d, 104b, 109,
23 109a, 115, 143d Grundgesetz - GG) wird für Bund und Länder der Grundsatz eines ohne
24 Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushalts festgeschrieben. Für den Bund ist ein
25 strukturelles Defizit 0,35 vom Hundert des Bruttoinlandsproduktes möglich, für die Länder
26 ist nicht mal diese geringe Verschuldung erlaubt. Die vollständige Einhaltung der neuen
27 Grenzen betrifft den Bund seit dem Jahr 2016 und ist für die Länder spätestens ab dem Jahr
28 2020 obligatorisch. Einige Verfassungsrechtler sehen sogar eine faktisch frühere Umset-
29 zung geboten. Einige Länder haben diese sog. Schuldenbremse zusätzlich in ihre Landes-
30 verfassung übernommen und ggf. schon frühere Anwendungszeitpunkte festgelegt. Die
31 dahinterstehende Politik wird im Allgemeinen auch als "schwarze Null" bezeichnet, da die

1 Haushalte Ausgaben im Wesentlichen nur noch mit "echten" Einnahmen ausgleichen dür-
2 fen.

3 Sog. Schuldenbremsen ergeben sich mittel- oder unmittelbar auch aus europäischem
4 Recht. Im Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union verpflichten sich die Mit-
5 gliedsländer grundsätzlich zu einer Neuverschuldung von maximal 3 % des Bruttoinlands-
6 produkts (BIP) und einem maximalen Schuldenstand von 60 % des Bruttoinlandsprodukts.
7 Durch den Europäischen Fiskalpakt vom 2.3.2012 wurden diese Regelungen weiter konkre-
8 tisiert und Sanktionen bei Nichteinhaltung vereinbart. Länder, deren jährliche Neuverschul-
9 dung (bereinigt um konjunkturelle Defizite) 0,5 % des jeweiligen BIP oder deren Gesamt-
10 schuldenquote 60 % des BIP überschreitet, verpflichten sich, ihre Haushalts- und Wirt-
11 schaftspartnerschaftsprogramme mit Maßnahmen zum Abbau der Verschuldung der EU-
12 Kommission und dem Europäischen Rat vorzulegen und von diesen genehmigen zu lassen.

13 Sowohl die nationalen Regelungen zur Schuldenbremse, als auch die europäischen Rege-
14 lungen sind abzulehnen, da

- 15 • auf fehlerhaften ökonomischen Annahmen basieren,
- 16 • mittelfristig eine weitgehende finanz- und steuerpolitische Selbstentmachtung der
17 Parlamente und Regierungen darstellen und demokratische Prozesse zunehmend
18 dysfunktional (erscheinen lassen) werden und daher demokratiegefährdend wirken,
19 bzw. ein tiefes Misstrauen gegen demokratische Prozesse offenbaren,
- 20 • sich hieraus mittelfristig ein Angriff auf den Sozialstaat ergeben dürfte, der sich ins-
21 besondere dadurch verstärken dürfte, da
- 22 • die Einnahmeseite (insbesondere im europäischen Kontext) völlig unbeachtet bleibt
23 und von internationaler Seite (z.B. OECD) sogar regelmäßig noch der Ruf nach
24 Steuersenkungen ertönt und
- 25 • Anreize zum Unterlassen wichtiger Zukunftsinvestitionen schaffen,
- 26 • Anreize zu immer weiterer Privatisierung und weiteren teuren ÖPP-Modellen schaf-
27 fen,
- 28 • das zentrale Ziel der Zukunftsvorsorge einer Volkswirtschaft auf die Stabilisierung
29 des Schuldenstandes der öffentlichen Hand reduziert und damit unterkomplexe
30 Steuerungsziele verfolgt werden,
- 31 • insgesamt damit gerade das Gegenteil von Generationengerechtigkeit bewirken

32 Ferner führt die in den letzten Jahren durchgeführte Haushaltspolitik der schwarzen Null
33 bzw. der Haushaltskonsolidierung zu

- 34 • einem gigantischen Investitionsstau,
- 35 • zu einer völligen Exportfixierung der deutschen Wirtschaft,
- 36 • zu einem historischen Außenhandelsungleichgewicht, welches den Wohlstand
37 Deutschlands und Europas massiv bedroht.

FIO2	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Land
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Antrag der Jusos Oldenburg-Land – Landeskonzferenz

- 1 Innenstädte erhalten - Steuerpolitik gestalten
- 2 Die Jusos Niedersachsen fordern die Bundestagsfraktion der SPD auf, mögliche Besteuerungsmodelle auf unvermietete Gewerbeobjekte zu erarbeiten und den Kommunen in An-
- 3 legung an den Grundsteuerhebesatz Ermessensspielräume einzuräumen.
- 4
- 5 **Begründung:**
- 6 Eine belebte Innenstadt ist die Herzkammer einer jeden Kommune und hat unmittelbare
- 7 Auswirkungen auf die Attraktivität und die empfundene Lebensqualität der Bürgerinnen
- 8 und Bürger.
- 9 Der weiter aufstrebende Onlinehandel erschwert die Problematik und sorgt immer stärker
- 10 für ein Aussterben der Innenstädte. Hinzu kommt die aktuelle Situation auf dem Immobili-
- 11 enmarkt. So sind Mieten unverhältnismäßig hoch und machen es inhabergeführten Ge-
- 12 schäften nahezu unmöglich langfristig an einem Standort zu verbleiben.
- 13 Im aktuellen Koalitionsvertrag des Bundes wird von einer Grundsteuer C gesprochen, wel-
- 14 che es Kommunen ermöglichen soll unbebaute Flächen stärker zu besteuern. Hiermit soll
- 15 dem Wohnungsmangel entgegengewirkt werden. Ein solches Modell halten wir auch für
- 16 unvermietete Gewerbeobjekte für wünschenswert.
- 17 Mit dieser Regelung kann die Einnahmesituation der Kommunen gestärkt und die Anreize
- 18 für eine Vermietung weiterentwickelt werden. Außerdem könnte diese Regelung zur Regu-
- 19 lierung der Mietpreise beitragen. Dies könnte ein Mittel sein, mit dem wir unsere Innenstäd-
- 20 te mittelfristig attraktiv halten können. Wir bitten um eure Zustimmung.

FIO3	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Veräußerungsverbot für Produkte steuerflüchtiger Unternehmen einführen!

- 1 In der Bundesrepublik Deutschland soll es ein Veräußerungsverbot für Produkte und
- 2 Dienstleistungen steuerflüchtiger Unternehmen geben. Alternativ kann auch eine Sonder-
- 3 steuer auf diese Produkte fällig werden.
- 4 **Begründung:**
- 5 Viele Unternehmen versteuern Umsätze nicht dort, wo sie erwirtschaftet werden, um Geld
- 6 zu sparen. Dies ist oft legal, jedoch nicht legitim. Eine Volkswirtschaft wie Deutschland könn-
- 7 te durch solche Verbote geschaffenen Lücken Problemlos schließen.
- 8 Unternehmen müssten ihre Geschäftsverbindungen zu Steueroasen offenlegen und auf
- 9 lange Sicht müsste ein Veräußerungsverbot in Kraft treten. Unternehmen wären gezwungen
- 10 Ordnungsgemäß Steuern zu zahlen oder müssten auf den Verkauf verzichten. Eine solche
- 11 Steuerflucht sollte auch ein gesellschaftliches Tabu wie Steuerhinterziehung oder die Be-
- 12 schäftigung von Schwarzarbeitern sein.
- 13 Ein fairer Wettbewerb und mehr Steuergerechtigkeit könnten ebenfalls erreicht werden. Ein
- 14 Steuerdumping z.B. durch die aktuelle US-Steuerreform könnte auch verhindert werden.
- 15 Man könnte Geld- und Kaufkraft stärken und das globale Finanzsystem besser kontrollieren.
- 16 Ein solches Verbot soll Steueroasen nicht diskriminieren, sondern sie als Standort fördern
- 17 und ihre Steuern mehr an die anderer Länder anpassen. Sie können weiterhin niedrigere
- 18 Steuern verlangen als die großen Industriestaaten, jedoch wird deren Steuerkassen dann
- 19 kein in den Staaten erwirtschaftetes Geld mehr entzogen.

FIO4	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Land
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Erlass der Kosten des Insolvenzverfahrens

1 Wir Jusos fordern, dass die Kosten einer Privatinsolvenz, die im Zuge des Insolvenzverfahrens entstehen, insolventen Personen ausnahmslos zu erlassen sind.

3 **Begründung:**

4 Im Zuge eines Insolvenzverfahrens wird mitunter festgestellt, dass eine Person nicht mehr
 5 in der Lage ist mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln offene Rechnungen zu begleichen,
 6 bzw. Schulden zu tilgen. Stark vereinfacht gesagt, wird im Insolvenzverfahren festgestellt,
 7 dass eine Person kein Geld mehr zur Verfügung hat. Im weiteren Verlauf werden
 8 sämtliche noch verwertbaren Vermögensgegenstände dazu verwendet, um offene Schulden
 9 und Rechnungen zu begleichen – soweit es die verbliebenen Mittel noch zulassen. Es wird
 10 also festgestellt, dass eine Person kein Geld mehr hat und anschliessend das verteilt, was
 11 noch übrig ist. Das Insolvenzverfahren allerdings führt daselbst zu Kosten bei der insolventen
 12 Person, die meistens zwischen 1.700€ und 2.500€ liegen. Diese Kosten werden im Anschluss
 13 an das Verfahren der insolventen Person, also der Person, die nachweislich über keine
 14 finanziellen Mittel mehr verfügt, in Rechnung gestellt. Diese sind auch durch die insolvente
 15 Person zu begleichen. Der reine Menschenverstand gebietet es eigentlich dieser Praxis ein
 16 Ende zu machen. Sozial schwachen Menschen die Kosten dafür in Rechnung zu stellen,
 17 dass die Scherben ihres Lebens zusammengefügert wurden, ist ein logischer Bruch hinter
 18 dem eigentlichen Sinn des Insolvenzverfahrens und gehört daher abgeschafft!

F105	Antragsteller*innen:	UB Lüneburg
	Weiterleitung:	Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Mehr Recyclingpapier, statt illegaler Baumrodung!

1 Wir fordern die grundsätzliche Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes von 19% auf 7%
 2 für alle Produkte aus 100% recyceltem Papier und die ausschließliche Nutzung von Um-
 3 weltpapier in ALLEN parteiinternen Gremien der SPD.

4 **Begründung:**

5 Die Hälfte unseres genutzten Papiers ist aus „neuem“ Zellstoff, welcher durch die Rodung
 6 von Wäldern entsteht. Dadurch zerstören wir Lebensraum für Pflanzen und Tiere und er-
 7 höhen langfristig den CO₂-Ausstos. Das muss nicht sein, denn schließlich besteht die Mög-
 8 lichkeit recyceltes Papier zu nutzen, welches qualitativ gleichwertig ist. Außerdem lassen
 9 sich die Wasser und Energiekosten zur Produktion um 60% senken (Zahlen nach Umwelt-
 10 bundesamt).

11 Wir sollten vorangehen und in unserer Partei ausschließlich auf Umweltpapier setzen und
 12 auch mittelfristig alle staatlichen Behörden, Privathaushalte und vor allem Unternehmen
 13 zum Umdenken bewegen! Deshalb ist ein reduzierter Mehrwertsteuersatz sinnvoll.

14

ANTRAGSBEREICH: **G-Gesundheit**

GOI	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Abtreibungen für Niedersachsen

1 Die jüngste Debatte über den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches hat erneut gezeigt,
2 dass die volle Selbstbestimmung der Frau noch lange nicht erreicht ist. Jedoch wäre vielen
3 niedersächsischen Frauen, die hier einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen
4 wollen, auch durch die Möglichkeit sich darüber zu informieren nicht viel geholfen, da es in
5 Niedersachsen Gegenden gibt, in denen keine Klinik einen solchen Eingriff durchführt.
6 Die niedersächsische SPD und damit auch ihre Minister*innen im Landeskabinett mögen
7 sich deswegen dafür einsetzen, dass in ganz Niedersachsen Schwangerschaftsabbrüche
8 durchgeführt werden.
9 Dafür notwendige Rekommunalisierungen der Krankenhäuser sollen durch Landesmittel
10 gefördert werden. Des weiteren sollen etwaige Fördermittel für private Kliniken, die grund-
11 sätzlich keine Abtreibungen durchführen, gestrichen werden.

12
13 Begründung:

14 Wenn eine Frau im Westen Niedersachsens ihre Schwangerschaft beenden will, muss sie
15 mindestens 80 Kilometer fahren. Dies liegt daran, dass im Emsland, einer katholisch gepräg-
16 ten Gegend, ein überwiegender Teil der Krankenhäuser in privater und religiöser Träger-
17 schaft ist. Diese führen grundsätzlich keine Schwangerschaftsabbrüche durch. Durch die
18 lange Fahrt ergeben sich finanzielle Belastungen für die betroffenen Frauen. Hinzu kommen
19 die emotionalen Belastungen, die ein Schwangerschaftsabbruch logischerweise mit sich
20 bringt.
21 Flächendeckende Kliniken, die Abtreibungen durchführen, würden die gesundheitliche Situ-
22 ation von Frauen in Niedersachsen ganzheitlich verbessern.

23

GO2	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Entbindungspfleger*innen strukturell unterstützen

1 In Zeiten des demographischen Wandels ist der Pflegebereich einer der entschiedensten
 2 Bereiche. Hier wird der Bedarf in den kommenden Jahren und Jahrzehnten immens steigen
 3 und wird – im Gegensatz zu anderen Bereichen des Arbeitsmarktes – nicht durch technolo-
 4 gischen Fortschritt aufgefangen werden, sondern hier wird es auch weiterhin auf den Faktor
 5 Mensch ankommen. Wenn unser Anspruch als Sozialdemokratie lautet, dass wir gewährleis-
 6 ten wollen, dass die Menschen in unserer Gesellschaft gesund und in Würde bis in ein sehr
 7 hohes Alter leben sollen können, dann muss ein zentraler Bestandteil unserer Politik sein,
 8 dass wir diesen Pflegebereich zukunftsfest machen und wir mit aller Kraft die bestehenden
 9 großen Defiziten in diesem Bereich beseitigen.

10 Ein Aspekt des Pflegesektors, dem oft nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, ist der der
 11 Entbindungspfleger*innen. Dabei ist gerade dieser Aspekt für werdende Eltern und vor al-
 12 lem für werdende Mütter ein ganz wichtiger. Zu einer attraktiven Familienpolitik des 21.
 13 Jahrhunderts, die auch junge Menschen zur Gründung von Familien ermutigen soll, gehört
 14 eine flächendeckende und ausreichende Versorgung mit entsprechendem Fachpersonal.
 15 Leider ist dies in Niedersachsen keineswegs die Realität. Dass wir gerade in so einem Feld
 16 nicht ausreichend Fachpersonal beschäftigen und auch nicht angemessen bezahlen, wider-
 17 spricht dem, was wir uns als Sozialdemokratie auf die Fahne schreiben: Nämlich eine mo-
 18 derne Familienpolitik, die Kinder von Geburt an fördert und Eltern so gut unterstützt, wie es
 19 geht. Es liegt also auf der Hand: Wir müssen handeln!

20 Die niedersächsische SPD und damit auch ihre Minister*innen im Landeskabinett mögen
 21 sich dafür einsetzen, dass die Situation der niedersächsischen Entbindungspfleger*innen
 22 deutlich verbessert wird. Hierfür müssen vor allem:

23 -das Entgelt erhöht werden sowie

24 -die Haftpflichtversicherungsbeiträge von freiberuflich tätigen Entbindungspfleger*innen
 25 angepasst werden.

26 Des Weiteren sollen mehr Möglichkeiten zur Ergreifung des Berufs geschaffen werden, bei-
 27 spielsweise durch zusätzliche Ausbildungsplätze oder auch durch eine Akademisierung der
 28 Ausbildung.

Begründung:

30 In Niedersachsen besteht bereits jetzt ein Hebammennotstand.

31 Im Herbst 2015 war in jeder 5. Klinik die Hebammenplanstelle nicht voll besetzt. Fast jede*r
 32 Entbindungspfleger*in, die von einem Krankenhaus angestellt ist, macht viele Überstunden,
 33 vor allem die teilzeitbeschäftigten. Dieser Trend hat sich bis heute nicht verändert.

34

- 1 Die Geburtenrate steigt. In den nächsten Jahren gehen 500 niedersächsische Entbindungspfleger*innen in Rente. Wenn wir nicht jetzt Gegenmaßnahmen ergreifen, wann dann?
- 2

Go3	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

- 3 **Anpassung der Länderanhaltszahlen für den**
- 4 **Pflegebedarf**

5 Die Jusos Niedersachsen fordern eine sofortige Überarbeitung der Länderanhaltszahlen, die
 6 auf der Basis von Laienbezug entstanden sind und die Erstellung eines vorläufigen Bedarfs
 7 an Pflegekräften nach dem mit der am 01.01.2017 in Kraft getretenen Pflegegesetzreform
 8 DSG2 neuen Pflegebegriffs. Wir wollen, dass diesem neuen Pflegebegriff sofort nachge-
 9 kommen und ein vorläufiger Bedarf erstellt und neue Pflegekräfte nach diesem Bedarf ein-
 10 gestellt werden. 2020 kann evaluiert werden, ob der vorläufig erstellte Bedarfsplan richtig
 11 war und ggf. angepasst werden.

- 12 **Begründung:**

13 Wir begrüßen, dass in der am 01.01.17 in Kraft getretenen Pflegegesetzreform DSG2 ein
 14 Absatz gestrichen wurde, der den sogenannten Laienbezug, also die Unterschreitung der
 15 Gutachten bei den Gutachten der medizinischen Pflege in der professionellen Pflege mög-
 16 lich machte. Deshalb sollten auf dieser Basis erstellte Länderanhaltszahlen überarbeitet
 17 werden und ggf. sofort Nachbesserungen stattfinden.

18 Seit dem 1.1.17 wurde der Pflegebegriff neu gestaltet. Es soll nicht mehr nur der somati-
 19 sche teil des Menschen betreut werden, sondern es soll auch auf die psychische Lage des
 20 Menschen, seine Mobilität und Kognitives eingegangen werden. Der hierdurch entstandene
 21 Bedarf an neuen Pflegekräften soll momentan noch bis 2020 wissenschaftlich geprüft wer-
 22 den. Wir finden, die Einstellung neuer Pflegekräfte nicht bis 2020 warten.

Go4	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Überarbeitung des DRG-Systems für Akutkrankenhäuser

- 1 Die Jusos Niedersachsen fordern,
- 2 • dass das DRG-System nicht nur jährlich fortgeschrieben, sondern es insgesamt ge-
- 3 prüft wird.
- 4 • dass die Ausnahmen, die in den DRG-Systemen für Psychiatrien und berufsgenos-
- 5 senschaftliche Patienten gemacht werden auch in das DRG-System für Akutkrankenhäuser
- 6 übernommen werden.
- 7 • dass das Personal durch Mindestanhanltzahlen gesichert und die Kostenanteile da-
- 8 für aus den DRGs herausgelöst werden.

9 Begründung:

10 Das Gesundheitssystem wurde vollkommen ökonomisiert. Man hat geglaubt, man könne

11 Medizin verpreislichen. Das stößt an ethische Grenzen und an Grenzen der Zumutung.

12 Deswegen muss das DRG-System nicht nur jährlich fortgeschrieben werden, sondern es

13 muss nochmal insgesamt geprüft werden. Die totale Verpreislichung hat einen Verdrän-

14 gungs- und Privatisierungswelle ausgelöst. Dies gilt es zu stoppen. Insbesondere Kranken-

15 häuser müssen öffentliche Daseinsvorsorge sein und bleiben und die Grundversorgung

16 muss wohnortnah erfolgen. Durch die Herauslösung der Personalkosten aus den DRGs

17 wollen wir die Qualität und Patientenorientierung im Krankenhaus wiederherstellen.

G05	Antragsteller*innen:	UB Diepholz
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Lebensmittelampel für wirklichen Verbraucherschutz

- 1 Auf deutschen Lebensmittelverpackungen ist mittlerweile eine stattliche Ansammlung aller
- 2 möglichen Zertifikate und Aussagen zu finden. Gerade Bio-Siegel oder andere Kennzeich-
- 3 nungen, welche auf nicht vorhandene in Verruf geratene Inhaltsstoffe hinweisen, erfreuen
- 4 sich großer Beliebtheit und lassen ein Produkt gleich viel gesünder erscheinen. Diese ge-
- 5 sundere Ausrichtung sollte unterstützt werden durch ein einfaches, objektives und allge-
- 6 mein verständliches System: Eine farblich gestaltete Lebensmittelampel wie sie von Ver-
- 7 braucherschützern schon lange gefordert wird und z.B. von der Verbraucherzentrale Ham-
- 8 burg schon fertig vorliegt.

- 9 Deswegen fordern wir die Einführung einer solchen farblich gestaffelten und übersichtli-
- 10 chen Lebensmittelampel. Um Objektivität und Vergleichbarkeit überhaupt gewährleisten zu
- 11 können ist erforderlich, die Nährwertangaben auf 100 Gramm eines Produktes zu beziehen
- 12 und nicht auf eine vom Unternehmen festgelegte Portion des ausgewählten Produktes.

- 13 Die farbliche Kennzeichnung durch die Farben Rot, Gelb und Grün ist selbst für Kinder
- 14 schon verständlich und ohne weiteres sofort ersichtlich und allgemein weit verbreitet. Die
- 15 Ampel ist ein guter Weg Transparenz auf dem Nahrungsmittelmarkt zu schaffen und die
- 16 Vergleichbarkeit zwischen Produkten zu erhöhen. Das kann nur gelingen, wenn diese sich
- 17 auch verbindlich auf 100 Gramm des Produktes bezieht.

Go6	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Organspende stärken – Widerspruchslösung jetzt!

- 1 Wir fordern, dass endlich die Widerspruchslösung bei Organspenden eingeführt wird. Dies
 2 bedeutet, dass jeder Mensch mit Vollendung des 18. Lebensjahrs zu einer organspenden-
 3 den Person wird, insofern diesem nicht komplett oder in Teilen widersprochen wird. Alle
 4 Personen sollen darüber vor ihrem 18. Geburtstag postalisch mit einem ausführlichen In-
 5 formationsschreiben hingewiesen werden. Das Schreiben soll ermöglichen, dass man auf
 6 einfache Art und Weise widersprechen kann. So müsste das Gesetz über die Spende, Ent-
 7 nahme und Übertragung von Organen und Geweben (Transplantationsgesetz – TPG) in §3
 8 (Entnahme mit Einwilligung des Spenders) geändert werden. §4 TPG entfällt und §7 Absatz 1
 9 und Absatz 2 TPG werden angepasst.
- 10 Außerdem soll es ein breit aufgelegtes Informationsprogramm geben, dass über die Chan-
 11 cen, aber auch die Risiken einer Organspende informiert. Dieses soll vom Bundesministeri-
 12 um für Gesundheit angeleitet werden und unter anderem auch an Schulen stattfinden. Ziel
 13 soll es sein, die Bevölkerung besser über das Thema der Organspende zu informieren.
- 14 Begründung:
- 15 Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem eine Entscheidungslösung bei Organ-
 16 spenden gilt. D.h. dass sich Personen aktiv dazu entscheiden müssen, Organspender*in zu
 17 werden. Die Zahl der Personen, denen tatsächlich Organe entnommen wurden lag 2017 in
 18 Deutschland bei 9,3 pro Millionen Personen und somit unter der 10 pro Millionen Perso-
 19 nen, die international als Voraussetzung für ein funktionierendes Organspendesystem gilt
 20 (Quelle: Jahresbericht der Stiftung Eurotransplant). Deutschland liegt damit ganz hinten im
 21 europäischen Vergleich.
- 22 In einer Befragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2016) haben 81 Pro-
 23 zent der Befragten angegeben, einer Organ- und Gewebeentnahme positiv gegenüberzu-
 24 stehen, allerdings hatten nur 32 Prozent der Befragten einen Organspendeausweis. Diese
 25 Zahlen machen deutlich, dass vielen Menschen, die auf eine Organspende angewiesen sind,
 26 geholfen werden könnte, wenn die Widerspruchslösung eingeführt würde. Momentan müs-
 27 sen die Menschen nämlich noch von sich aus aktiv werden, um einen Organspendeausweis
 28 zu beantragen. Ein Schritt, den zu wenige gehen.

Go7	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

„Bist du irre?“ – Awareness für psychische Krankheiten von jungen Menschen erhöhen

- 1 Laut dem Aktionsbündnis Seelische Gesundheit und internationalen Studien zeigen ca. 20%
 2 aller Heranwachsenden psychische Auffälligkeiten. Etwa 5% der Jugendlichen in Deutsch-
 3 land erkranken an einer gravierenden psychischen Störung. Psychische Krankheiten sind
 4 dementsprechend keine Seltenheit bei jungen Menschen. Dennoch ist der momentane
 5 Umgang mit ihnen erschreckend. Ein solcher hat meist aber schwerwiegende Folgen. Des-
 6 halb müssen wir etwas ändern.
- 7 Ein Umdenken muss zuerst in den Schulen ansetzen, denn diese und insbesondere die
 8 Lehrer*innen sind kaum bis gar nicht auf diese Problemstellung eingestellt und oftmals
 9 überfordert. Daran muss sich etwas grundlegend ändern, denn auch das ist ein Teil von
 10 Inklusion und ein Zeichen für eine offene und tolerante Gesellschaft.
- 11 Deshalb fordern wir:
- 12 • Psychische Krankheiten sollen schon in der Lehrer*innenausbildung Bestandteil des
 13 Curriculums sein. Junge Lehrkräfte sollen schon mit einem Grundwissen über die
 14 verschiedenen, oft vorkommenden psychischen Krankheiten an die Schule kommen,
 15 um so ein Grundverständnis für Erkrankte zu haben und besser entwickeln zu kön-
 16 nen.
 - 17 • Es muss regelmäßige Fortbildungen für alle Lehrkräfte zu psychischen Krankheiten
 18 geben, damit diese auf den aktuellen Stand der Forschung gebracht werden. Dies
 19 darf jedoch nicht zu Vordiagnosen und weiterer Stigmatisierung führen, sondern
 20 dient lediglich der erhöhten Sensibilisierung. Diagnosen dürfen nur durch qualifizier-
 21 te Fachkräfte gestellt werden.
 - 22 • Es soll Projektstage und Aktionswochen an den Schulen geben, damit alle Schü-
 23 ler*innen ein Verständnis und Erkennen für die verschiedenen Krankheitsbilder ha-
 24 ben. So soll Mobbing entgegengetreten werden.
 - 25 • Außerdem soll es mehr Schulpsycholog*innen geben. Der Betreuungsschlüssel
 26 muss drastisch steigen. Die Expert*innen sollen eng mit den Lehrkräften zusam-
 27 menarbeiten, aber auch mit den Schüler*innen. So soll es die Möglichkeit geben,
 28 auch in einzelne Klassen zu gehen, um dort die Klassengemeinschaft zu sensibilisie-
 29 ren. Auch so soll Mobbing von Kindern mit psychischen Erkrankungen vorgegriffen
 30 werden.
 - 31 • Ein individuelleres Lernen muss ermöglicht werden. So sollte es mehr Härtefallrege-
 32 lungen geben, damit die Jugendlichen nicht noch mehr unter Druck gesetzt werden.
 33 Lehrer*innen sollten ein größeres Verständnis dafür entwickeln, dass Jugendliche
 34 mit psychischen Krankheiten nicht genauso lernen können, wie andere. Deshalb

1 müssen neue Methoden und Unterstützungsmechanismen entwickelt werden, die
2 individuell angepasst werden.

3 Aber nicht nur in der Schule brauchen wir ein Umdenken. Auch die Eltern müssen mehr
4 und besser unterstützt werden, wir dürfen sie nicht allein lassen. Deshalb fordern wir:

- 5 • Familiencoachings für Familien von psychisch erkrankten Jugendlichen als Kranken-
6 kassenleistung aufzunehmen. Ein wichtiger Schritt, um der ganzen Familie zu helfen.
- 7 • Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Eltern. So muss es einen
8 engeren Kontakt geben, um dem Kind besser gerecht zu werden.
- 9 • Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Schulpsycholog*innen und Eltern muss er-
10 reicht werden. Individuelle Lösungen für das Kind sollen so leichter gefunden und
11 entwickelt werden.

12 All diese Punkte zeigen: wir brauchen ein Umdenken. Wir müssen sensibler mit solchen
13 Erkrankungen umgehen und mehr Awareness schaffen, vor allem bei jungen Menschen.
14 Denn ein falscher Umgang ist prägend für den Rest des Lebens.

Go8	Antragsteller*innen:	UB Delmenhorst
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

15 **Gesundheit und Pflege**

16 In den Politikfeldern Gesundheit und Pflege fordern wir eine Trendwende. Das jeweilige
17 Leistungsrecht muss sich mehr als derzeit an den Interessen der Betroffenen orientieren,
18 der alleinige Vorrang ökonomischer Bedingungen muss umgekehrt werden. Im Einzelnen
19 schlagen wir insbesondere_vor:

- 20 • Prävention zur Gesunderhaltung ist durch Programme der Verhältnis- und Verhal-
21 tensänderung offensiv durch Leistungskataloge zu bewerben, niemals jedoch als
22 Marketinginstrument zu missbrauchen.
- 23 • Pflege- und Krankenversicherung sind schrittweise zu einer Bürgerversicherung für
24 alle zu entwickeln.
- 25 • In Krankenhäusern ist die totale Verpreislichung durch DRG's dringend zu relativie-
26 ren.
- 27 • In die DRG's eingepreiste Lohnkosten sind durch Mindestpersonalausstattungen zu
28 separieren.
- 29 • Fehlleistungen (unnötige Operationen) aus systemischen und ökonomischen Grün-
30 den (z.B. Leistungsdaten in Arztverträgen) sind zu sanktionieren.
- 31 • Das duale Finanzierungssystem von Krankenhäusern ist durch ein monistisches zu
32 ersetzen. Die Kassen sind entsprechend zu entlasten, damit diese Zusammenfüh-
33 rung ohne Beitragserhöhungen möglich ist. Nur bei gebündelter Finanzverantwor-
34 tung sind die massiven bundesweiten Investitionsstaus abzubauen. Krankenhäuser

- 1 und der in ihnen stattfindende Betrieb muss Sicherstellungsauftrag der Krankenkassen werden.
2
3 • Die massiv ungleich hohen Länderbasisfallwerte sind umgehend zu harmonisieren,
4 weil die Mindererlöse in Folge der Ungleichheit in einigen Bundesländern bei bundeseinheitlichen Versicherungen unplausibel sind.
5
6 • Ärzte müssen bedarfsorientierter ausgebildet werden. Die Ausbildungsordnung ist
7 mehr der Praxis zu öffnen.
8 • Ärzte müssen befugt sein, über ihr Angebot - ohne zu werben - zu informieren.
9 • für die ab 2020 gemeinsame Ausbildung in den Pflegeberufen, sind umgehend tragfähige und finanzierte Konzepte vorzulegen, die ab 2019 (Aufnahmejahr für 2020)
10 praktiziert werden können.
11
12 • Für alle Gesundheitsberufe, die von gesellschaftlicher Relevanz sind, hat der Staat
13 die Ausbildungskosten zu tragen und den Schülern, die eigentlich Auszubildende
14 sind, sind Ausbildungsvergütungen zu zahlen.
15
16 • Die Attraktivität der Pflege und sonstigen Gesundheitsberufe ist zu fördern. Kostenträger sollten berechtigt werden (Tariftreuegesetz z.B.) nur mit denen Leistungsvereinbarungen abzuschließen, die nach Tarif entlohnen.
17
18 • In der Altenpflege - stationär und ambulant - sind die Personalverstärkungen aus
19 dem PSG II sofort - und nicht erst 2020 - und länderweise ähnlich umzusetzen (für
20 neuen Pflegebegriff, für Wegfall der Abzüge aus dem Laienbezug, für die Zeiten (bis
21 2010) des höchststrichterlich erlaubten Lohndumpings)
22 • Mehr als bisher sind pflegebedürftigen Menschen mit Behinderung Leistungen aus
23 Eingliederungshilfe und Pflegerecht bedarfsgerecht - und nicht mehr pauschaliert
24 und gedeckelt - zu gewähren.
25 • bedarfsgerecht sind für junge Menschen mit Pflege- und Eingliederungsbedarf Angebote zu entwickeln.
26
27 • Reha vor Pflege muss häufiger Anwendung finden als derzeit, dazu sind ambulante
28 und meist fehlende aufsuchende Rehangebote unerlässlich.
29 • für Pflegebedürftige z.B. in einem Heim müssen die Kranken- und Behandlungspflegekosten endlich von der Krankenversicherung getragen werden, die Subvention der Krankenkassen durch Selbstzahler und die Sozialhilfe muss sofort beendet werden (z.Zt. ca. 4 Mrd Euro!) und hat Vorrang vor Beitragssenkungen!
30
31 • Der Ausschluss Pflegebedürftiger im Heim vom Anspruch auf Wohngeld muss (wieder) beendet werden.
32
33
34
35

G09	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Verpflichtende Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch gesetzliche und private Krankenkassen

- 1 Wir fordern, dass Schwangerschaftsabbrüche ohne medizinische Indikation voll von gesetz-
- 2 lichen und privaten Krankenkassen bezahlt werden, wie es bereits bei Schwangerschaftsabbrü-
- 3 chen mit medizinischer oder kriminologischer Indikation der Fall ist. Sobald es eine Bür-
- 4 ger*innenversicherung gibt, soll dieses ebenfalls von dieser bezahlt werden.

- 5 **Begründung:**

- 6 Zurzeit bezahlen die gesetzlichen und privaten Krankenkassen ausschließlich die ver-
- 7 pflichtenden Beratungsgespräche, Heilmittel und bei eventuellen Komplikationen durch den
- 8 Abbruch. Die eigentlichen Kosten sind von der Versicherten selbst zu tragen.

- 9 Bei geringen Einkommen unter 1075 Euro netto (Stand: 2015, https://www.profamilia.de/fileadmin/publikationen/Reihe_Koerper_und_Sexualitaet/schwangerschaftsabbruch.pdf) kann eine Kostenübernahme bei der jeweiligen Krankenkasse ge-
- 10 stellt werden. Hier müssen Vermögens- und Einkommensverhältnisse offen gelegt werden,
- 11 es darf kein kurzfristig verfügbares Vermögen vorhanden sein. Liegt das Einkommen über
- 12 der festgelegten Grenzen müssen die Kosten von je nach Eingriff bis zu 800 Euro selbst
- 13 getragen werden.

- 14 Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung gehört zu den Grundpfeilern des Feminismus.
- 15 Von einer Frau die eine Schwangerschaft abbrechen möchte zu verlangen, dass sie ihre
- 16 finanzielle Situation offenlegt und unter Umständen eine hohe finanzielle Belastung einge-
- 17 hen muss, steht diesem körperlichen Selbstbestimmungsrecht entgegen. Ein Schwanger-
- 18 schäftsabbruch muss als eine medizinische Leistung akzeptiert werden und ebenso behan-
- 19 delt werden.
- 20
- 21

GIO	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Abschaffung der Altersgrenze in der studentischen**
 2 **Kranken- und Pflegeversicherung**

3 Die der Altersgrenze ab dem 30. Lebensjahr für die studentische Krankenversicherung/
 4 Pflegeversicherung muss abgeschafft werden.

5 **Begründung:**

6 Das Studium beginnt für die meisten direkt nach dem Abitur mit dem 18. Lebensjahr an
 7 einer staatlichen Hochschule. Sie sind bis zum 25. Lebensjahr über ihre Eltern in der gesetz-
 8 lichen Familienversicherung versichert. Ab dem 25. Lebensjahr wechseln Studierende in die
 9 gesetzliche studentische Kranken- und Pflegeversicherung. Die Beitragshöhe der studentischen
 10 Krankenkasse ergibt sich durch Anwendung des prozentualen KV-Beitrags von 14,6 %
 11 auf die Bezugsgröße des Bafög-Höchstsatzes von 649 Euro, wobei für Studierende 7/10 des
 12 Ergebnisses gerechnet wird. Hinzu kommt der 2015 eingeführte Zusatzbeitrag, bei dem die
 13 7/10-Regelung nicht greift. Die meisten Krankenkassen erheben dieses Jahr einen Zusatz-
 14 beitrag von 1 %. Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung beträgt dieses Jahr 2,55 %, wobei
 15 es für Kinderlose über Menschen 23 Jahren einen Zuschlag von 0,25 % gibt. Somit ergeben
 16 sich folgende Kosten pro Monat: Krankenversicherung Beitrag/Monat 66,33 € + Zusatzbei-
 17 trag Pflegeversicherung für kinderlose Studierende über 23 Jahre 18,17 €

18 Pflegeversicherung für alle anderen Studierenden 16,55 € grob geschätzt zahlen Studieren-
 19 de zwischen 25 und 30 Jahren für die KV/PV ca. 90 €. Falls die Studierenden Bafög-
 20 berechtigt und beitragspflichtig kranken- und pflegeversichert sind, erhalten sie für die Ver-
 21 sicherung eine Erhöhung des Bafög-Bedarfs, der im Bafög geregelt ist. Studierende erhalten
 22 eine vorgesehene Pauschale von 71 € für die Kranken- und 15 € für die Pflegeversicherung.

23 Die gesetzliche studentische KV/PV gilt höchstens bis zum 14 Fachsemester oder bis zur
 24 Beendigung des 30. Lebensjahres. Studierende bleiben danach in der gesetzlichen Kran-
 25 kenkasse, aber mit dem Status „freiwillig Versicherte*r“ (vgl. § 9 Abs. 1 Nr. 1 SGB V).

26 Es gilt danach der Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte der jeweiligen Krankenkassen,
 27 sofern das Einkommen der Studierenden neben dem Studium nicht untypisch hoch ist. Der
 28 Mindestbeitrag liegt ab dem 1.1.2017 bei 138,83 €+ Zusatzbeitrag. Der Betrag ergibt sich,
 29 wenn man den Beitragsprozentsatz von 14 % für freiwillig-versicherte Mitglieder ohne Kran-
 30 kengeldanspruch auf die gesetzliche Mindesteinkommengrenze von 991,67 € anwendet.
 31 Hinzu kommt der Beitrag für die Pflegeversicherung, der 2,8 % für kinderlose Studierende

1 über 23 Jahre oder 2,55 % für alle anderen beträgt. So beträgt für kinderlose Studierende
 2 über 30 Jahren der Mindestbeitrag 180 €/Monat. Das entspricht einer Verdoppelung der
 3 Beiträge ohne einen gleichzeitigen Ausgleich. Diese Regelung wurde eingeführt, um ein Lang-
 4 zeitstudium unattraktiv zu machen. Die gegenwärtige Arbeitswelt verlangt Fortbildungen
 5 und „lebenslanges Lernen“, weshalb diese Regelung nicht mehr tragbar ist. Wer zuerst eine
 6 betriebliche Ausbildung absolvierte und längere Zeit in seinem Beruf tätig war und trotzdem
 7 noch studieren möchte, wird es schwer haben vor Ende des 30. Lebensjahres sein Studium
 8 zu beenden. Deswegen fordern wir die Abschaffung der Altersgrenze für die studentische
 9 KV/PV. Ältere Studierende haben nicht mehr Geld zur Verfügung als jüngere. Wir sehen da-
 10 rin eine Benachteiligung und Diskriminierung gegenüber älteren Kommilitonen, denn ihr
 11 Recht auf Bildung wird ihnen somit erschwert. Wir wollen allen die Möglichkeit bieten, ein
 12 Studium zu beginnen.

GIO	Antragsteller*innen:	UB Stade
	Weiterleitung:	SPD Landesparteiatah
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

13 **Übernahme eines Arbeitgeberanteils an den Beiträgen**
 14 **zur gesetzlichen Krankenversicherung von „freiwillig“**
 15 **gesetzlich versicherten niedersächsischen**
 16 **Landesbeamten*innen**

17 Das Land Niedersachsen muss eine gesetzliche Regelung (im niedersächsischen Beihilfe-
 18 recht) schaffen, nach der es als Dienstherr der niedersächsischen Landesbeamten*innen
 19 einen Arbeitgeberanteil von 50 % der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung bei
 20 von der privaten Versicherung abgelehnten und somit „freiwillig“ gesetzlich versicherten
 21 Beamten*innen übernimmt, da der theoretisch bestehende Beihilfeanspruch von diesen
 22 nicht genutzt werden kann. Dies bedeutet eine inakzeptable Ungleichbehandlung von priva-
 23 ten und gesetzlich versicherten Beamten*innen, sowie eine erheblich höhere finanzielle
 24 Belastung.

25 **Begründung:**

26 Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat mit seinem Beschluss vom 19.12.2017
 27 bereits eine solche Gesetzesänderung beschlossen, die voraussichtlich in der zweiten Jah-
 28 reshälfte 2018 in Kraft treten soll. Das Land Niedersachsen sollte diesem Beispiel nun fol-
 29 gen und eine solche Regelung ebenfalls durchsetzen. Das Versicherungssystem eines*r
 30 Beamten*in sieht normalerweise vor, dass eine private Krankenversicherung zusätzlich zur
 31 gewährten Beihilfe abgeschlossen wird. Bei Menschen mit Vorerkrankungen oder anderen
 32 von der privaten Versicherung festgelegten Gesundheitsrisiken - die die Versicherer potenti-
 33 tiell mehr Geld kosten könnten, als der*die Versicherte einbringt - behält sich der Versiche-
 34 rer vor, einen hohen sog. Risikozuschlag zu fordern oder den*die Beamten*in gar nicht erst
 35 zu versichern. In diesen Fällen bleibt einem nur eine „freiwillige“ gesetzliche Versicherung

1 übrig, bei der allerdings der Versicherungsbeitrag in voller Höhe selbst gezahlt werden
 2 muss. Das sind bei einem Einkommen von ca. 1100€ bereits fast 200€. Bei einem*r privat
 3 versicherten Beamten*in sind es bei gleichem Einkommen bei der privaten Versicherung
 4 lediglich ca. 90€. Privat versicherte erhalten zwar keinen Zuschuss zu ihren Versicherungs-
 5 beiträgen, diese sind aber niedriger, weil es sich quasi um eine „halbe“ Versicherung han-
 6 delt. Wenn eine Arztrechnung anfällt, muss der*die Beamte*in sie zunächst selbst beglei-
 7 chen und bekommt dann 50% von der Beihilfe und die restlichen 50% von der privaten Ver-
 8 sicherung erstattet. Da bei der gesetzlichen Versicherung keine Rechnungen für die spezifi-
 9 schen in Anspruch genommenen Leistungen für den*die Versicherte*n entstehen, kann er
 10 die Beihilfe trotz des theoretischen Anspruchs nicht nutzen. All das stellt eine erhebliche
 11 Benachteiligung der gesetzlich krankenversicherten Beamten*innen dar.

GII	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	SPD Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Angleichung der Basisfeilwerte

12 Die Jusos Niedersachsen fordern die Harmonisierung der momentan in den Bundesländern
 13 unterschiedlichen Basisfeilwerte zur Vergütung von Behandlungen.

14 **Begründung:**

15 Der Basisfeilwert ist ein Wert, mit dem die Case Mix Punkte einer Klinik multipliziert werden
 16 um die Höhe der Vergütung zu Bestimmen. Da die Basisfeilwerte in verschiedenen Ländern
 17 unterschiedlich hoch sind, ergibt sich zur Zeit für gleiche Leistungen ein unterschiedlicher
 18 Vergütungssatz.

GI2	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	SPD Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Drug Checking auch in Deutschland ermöglichen

1 In Deutschland sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um einfach, günstig und
 2 unbürokratisch Drug Checking anzubieten. Dazu gehört auch die Schaffung von Rechtssi-
 3 cherheit für die Mitarbeiter*innen im Drug Checking. Orientierung bieten dafür unter ande-
 4 rem Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal, Schweiz, Niederlande und Tschechien, die Drug
 5 Checking bereits – teilweise sogar mit Unterstützung des dortigen Bundesministeriums für
 6 Gesundheit – anbieten.

7 **Begründung:**

8 Was soll mit Drug Checking erreicht werden?

9 Vorbeugung von Gesundheitsschäden durch:

- 10 • Warnungen vor Substanzen mit besonders hohem Risikopotenzial
- 11 • einen verbesserten Zugang zu User*innen und die Möglichkeit, datenbasiert über
- 12 Substanzkonsum und Risiken aufzuklären sowie Safer-Use-Inhalte zu vermitteln
- 13 • Förderung eines reflektierten, eigenverantwortlichen und risikobewussten Konsums
- 14 • eine mittel- und langfristige Beeinflussung des Drogen-Schwarzmarktes. Schlechte
- 15 Qualität von getesteten Drogen könnte dazu führen, dass diese weniger verkauft
- 16 oder gar zurückgegeben werden.
- 17 • Gewinnung von Informationen über Konsumtrends sowie Konsumformen und -
- 18 gründe von User*innen, um Angebote der Prävention besser auf Bedürfnisse der
- 19 User*innen abstimmen zu können

20 Gegner*innen des Drug Checkings argumentieren häufig, dass es zu einer erhöhten Kons-
 21 umbereitschaft durch die Einführung von Drug-Checking-Programmen kommen könnte.

22 Verschiedene wissenschaftliche Studien kamen diesbezüglich zu folgenden Ergebnissen¹:

- 23 • Tests, verbunden mit einem Beratungsgespräch, haben keinen ermunternden Effekt,
 24 mehr Drogen zu konsumieren.
- 25 • Auf Partys mit Testangebot wird nicht mehr konsumiert als auf solchen ohne Tes-
 26 tangebot. Da die meisten Pillen und andere Substanzen im Vorfeld einer Party ge-
 27 kauft werden, besteht die Konsummotivation schon vorher und beruht nicht auf der
 28 Inanspruchnahme eines Testangebots.
- 29 • Konsument*innen werden vorsichtiger und der Konsum wird weniger riskant.
- 30 • »Schlechte« Pillen oder Substanzen führen eher zu einem Konsumverzicht oder der
 31 Rückgabe an den*die Dealer*in.

- 1 • Drug Checking erreicht auch Menschen mit einem (hoch)riskanten oder abhängigen
2 Konsumverhalten.
- 3 • Für viele User*innen stellt Drug Checking oftmals den ersten Kontakt zum Drogen-
4 hilfesystem her.

5 Stand zu Drugchecking in der BRD

6 Bereits in den 1990 er Jahren gab es erste Versuche, Drug Checking in der BRD zu etablie-
7 ren. Der Verein Eve & Rave Berlin führte in Zusammenarbeit mit dem Berliner Krankenhaus
8 Charité Drug Checking durch. Daraufhin kam es zu Strafverfahren gegen die verantwortli-
9 chen Projektmitarbeiter und das Programm wurde wieder eingestellt.

10 Prinzipiell ist »Drug Checking« in der BRD zwar rechtlich möglich, es gibt jedoch bisher keine
11 user*innenfreundliche Umsetzung dieser Drogentestprogramme, weil sie in der BRD – im
12 Gegensatz zu fast allen Nachbarländern – politisch nicht erwünscht sind.

13 Für potentielle Anbieter*innen von Drug Checking besteht eine erhebliche Rechtsunsicher-
14 heit – so könnte heute wie damals gegen jede Person, die Substanzen testet oder annimmt,
15 um sie in ein Labor zu bringen, ein Strafverfahren wegen Drogenbesitzes begonnen wer-
16 den, es sei denn diese Person ist Apotheker*in und der Test geschieht innerhalb der Be-
17 triebserlaubnis für eine Apotheke.

18 In der BRD existieren daher derzeit keine Angebote, die illegalisierte psychoaktive Substan-
19 zen einer umfassenden Analyse unterziehen, die dem hinreichenden Gesundheitsschutz
20 von User*innen dient.

21 In einigen Bundesländern sind auf politischer Ebene jedoch Drug-Checking-Modellprojekte
22 in Planung.

23 Quelle: <https://drugscouts.de/de/page/drug-checking>

ANTRAGSBEREICH: **I- Inneres**

IOI	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Gegen das Verschweigen nationalsozialistischer Verbrechen

- 1 Die Jusos Niedersachsen fordern konkrete Förder- und Forderungsmaßnahmen der Politik
2 auf allen Ebenen für mehr Aufklärungsarbeit nationalsozialistischer Verbrechen in Privatun-
3 ternehmen. Von der Kommune bis zur Bundesregierung muss es Maßnahmen geben, die
4 anregen, dass es sowohl bei Klein- als auch Großunternehmen eine umfassende Aufarbei-
5 tung ihrer jeweiligen Involvierung in nationalsozialistische Verbrechen und Vergangenheiten
6 gibt.
- 7 Die umfassende Aufarbeitung, die in öffentlichen Institutionen durchgeführt wird, ist wichtig
8 und richtig, doch bildet sie nur die Hälfte einer Erinnerung an nationalsozialistische Verbre-
9 chen. Zwangsarbeiter*innen in Fabriken, Opfer medizinischer Experimente und auch
10 Zwangsarbeiter*innen in einer Bäckerei – und seien es nur zwei Menschen gewesen – müs-
11 sen mit dem gebührenden Respekt einer Aufarbeitung bedacht werden. Die Vorstellung,
12 nationalsozialistische Verbrechen wären im Alltag nicht präsent gewesen, es würde unbe-
13 scholtene Soldaten geben oder Großunternehmen, die unbeteiligt gewesen seien, muss für
14 eine von den Jusos forcierte Erinnerung radikal dekonstruiert werden. Als spätestens ab
15 1943 vom totalen Krieg und damit der Inanspruchnahme aller gesellschaftlichen Ressour-
16 cen für den Krieg die Rede war und der Faschismus und die Gleichschaltung bereits vorher
17 auf alle gesellschaftlichen Bereiche übergreifen, kann es keine neutrale Position geben.
18 Theodor W. Adorno behält recht, wenn er sagt: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen.“
- 19 Gerade heute, wo von einer „Erinnerungspolitischen Wende“ und von der „geistigen Rehabi-
20 litation“ von Wehrmachtssoldaten gesprochen wird, muss ein antifaschistischer Richtungs-
21 verband klare Position beziehen. Wir dürfen den politischen Rechten nicht den Erinne-
22 rungsdiskurs überlassen, sondern im Gegenteil, ihn für uns beanspruchen und nicht aufhö-
23 ren, den Finger in die Wunde zu legen. Es stehen immer noch Fragen aus und zu wenig
24 wurde bisher getan, um eine umfassende Aufarbeitung von Privatunternehmen zu ermögli-
25 chen. Die meisten Unternehmen, die in diese Richtung ihre eigene Vergangenheit erfors-
26 chen, tun das auf Eigeninitiative. Für die Aufarbeitung der eigenen DDR Vergangenheit gibt
27 es Fördertöpfe, in mindestens gleichem Maße braucht es das auch für die Aufarbeitung von
28 nationalsozialistischer Vergangenheit. Zusätzlich ist die Beschäftigung mit der Vergan-
29 genheit keine Beliebigkeit, wer lieber schweigt, muss mit Forderungsmaßnahmen konfrontiert
30 werden.

<h1 style="color: red;">I02</h1>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Kirchen überprüfen – Verfassungsfeindliche**

2 **Symboliken entfernen**

3 Wir fordern das katholische Büro Niedersachsens, die Evangelische-Lutherische Landeskir-
 4 che Hannover, die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schaumburg-Lippe, die Evange-
 5 lisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig, die Evangelisch-Lutherische Kirche in
 6 Oldenburg und die Evangelisch-reformierte Kirche auf, sich aktiv an der Beseitigung von
 7 Verfassungsfeindlichen Symbolen aus dem Dritten Reich zu beteiligen und die Kirchen, ins-
 8 besondere deren Kirchenglocken, auf nationalsozialistische Beschriftungen zu prüfen und
 9 diese ggf. zu ersetzen.

10 Begründung:

11 Es sind über 70 Jahre vergangen seitdem Deutschland und die Welt nicht mehr unter der
 12 nationalsozialistischen Herrschaft leidet. Faßberg-Münden und Schweringen sind zwei Orte
 13 in Niedersachsen, an denen Kirchglocken entdeckt wurden, die mit Hakenkreuzen verziert
 14 sind. Wir sind der Meinung, dass darf nicht sein. Deshalb sollten Kirchen und Kapellen be-
 15 gutachtet werden um beispielsweise weitere solche Glocken ausfindig zu machen und diese
 16 dann einzuschmelzen – oder um an die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus und
 17 deren Opfer in geeigneter Weise zu gedenken.

<h1 style="color: red;">I03</h1>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

18 **Unabhängige Untersuchungsinstanz für Polizist*innen**

19 In Deutschland kommt es immer wieder zu unrechtmäßiger Polizeigewalt, Misshandlungen
 20 und Amtsmissbrauch. Im Jahr 2014 wurden beispielsweise 2138 [1] Polizist*innen wegen
 21 Körperverletzung angezeigt, davon wurden 33 angeklagt, die Anzahl der Verurteilungen so-
 22 wie Anzeigen anderer Straftaten sind unbekannt. Wegen der geringen Wahrscheinlichkeit
 23 der Aufklärung wird jedoch oft keine Anzeige gestellt oder Anzeigende werden vice versa
 24 mit einer Gegenanzeige (Widerstand gegen die Vollstreckungsbeamte, StGB §113) einge-
 25 geschüchtert.

26 Gleichzeitig muss unserer Ansicht nach auch betont werden, dass der Großteil der Poli-
 zist*innen gute Arbeit leistet.

1 Betrachtet man jedoch die Art und Weise, wie gegen Straftaten im Amt ermittelt wird, wer-
2 den einige Schwächen aufgedeckt. Nach einer Anzeige ist die Staatsanwaltschaft dazu ver-
3 pflichtet, Ermittlungen aufzunehmen. Die Ermittlungsverfahren werden jedoch von der Poli-
4 zei übernommen, das heißt Polizist*innen müssen gegen Polizist*innen ermitteln. Zum Teil
5 müssen Polizist*innen gegen Kolleg*innen der eigenen Dienststelle ermitteln, ein Interes-
6 senkonflikt ist da nur verständlich und vorprogrammiert.

7 Daher fordern wir Jusos Niedersachsen eine unabhängige Untersuchungsinstanz für Ermitt-
8 lungen gegen Polizist*innen, um eine unabhängige und unparteiische Untersuchung ge-
9 währleisten zu können. Die Untersuchungsinstanz sei wie folgt aufgebaut:

10 **Struktur:**

11 Die Untersuchungsinstanz soll als eigenständige Einheit außerhalb der exekutiven Struktu-
12 ren eingerichtet werden. Es sollen keine institutionellen oder hierarchischen Verbindungen
13 zwischen den Ermittelnden und verdächtigen Polizist*innen bestehen. Daher soll die Einheit
14 direkt der Generalstaatsanwaltschaft unterstellt werden, da die teils enge Verflechtung zw-
15 ischen Staatsanwaltschaft und Polizei Einfluss auf das Vorgehen haben könnte. Weiterhin
16 soll eine (berufs-) kulturelle Distanz der Ermittelnden gegeben sein, daher soll eine Einstel-
17 lung von Polizist*innen vermieden werden.

18 **Zuständigkeit:**

19 Der Aufgabenbereich umfasst Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die Durchführung oder
20 Unterlassung polizeilicher Maßnahmen oder gegen das persönliche Auftreten von Poli-
21 zist*innen.

22 Um die Wirksamkeit des Beschwerdemechanismus gewährleisten zu können, muss die Aus-
23 stattung mit genügend finanziellen Mitteln langfristig sichergestellt sein.

24 **Befugnisse:**

25 Die Untersuchungsinstanz soll mit umfassenden Untersuchungsbefugnissen ausgestattet
26 werden. Eine sofortige Sichtung des Tatortes, das Verhören von Zeugen, uneingeschränkte
27 Akteneinsicht und unangemeldetes Betreten der Polizeidienststellen muss gestattet wer-
28 den.

29 **Beschwerde- oder Ombudsstelle:**

30 Ergänzend zu den polizeiexternen Ermittlungseinheiten sollten die Voraussetzungen für die
31 Einrichtung von unabhängigen Beschwerde- oder Ombudsstellen geschaffen werden, die
32 Beschwerden und Hinweise auf mutmaßliche Vergehen durch Polizist*innen prüfen und an
33 die Staatsanwaltschaft weiterleiten.

34 [1] <http://www.taz.de/!5273271/> [letzter Abruf am 04.04.2018]

35 Quellen:

36 http://www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/120529_Kriterien%20für%20eine%20unabhaengige%20Kontrollinstanz%20zur%20Untersuchung%20von%20Polizeigewalt.pdf
37 [letzter Abruf am 04.04.2018]

38 <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/41778> [Letzter Abruf am 04.04.2018]

<h1 style="color: red; margin: 0;">IO4</h1>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Bekämpfung von israelbezogenem Antisemitismus -**

2 **„Israel wird man ja wohl noch kritisieren dürfen...“**

3 Antisemitismus wird mehrheitlich über versteckte Kommunikation geäußert. Der häufigste
 4 Umweg ist der israelbezogene Antisemitismus, der mit jedem Aufflammen des Nahost-
 5 Konflikts auf schmerzhaft Weise deutlich wird. So wird Kritik an der israelischen Regie-
 6 rungspolitik, insbesondere im Umgang mit Palästinenser*innen, als Deckmantel für antise-
 7 mitische Ressentiments genutzt, die den Staat Israel dämonisieren oder altbekannte anti-
 8 semitische Feindbilder auf Israel projizieren wie beispielsweise den Vorwurf der Brunnen-
 9 vergiftung.

10 Die Gefährdung durch diesen verdeckten Antisemitismus nimmt noch dadurch zu, dass er
 11 nicht auf dezidiert rechte politische Kreise beschränkt ist, sondern in verschiedenen gesell-
 12 schaftlichen Milieus und politischen Bewegungen zum Ausdruck kommt. Israelbezogener
 13 Antisemitismus muss daher als eigenständiges Problem erkannt und bekämpft werden.

14 Diese Zielsetzung kann auf verschiedene Weisen umgesetzt werden.

- 15 a) Verstärkte **Zusammenarbeit** mit Gruppen, Stiftungen, Vereinen, die sich gegen Anti-
 16 semitismus einsetzen. Dieser Aspekt kann vom Unterbezirksvorstand der Jusos Re-
 17 gion Hannover für die Bündnisarbeit berücksichtigt werden.
- 18 b) Interne **Sensibilisierung** für israelbezogenen Antisemitismus. Leitfäden dafür können
 19 auf verschiedenem Wege bezogen werden.
- 20 c) **Öffentlichkeitswirksame** Positionierung gegen israelbezogenen Antisemitismus und
 21 konkrete Äußerungen, in denen entsprechend Ressentiments zum Ausdruck kom-
 22 men. Außerdem ein klares und vernehmbares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels
 23 und Förderung eines lebendigen Gedenkens an die Verbrechen der Shoa.

24 Aus historischer Verantwortung und tiefer Überzeugung gegen alle menschenverachtenden
 25 Ideologien machen wir somit klar: Nie darf vergessen werden, zu welchen grausamen Taten
 26 antisemitische Gedanken und Äußerungen bereits geführt haben. Nicht nur klassischer,
 27 sondern auch israelbezogener Antisemitismus hat in unserer Gesellschaft keinen Platz und
 28 als Jugendverband, der auf eine gerechte und solidarische Welt hinarbeitet, fühlen wir uns
 29 dazu verpflichtet, jeglichem antisemitischem Gedankengut entschlossen entgegenzutreten.

105

Antragsteller*innen: UB Göttingen

Weiterleitung: SPD Landesparteitag

Angenommen Abgelehnt Überwiesen an:

Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung

1 Wir Jusos stehen für eine offene, tolerante und pluralistische Gesellschaft. Wir stellen uns
2 ganz klar gegen rassistische und menschenfeindliche Einstellungen und Handlungen.

3 Deshalb fordern wir die Einführung einer Antirassismus- Klausel in der Landesverfassung
4 und somit eine verfassungsrechtliche Verankerung einer pluralistischen und toleranten Ge-
5 sellschaft.

6 Folgende Änderungen sollen nach Vorbild Brandenburgs erfolgen:

7 Artikel 3 Absatz 1 soll ergänzt werden durch: „Das Land schützt das friedliche Zusammenle-
8 ben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und menschenfeindlichen Ge-
9 dankenguts entgegen.“

10 Artikel 3 Absatz 3 soll geändert werden in: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner
11 Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiö-
12 sen oder politischen Anschauungen oder aus rassistischen Gründen benachteiligt oder be-
13 vorzuzt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Begründung:

14 Mit dem Einzug von AfD in Landtag und Bundestag sitzt wieder eine offen rassistische und
15 menschenverachtende Partei in unseren Parlamenten. Dieser Rechtsruck geht durch die
16 komplette Gesellschaft. Rassistische Ressentiments werden wieder immer öfter bedient
17 und es kommt immer öfter zu Gewalttaten gegen Menschen, die vermeintlich nicht ins
18 Weltbild der Hetzer*innen passen. Dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen und
19 handeln. Die Verankerung einer Antirassismus- Klausel ist ein gutes Zeichen dafür, muss
20 aber natürlich durch weitere Maßnahmen begleitet werden.
21

22 Durch die Änderung des Artikel 3 Absatz 3 soll die rassistische Annahme einer „Rasse“ end-
23 lich aus der Verfassung gestrichen werden und durch eine zeitgemäßere Formulierung „aus
24 rassistischen Gründen“ ersetzt werden.

I06

Antragsteller*innen: UB Region Hannover

Weiterleitung:

Angenommen Abgelehnt Überwiesen an:

E-Sport endlich als Sportart anerkennen

1 Wir erkennen die wachsende Bedeutung der E-Sport-Landschaft in Deutschland an. Da E-
2 Sport wichtige Fähigkeiten schult, die nicht nur in der digitalen Welt von Bedeutung sind,
3 Training und Sportstrukturen erfordert, werden wir E-Sport künftig vollständig als eigene
4 Sportart mit Vereins- und Verbandsrecht anerkennen und bei der Schaffung einer olympi-
5 schen Perspektive unterstützen.

6 **Begründung:**

7 Es ist an der Zeit, dass E-Sports in Deutschland rechtlich als Sportart anerkannt werden.

8 So sind meist junge E-Sportler*innen gegenüber anerkannten Sportler*innen benachteiligt,
9 da sie z.B. nicht von der Schule für Turniere freigestellt werden können, da es im Schulge-
10 setz keine rechtliche Grundlage dafür gibt. Die meisten E-Sportler*innen werden vor dem
11 Vollenden des 18 Lebensjahrs rekrutiert und sind damit schulpflichtig. Der Deutsche Olym-
12 pische Sportbund (DOSB) weigert sich bis heute E-Sports als Sportart anzuerkennen. Es gibt
13 bereits staatlich anerkannte Sport Verbände in den Europäischen Staaten Niederlanden,
14 Bulgarien, Großbritannien und Schweden. Deutschland sollte dem Trend folgen. Die fort-
15 schreitende Digitalisierung in Deutschland ist ein guter Anlass, um das jetzt umzusetzen, vor
16 allem hilft es Deutschland sich als modernes Land zu repräsentieren.

17 E-Sports ist der Wettkampf zwischen Menschen mit Hilfe von Computerspielen. In der Regel
18 werden Wettkämpfe im Mehrspielermodus ausgetragen, sowohl als Individualsportart (Eins
19 gegen Eins) oder als Mannschaftssport. So sind vor allem die geistigen und motorischen
20 Fähigkeiten wichtig, um im Wettkampf erfolgreich zu sein. Motorisch sind für den*die Spie-
21 ler*in vor allem Hand-Augen-Koordination, Reaktionsgeschwindigkeit und Durchhaltever-
22 mögen von Bedeutung. Räumliches Orientierungsvermögen, Spielübersicht, Spielverständ-
23 nis, taktische Ausrichtung, vorausschauendes und laterales Denken zählen zu den geistigen
24 Anforderungen.

25 Verschiedene E-Sports Szenen sind an einer Kooperation mit der Welt-Anti-Doping-Agentur
26 (WADA) interessiert. In Deutschland ist bislang kein Dopingfall aufgetreten. Die (deutsche)
27 Nationalen-Anti-Doping-Agentur (NADA) kontrolliert auf Turnieren die Spieler*innen auf
28 Konzentrationsfördernde Substanzen.

29 Deutschland hatte mit der Cebit auch ein Großes E-Sports Turnier. Nach der Fachbezoge-
30 nen Spezialisierung (der Ausrichtung auf Fachbesucher) ist ein großes E-Sports Event aus
31 Hannover nach Polen, Katowice ausgewandert.

32 Wie in anderen Sportarten ist es im E-Sports auch üblich die Talente in jungen Jahren zu
33 scouten und zu fördern. Hier besteht ein großes Problem für die jungen Talente, da sie kei-

- 1 ne Unterstützung der Schule erhalten können und so auch die Eltern mehr Ressentiment
 2 gegen eine Karriere im E-Sports haben.
- 3 Definition E-Sports WIKIPEDIA
- 4 Deutsche Vereine wie der 1. FC Nürnberg, der FC Schalke 04, der VfB Stuttgart, der VfL Bo-
 5 chum, RB Leipzig oder der VfL Wolfsburg, haben eigene E-Sports Abteilungen hierfür.
- 6 Wirtschaftliche Größe
- 7 43 Millionen Zuschauer*innen beim League of Legends World Championship Finals im Ver-
 8 gleich US-Basketball-Liga NBA 7. Finalspiel 31 Millionen Zuschauer. In der ESL (eine E-Sports-
 9 Liga) Weltweit gibt es 7.4 Millionen angemeldete Mitglieder. Umsätze in Deutschland 2016,
 10 300 Millionen.
- 11 (<http://www.dw.com/de/esport-fordert-unterst%C3%BCtzung-von-wada/a-39670585>)
- 12 [https://www.pwc.de/de/technologie-medien-und-telekommunikation/pwc-studie-esports-](https://www.pwc.de/de/technologie-medien-und-telekommunikation/pwc-studie-esports-170817.pdf)
 13 [170817.pdf](https://www.pwc.de/de/technologie-medien-und-telekommunikation/pwc-studie-esports-170817.pdf) WIKIPEDIA, E-Sports

I07	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Unterbringen statt abschieben

- 14 Hamburg und Bremen haben es 2015 vorgemacht. Sie ergänzten ihr Gefahrenabwehrrecht
 15 – also das Polizeirecht – um eine Standardermächtigung zur Beschlagnahme privaten Eigen-
 16 tums zur Flüchtlingsunterbringung. Eine Standardermächtigung regelt eine bestimmte Be-
 17 fugnis der Polizei wie zum Beispiel den Platzverweis in § 17 NSOG oder die Wohnungs-
 18 durchsuchung in § 24 NSOG. Wenn eine solche spezielle Norm nicht vorliegt, gibt es noch
 19 die sogenannte Generalklausel, unter die juristisch sämtliche Handlungen der Polizei ge-
 20 fasst werden, wenn sie bestimmte Kriterien, wie unter anderen das Vorliegen einer konkre-
 21 ten Gefahr, erfüllen.
- 22 In Niedersachsen werden Fälle der Beschlagnahme von Privateigentum zur Flüchtlingsun-
 23 terbringung bisher über eben diese Generalklausel gelöst. Das oberste Verwaltungsgericht
 24 in Niedersachsen hat in einem 2015 erfolgten Urteil [2] Zweifel an der Vereinbarkeit der
 25 Anwendung der Generalklausel für die Flüchtlingsunterbringung mit dem Vorbehalt des
 26 Gesetzes bekundet. Der Vorbehalt des Gesetzes besagt, dass nur auf Grund eines ausrei-
 27 chend bestimmten Gesetzes in Grundrechte, wie hier das Recht auf Eigentum, eingegriffen
 28 werden darf. Durch das Urteil sind Beschlagnahmen von leerstehenden Gebäuden, wie in
 29 dem damals entschiedenen Fall geschehen, gerichtlich angreifbarer. Will man in Nieder-
 30 sachsen die Möglichkeit erhalten, ungenutzte Gebäude für die Flüchtlingsunterbringung

1 und damit auch zum Allgemeinwohl zu beschlagnahmen, scheint die Einführung einer Stan-
2 dardmaßnahme ein unumgänglicher Weg zu sein.

3 Die bereits erwähnten in Hamburg und Bremen neu eingeführten Standardmaßnahmen
4 sehen ein Betretungsrecht der Behörde zur Klärung der Frage, ob die Voraussetzungen für
5 eine Beschlagnahme vorliegen und die Befugnis zur Vornahme baulicher Veränderungen
6 vor. Das Betretungsrecht ist ein sinnvolles Instrument, um sicherzustellen, dass die Behörde
7 die notwendigen Informationen zur Prüfung einer Beschlagnahme erhält.

8 Dies vor allem deshalb, weil auch beim Vorhandensein einer Standardmaßnahme, an die
9 Behörde juristisch hohe Anforderungen gestellt werden, nachzuweisen, dass es keine ande-
10 ren Möglichkeiten zur Flüchtlingsunterbringung als die Beschlagnahme gab.

11 Die Befugnis zur Vornahme baulicher Veränderungen wiederum sorgt dafür, dass das ent-
12 sprechende Gebäude auch adäquat genutzt werden kann. Zwar könnten laut juristischer
13 Fachliteratur nur kleinere Maßnahmen wie die Schaffung von Fluchtwegen auf dieser
14 Grundlage durchgeführt werden, wir Jusos erachteten dies dennoch für sinnvoll. Gerade im
15 baurechtlich überregulierten Deutschland könnte die Nutzung eines Gebäudes sonst an
16 Detailfragen scheitern.

17 Wir sollten vorbereitet sein, denn die Fluchtursachen bestehen immer noch und es werden
18 Menschen zu uns kommen und Schutz suchen. Dies gilt auch oder vor allem im Hinblick auf
19 die aktuell auf europäischer Ebene laufenden Verhandlungen zum Dublin-Abkommen. Wir
20 möchten, dass Niedersachsen hier eine vorbildhafte Rolle einnimmt und mit einer solchen
21 Standardmaßnahme ein klares Signal für eine Willkommenskultur und Solidarität mit Ge-
22 flüchteten setzt.

23 Hierbei möchten wir auch noch erwähnen, dass Art.14 II Grundgesetz betont, dass Eigen-
24 tum verpflichtet und sein Nutzen auch der Gesellschaft dienen soll. Diesen durchaus sozia-
25 listischen Gedanken unterstützen wir. Eigentum sollte für die soziale Gerechtigkeit einge-
26 setzt werden. Politisch würde dieser Schritt auch zeigen, dass man aus der Flüchtlingskrise
27 2015 gelernt und statt einer leeren Phrase wie „Wir schaffen das“ konkrete Maßnahmen
28 ergreift.

29 Wir wollen ein weltoffenes Deutschland, das für alle Menschen Platz und Chancen bietet.

Io8

Antragsteller*innen: UB Göttingen

Weiterleitung: SPD-Landesparteitag

Angenommen Abgelehnt Überwiesen an:

Ende der Diskussion –

Warum wir nicht mit Nazis reden!

1 Die AfD ist mittlerweile in 14 von 16 Landesparlamenten sowie mit 92 Abgeordneten im
2 Bundestag vertreten. Mit dem Einzug einer rechtspopulistischen und nach rechts offenen
3 Partei ergeben sich weitere Problematiken. Die AfD wird bedauerlicherweise auch immer
4 öfter als legitimer Diskussionspartner zu Podiumsdiskussionen – sei es in Talkshows oder
5 vor Wahlen an Bildungseinrichtungen – eingeladen.

6 Für uns Jusos ist klar: Die AfD verbreitet rassistisches und frauenfeindliches Gedankengut.
7 Sie propagieren eine menschenfeindliche, nationalistische Ideologie, die einer offenen und
8 toleranten Gesellschaft entgegensteht. Einen moderaten oder gar für Akzeptanz werben-
9 den Umgang mit der AfD – auch nach Einzug in die Parlamente – darf es nicht geben und ist
10 aus unserer Sicht schlichtweg gefährlich. Wir dürfen der AfD keine Bühne für ihre rechte
11 Hetze geben und ihre rechten Positionen durch die Möglichkeit, an gesellschaftlichen Dis-
12 kursen zu partizipieren, legitimieren und dadurch salonfähig machen. Wir müssen uns ganz
13 im Gegenteil für einen aufklärerischen und entlarvenden Umgang mit rechten Positionen
14 einsetzen.

15 Die AfD nutzt den rechten Aufwind und die parlamentarische Legitimation geschickt. Sie
16 verhilft so zum Beispiel bekennenden Neonazis und Anhängern der Identitären Bewegung
17 in bezahlte Tätigkeiten. Die Überschneidungen zwischen der AfD und weltweit agierenden
18 rechtsradikalen Strömungen sind offengelegt. Eine Partei, die das demokratische System
19 bekämpft, die Gleichheit der Menschen in Abrede stellt, Minderheiten aktiv diskriminiert
20 und Angst und Hass schürt, darf kein Platz auf Podien und in der Öffentlichkeit geboten
21 werden. Neonazis und deren Stichwortgeber*innen müssen konsequent gesellschaftlich
22 ausgegrenzt und vom öffentlichen Diskurs ferngehalten werden. Das bedeutet für uns klare
23 Kante gegen rechte Ideologien. Wir dürfen nicht zulassen, dass die AfD und ihre menschen-
24 verachtende Politik zur Normalität werden.

25 Deshalb fordern wir, dass vor allem auch die Medien dazu beitragen, rechtsradikale Ideolo-
26 gien nicht durch öffentliche Debatten zu legitimieren und diese dadurch latent zu bewei-
27 ben. Mit Neonazis zu diskutieren, ist naiv und gefährlich und wird auch mit einem Verweis
28 darauf, dass auch die Gegner*innen demokratischer Prinzipien dem Grundgesetz unterlie-
29 gen, nicht besser. Rechte Denkmuster können öffentlich auch ohne die Teilnahme von be-
30 kennenden Rechten entkräftet werden.

31 Klar ist, dass Abgeordnete der AfD und andere Rechte die Presse nicht meiden. Im Gegen-
32 teil: Jedes geschickt platzierte Interview, jeder skandalöse Talkshowauftritt wird als Erfolg
33 gewertet. Es gehört zur bekannten „Wortergreifungsstrategie“ der NPD, dass ihre Mitglieder
34 die sogenannten etablierten Parteien zu öffentlichen Diskussionen auffordern, um ihrer
35 menschenverachtenden Ideologie Raum zu verschaffen und Diskussionen zu dominieren.

1 Dadurch wird es ihnen ermöglicht, den gesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen. Man be-
2 dient sich der demokratischen Vorzüge, die man eigentlich abschaffen will. Dabei müssen
3 wir immer wieder klarstellen, dass die rechtsextreme Ideologie eben keine politische Mei-
4 nung wie jede andere ist. Sie steht für Antisemitismus, Rassismus, Homophobie, Sexismus,
5 Demokratiefeindlichkeit und in ihrer finalen Konsequenz für die Ermordung aller, die aus
6 Nazisicht „unwertes Leben“ sind. Dafür muss man nicht unbedingt bis in den historischen
7 Nationalsozialismus zurückschauen. Es reicht ein Blick auf die lange Liste von mehr als 160
8 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland.

9 Menschen, die außerhalb des demokratischen Grundkonsenses agieren, haben auf einer
10 Podiumsdiskussion, in Talkshows und auch Zeitungsinterviews nichts zu suchen. Man muss
11 eben nicht mit allen reden. Demokratische Grundwerte sind nicht verhandelbar und ideolo-
12 gisch gefestigten Neonazis eine Bühne zu bieten, führt am Ende nur dazu, dass sie kosten-
13 los Werbung für ihre menschenverachtenden Überzeugungen zugesprochen bekommen.

14 Daher halten wir als linker Jugendverband fest:

- 15 • Wir nehmen an Diskussionsveranstaltungen unter Beteiligung von Anhänger*innen
16 rechter Ideologien nicht teil. Hierzu zählen insbesondere Diskussionsveranstaltungen
17 an Bildungseinrichtungen im Vorfeld von Wahlen unter Beteiligung der AfD o-
18 der anderer rechter Parteien.
- 19 • Wir fordern die Jugendverbände der demokratischen Parteien auf, unserem Vorbild
20 zu folgen und so entsprechende Diskussionsveranstaltungen nicht mehr zu ermög-
21 lichen.
- 22 • Wir verpflichten uns, rechte Ideologien zu entlarven und zu bekämpfen, wo sie uns
23 begegnen.
- 24 • Wenn die Diskussionsveranstaltung trotzdem stattfindet, werden wir den Rechten
25 mit kreativen und friedlichen Protestaktionen den Raum nicht einfach überlassen.

ANTRAGSBEREICH: **O-Organisation**

Oo1	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Schluss mit Postengeschacher!

- 1 Hohe Funktionäre in der SPD müssen, wenn sie erneut für einen Minister*innen- oder Vor-
- 2 standsposten etc. mit 66% der Delegiertenstimmen noch einmal von einmal von einem Par-
- 3 teitag bestätigt werden, sofern sie für die dritte oder spätere Amtsperiode kandidieren.
- 4 **Begründung:**
- 5 SPD möchte sich erneuern, will aber auf alte Gesichter mit alten Überzeugungen setzen.
- 6 Beispielsweise mit einem Sigmar Gabriel, welcher unbedingt in ein höheres Ministerium
- 7 möchte.
- 8 Auch längerfristiges Engagement sollte entlohnt werden dürfen, sofern es denn im Interes-
- 9 se der Mitglieder*innen ist.
- 10 Mit Politiker*innen, welche „Am Stuhl kleben“ ist keinem gedient. Das verhindert Fortschritt
- 11 und steigert die Wut auf das „Establishment“. Die SPD sollte, sofern sie sich erneuern möch-
- 12 te, mit gutem Beispiel vorangehen!

Oo2	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Mentoringprogramm der SPD

- 13 Die Jusos fordern die Einführung eines Mentoringprogramm für junge Menschen in der
- 14 SPD.
- 15 **Begründung:**
- 16 Die SPD möchte sich erneuern. Dies muss auf den untersten Ebenen anfangen und bis ganz
- 17 nach oben gehen. Ein Slogan davon ist: „Die Partei muss jünger und weiblicher werden.“ Um
- 18 dies zu erreichen sollte ein Mentoringprogramm eingeführt werden, damit diese Personen-
- 19 gruppen gefördert werden können. Die erfahrenen Genoss*innen sollten dabei den uner-
- 20 fahreneren Genoss*innen helfen.

003	Antragsteller*innen:	UB Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Einsetzung einer Kommission zur Umsetzung des Landesparteitagsbeschlusses, „Weihnachtsgeld niedersächsischer Beamt*innen“ vom 14.04.2018

- 1
2 Wir fordern den Landesparteirat der SPD Niedersachsen auf, eine Kommission zur Umset-
3 zung des Landesparteitagsbeschlusses 1.6 „Weihnachtsgeld niedersächsischer Be-
4 amt*innen“ vom 14.04.2018 einzusetzen.
5 Diese soll sich jeweils hälftig aus Mitgliedern der Landtagsfraktion und aus Mitgliedern der
6 Partei zusammensetzen. Sie soll u.a. in Gesprächen mit Gewerkschaften Vorschläge zur
7 Umsetzung erarbeiten und diesem dem Landesparteirat im Jahr 2019 als Beschlussempfeh-
8 lung vorlegen.
9
- 10 **Begründung:**
11 Der Landesparteitag am 14.04.2018 in Bad Fallingbostel hat den o.g. Antrag beschlossen
12 und damit der Landtagsfraktion sowie dem Ministerpräsidenten den Auftrag mit auf den
13 Weg gegeben „aktiv darauf hinzuwirken, dass die Einschnitte beim Weihnachtsgeld [...] rückgängig gemacht werden“.
14
15 Wie bereits Medienberichten zu entnehmen war, ist eine Wiedereinführung des Weih-
16 nachtsgeldes mit hohen Kosten verbunden. Das Finanzministerium geht von rund 780 Milli-
17 onen Euro für die 228.000 niedersächsischen Beamt*innen, Staatsanwält*innen, Rich-
18 ter*innen und Ruheständler*innen aus. Dass die Umsetzung dieses Beschlusses unter die-
19 sen Voraussetzungen nicht von heute auf morgen geschehen kann, liegt auf der Hand. Mit
20 diesem Argument den Antrag jedoch völlig von der Hand zu weisen, entspricht nicht dem
21 Willen der Partei.
22 Vielmehr sollten wir diese Gelegenheit nutzen, uns solidarisch hinter die jahrelangen Forde-
23 rungen der Gewerkschaften stellen und uns dafür einsetzen, dass das Weihnachtsgeld auf
24 lange Sicht, in welcher Form auch immer, schrittweise wieder eingeführt werden kann.

Oo4	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Land
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Jusos gestalten vor Ort mit

- 1 Die Jusos Niedersachsen wollen in Zukunft mehr Seminare anbieten, welche einen kommunalpolitischen Hintergrund haben und sich mit Themen der praktischen Arbeit vor Ort beschäftigen.
- 2
- 3
- 4 **Begründung:**
- 5 Junge Leute müssen stärker in Parlamenten vertreten sein. Politik fängt vor Ort an. Hierfür
- 6 brauchen sie Handwerkszeug, welches ihnen teilweise durch Eigeninitiative und teilweise
- 7 durch ein Seminarangebot geboten werden kann. Durch die Stärkung der kommunalpolitischen Seminarangebote machen wir junge Leute fit für die Arbeit vor Ort.
- 8

005	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

SPD erneuern – Mitgliederstrukturen verbessern

1 Wir fordern, dass im Rahmen der Erneuerungsdebatte innerhalb der SPD alle Ebenen zusam-
 2 menarbeiten, um die Mitglieder aktiv in der politischen Arbeit zu verankern. Deshalb muss der
 3 Eintritt in die Partei einfacher werden, die Mitarbeit inklusiv gestaltet werden sowie die Daten-
 4 bank der SPD immer auf dem aktuellsten Stand gehalten werden.

5 Aus diesen Gründen soll ein Leitfaden erarbeitet werden, in dem Richtlinien festgeschrieben
 6 werden sollen, wie Mitgliederarbeit in der nahen Zukunft aussehen sollte.

7 Für uns bedeutet das konkret:

- 8 • Inklusiver und einfacher Einstieg in die Partei
- 9 • Kontaktmöglichkeiten von Mitgliedern und Interessierten an den Ortsverein (Kontaktin-
 10 formationen zum Ortsvereinsvorstand sollte öffentlich sein)
- 11 • Kontaktaufnahme vom Ortsverein beim Neumitglied innerhalb von 72 Stunden
- 12 • Genoss*innen die Mitarbeit anzubieten und zu eigenständigen Arbeiten anzuregen
- 13 • Abfrage unter den Mitgliedern Zwecks der Möglichkeit von Teilnahme an Mitgliederver-
 14 sammlungen der Genoss*innen (insbesondere zeitlich)
- 15 • Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sollten für alle, nicht nur Mandatsträ-
 16 ger*innen, zeitgünstig angeboten werden und auch bezahlbarer werden
- 17 • Aufbau eines Mentoring-Programmes für Kommunalpolitik und die Einbindung von Mit-
 18 gliedern in die Vorstandsarbeit

Oo6	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Willy-Brandt-Haus öffnen. Die Sozialdemokratie**
 2 **ausbilden.**

3 Im Diskurs über die SPD erneuern werden viele und wichtige Neuerungen besprochen. Die
 4 Jusos haben hierbei einen Schwerpunkt auf die Aus- und Weiterbildung der Genoss*innen
 5 gelegt.

6 Neben den vielen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in den Ortsvereinen, in den Räten,
 7 bei den Jusos und in den SPD-Gremien, fordern wir die Möglichkeit am Herz der Sozialde-
 8 mokratie, in Berlin, im WBH, Praktika absolvieren zu können.

9 Das politische Berlin bildet momentan meist nur sich selber weiter und es ist schwer für
 10 Genoss*innen, außerhalb der „Blase Berlin“ einen Einstieg in das Arbeitsleben zu schaffen.

11 Die Erfahrungen und das Wissen was junge Genoss*innen aus dem WBH mitnehmen kön-
 12 nen ist immens und sollte nicht nur in Berlin bleiben, sondern auch den Landesverbänden
 13 und Bezirken zugutekommen.

14 Deshalb fordern wir, dass die Hälfte der angebotenen Praktikplätze an Genoss*innen aus
 15 Landesverbänden abseits Berlins vergeben werden. So haben die Berliner*innen trotzdem
 16 noch die Möglichkeit im WBG Erfahrungen zu sammeln, es besteht aber gleichzeitig eine
 17 Durchmischung der Praktikant*innen vor Ort und die restlichen Landesverbände sowie
 18 Bezirke haben die Möglichkeit junge und engagierte Genoss*innen zu entsenden und von
 19 den Erfahrungen aus dem WBH zu profitieren.

20 Der Parteivorstand wird hiermit aufgefordert eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen
 21 für Praktikant*innen zu prüfen und gesellschaftlich mit einem positiven Beispiel voranzuge-
 22 hen. Außerdem soll geprüft werden, inwieweit Unterkünfte vom Parteivorstand bereitge-
 23 stellt werden können und ob ein Nahverkehrsticket der Berliner Verkehrsbetriebe bei Ar-
 24 beitsantritt ausgegeben werden kann.

ANTRAGSBEREICH: **S- Sonstiges**

SOI	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Keinen weiteren religiösen Feiertag in Niedersachsen

- 1 Wir fordern, dass wir keinen weiteren religiösen Feiertag in Niedersachsen bekommen.
- 2 Wenn ein neuer Feiertag in Niedersachsen eingeführt werden sollte, was wie sehr begrüßen
- 3 würden, soll es ein neutraler Feiertag sein.
- 4 **Begründung:**
- 5 In Niedersachsen leben viele Menschen mit ganz unterschiedlichen Religionen, deswegen
- 6 sollte ein Feiertag in Niedersachsen kein religiöser Feiertag sein. Dieser wäre nur für eine
- 7 kleine Gruppe von Menschen von Bedeutung, was für Niedersachsen nicht akzeptabel sein
- 8 sollte. Wir sollten so offen sein, dass jeder Mensch, egal welcher Religion oder keiner Religi-
- 9 on er*sie angehört, von einem neuen Feiertag profitiert.
- 10 Außerdem sollte der Reformationstag auf keinen Fall ein Feiertag werden. Luther war ein
- 11 Antisemit und kein Held. Wir sollten einem Antisemiten, der Frauen verachtet und erniedrigt
- 12 hat, eine autoritäre Mentalität gegenüber den Untertanen hatte, gegen Fremde hetzte und
- 13 für die Verbrennung von Hexen war, keinen Feiertag widmen. Es gibt außer Luther noch
- 14 andere Reformatoren wie zum Beispiel Jan Hus und John Wyclif, die nicht so umstritten sind.
- 15 Außerdem sind wir Jusos für einen säkularen Staat, der mit einem neuen religiösen Feiertag
- 16 einen Rückschritt machen würde.

So2	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Land
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Tanzverbot

1 Die Jusos Niedersachsensetzen sich für die Lockerung des Tanzverbots an stillen Feiertagen
2 in Niedersachsen ein.

3

4 Begründung:

5 Zurzeit gilt in Niedersachsen an vielen stillen Feiertagen das Tanzverbot. So z.B.: an Karfrei-
6 tag, Karsamstag, Gründonnerstag, Heiligabend und einigen anderen. Viele führen als Recht-
7 fertigung für diese Regelung Sitte und Tradition an. Aber schaut man einmal in die nicht
8 allzu lange Geschichte des Tanzverbots, so finden sich viele unterschiedliche Regelungen
9 aber besonders auch viele Ausnahmen und Aufhebungen.

10 Viele Leute, gerade in unserer heutigen Gesellschaft mit Menschen vieler verschiedener
11 Hintergründe, fühlen sich durch das Tanzverbot an stillen Feiertagen in der Gestaltung ihres
12 Alltags eingeschränkt. Der Prozentsatz der Bürger*innen in Niedersachsen ohne Konfession
13 beträgt rund 30%. Sie alle und auch viele weitere Bürger*innen verbinden mit den oben
14 genannten Feiertagen nicht unbedingt Stille. Jedes Mitglied unserer Gesellschaft sollte sei-
15 nen Feiertag nach freier Facon gestalten dürfen.

16 Ein Exempel setzte das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil gegen das Urteil des
17 Bayrischen Verwaltungsgerichtshof, bei dem der Bund für Geistesfreiheit München klagte,
18 weil eine von ihnen geplante Party an Karfreitag abgesagt werden musste. Das Bundesver-
19 fassungsgericht kam zu dem Ergebnis, dass das Urteil des Bayrischen Verwaltungsgerichts-
20 hof nicht mit dem Artikel 4 Absatz 1 und 2 sowie mit Artikel 8 Absatz 1 des Grundgesetzes
21 vereinbar ist und dadurch nichtig sei und die Party stattfinden darf. Deswegen fordern wir,
22 dass sich die Jusos Niedersachsen aktiv für die Abschaffung des Tanzverbots in Niedersach-
23 sen einsetzen.

So3	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Pfand gehört daneben - überall

- 1 Wir fordern eine deutschlandweite Strategie zur Umsetzung von Maßnahmen für eine ge-
 2 ordnete und frei zugängliche Pfandsammlung in Innenstadtbereichen und perspektivisch
 3 auch in kleineren Kommunen. Öffentliche Abfallbehälter sollen durch Pfandsammelstellen
 4 wie dem Pfandring, dem Pfandregal oder anderen geeigneten Konstruktionen unabhängig
 5 von Abfallbehältnissen aufgestellt werden, um so Pfandsammler*innen ihre Tätigkeit men-
 6 schenwürdiger und ungefährlicher gestalten zu können.
- 7 Konkret fordern wir die Stadt Göttingen dazu auf, kurz- bis mittelfristig geeignete Pfand-
 8 sammelstellen (wie bspw. einen Pfandring) im Innenstadtbereich zu prüfen und flächende-
 9 ckend aufzustellen, um eine Vorzeigerolle in dieser Thematik neben Städten wie Hamburg,
 10 Hannover und Köln zu übernehmen und anderen Kommunalverwaltungen den Nutzen die-
 11 ser Sammelstellen zu demonstrieren.
- 12 Begründung:
- 13 Die bundesweite Initiative „Pfand gehört daneben“ aus Hamburg hat eine Kampagne zur
 14 Vermeidung von bloßem Wegschmeißen von Pfandbehältnissen schon im Jahr 2011 gestar-
 15 tet und damit das Thema auf die Agenda gebracht. Pfandflaschen und -dosen landen noch
 16 immer zu häufig einfach in Mülleimern oder innerstädtischen Parkanlagen, werden entsorgt
 17 und einfach mit den anderen Mischabfällen verbrannt. Laut der Initiative werden so Pfand-
 18 werte in Höhe von 172 Millionen Euro jedes Jahr weggeworfen. [1]
- 19 Die konkrete Umsetzung der Idee, Pfand nicht einfach wegzuworfen oder unter Mülleimer
 20 zu stellen, fand Paul Ketz mit seiner Realisierung eines sogenannten Pfandrings, den wir als
 21 Beispiel gerne aufführen. 2012 erhielt er für sein Projekt den Bundespreis ecodesign. Der
 22 Pfandring kann als „Add-on“ für bestehende Mülleimer gesehen werden. Sie werden bislang
 23 maßgefertigt und können an den Mülleimern direkt befestigt werden. Mit diesen Pfandrin-
 24 gen können Passant*innen ihre Dosen und Flaschen mit Pfandwert ohne zusätzlichen Auf-
 25 wand direkt am Mülleimer in Halterungen stellen – und Pfandsammler*innen diese direkt
 26 dort wieder entnehmen. Städte wie Hamburg, Köln oder Bamberg haben diese Pfandringe
 27 bereits abgenommen.
- 28 Eine weitere Problematik kann mit solchen Systemen wie dem Pfandring ebenfalls verbes-
 29 sert werden: Die sich täglich auf den Straßen unterwegs befindenden Pfandsammler*innen
 30 werden bei ihrer Tätigkeit weniger Gefahren und Selbstdemütigungen ausgesetzt. Der blind-
 31 de Griff in hunderte Mülleimer täglich zur Suche nach Pfandbehältnissen stellt nämlich in
 32 zweierlei Hinsicht ein Problem dar. Die Demütigung, in einen Eimer zu greifen, in den ande-
 33 re Mitmenschen ihre Abfälle hineingeworfen haben, kann aus den Städten verbannt wer-
 34 den, denn Menschenwürde hört nicht beim Pfandsammeln auf. Weiterhin sind die gesund-
 35 heitlichen Gefahren beim Griff in einen Mülleimer nicht zu unterschätzen. Neben Viren und

- 1 anderen Krankheitserregern sammeln sich nämlich auch spitze und scharfe Gegenstände in
 2 Diesen, die Verletzungen und Entzündungen nach sich ziehen können.
- 3 Wir sehen, Pfandsammelstellen in innerstädtischen Bereichen verbessern nicht nur die
 4 Rückführung von Pfandbehältnissen in ihre zugehörigen Recyclingkreisläufe, sondern helfen
 5 auch, die Tätigkeit von pfandsammelnden Menschen enorm zu verbessern und erleichtern.
 6 Der Aufwand für die Etablierung dieser Konstruktionen wird sich im Verhältnis zu den Vor-
 7 teilen ebenjener als gering einschätzen lassen. Nicht zuletzt setzt der Einsatz solcher Sam-
 8 melstellen ein klares Zeichen gegen gegenwärtige Tendenzen, Pfandsammeln an bestimm-
 9 ten Orten wie Bahnhöfen oder Flughäfen zu kriminalisieren und möglichst zu erschweren –
 10 damit ist unserer Ansicht nach unter dem Strich niemandem geholfen.
- 11 Wir fordern daher: **Pfand gehört daneben – überall!**
- 12 [1] Diese und weitere Informationen wurden der Webpräsenz der Initiative „Pfand gehört
 13 daneben“ entnommen: Vgl. <http://www.pfand-gehört-daneben.de/> [Letzter Abruf
 14 04.04.2018]

So4	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Altkleidercontainer besser kennzeichnen

- 15 Um eine Gewissheit für die Verbraucher*innen zu schaffen fordern wir, dass die Kleidercon-
 16 tainer besser gekennzeichnet werden. Es soll ersichtlich sein, was nach der Spende mit der
 17 Kleidung passiert. So kann z.B. ein Prüfsiegel oder ähnliches diese Gewissheit schaffen und
 18 die spendende Person informieren.
- 19 Des Weiteren fordern wir, dass illegal abgestellte Kleidercontainer regelmäßig von den
 20 Kommunen entfernt werden.
- 21 Begründung:
 22 Statt ihre alte Kleidung wegzuschmeißen, bringen viele Menschen diese zu einem Altkleider-
 23 container. Meistens tun sie dies mit der Intention, Bedürftigen zu helfen. Jedoch wird die
 24 gesammelte Kleidung nicht nur an Bedürftige weitergegeben, sondern oftmals auch ver-
 25 kauft. So gibt es Altkleidercontainer, die gemeinnützigen Zwecken dienen, aber auch solche,
 26 die gewerblich genutzt werden. Es kann auch sein, dass gemeinnützige Organisationen die
 27 Kleidung sammeln und dann an eine Firma weiterverkaufen. Des Weiteren gibt es oft illegal
 28 abgestellte Kleidercontainer, die aber kaum als solche zu erkennen sind.

ANTRAGSBEREICH: **U-Umwelt**

UoI	Antragsteller*innen:	Landesvorstand, KV Osterholz
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Urban Gardening und Urban Planting fördern

1 Wir Jusos Niedersachsen fordern Urban Gardening und Urban Planting massiv zu fördern
2 und auszubauen, mittels der Freistellung staatlicher finanzieller Fördermittel für die Kom-
3 munen und Städte. Unternehmen, Öffentliche Gebäude, Behörden und Privatpersonen
4 sollen Zugang zu diesen Förderungen erfahren durch aktiver Bepflanzung und Begrünung
5 des (Privat)Grundstücks. Gerade die Begrünung von betonierten Flächen (Dächer, Vorplätze
6 e.t.c.) soll pro m² subventioniert werden. Hierbei plädieren wir für einen spezifischen Ge-
7 setzentwurf für die Subventionierung von Urban Gardenings und Plantings, orientiert an die
8 Vergütungssätze bei Biomasse aus den EEG §5. Es muss lediglich differenziert werden wel-
9 che Art von Begrünung vorliegt (Differenzierbarkeit: immergrüne Gewächse und wechsel-
10 grüne Gewächse). Außerdem sollen Baumpartner*innenprojekte durch Fördermittel aus-
11 gebaut werden. Nach unserem Verständnis soll Urban Planting und Gardening Grundele-
12 mente der modernen Raumplanung bilden, wir fordern deshalb das niedersächsische Mi-
13 nisterium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher*innenschutz auf niedersächsi-
14 schen, dass die Förderung von Urban Planting und Gardening Projekten im Landesraum-
15 ordnungsgesetz (LROG) aufgeführt werden. Somit sollen die niedersächsischen Regional-
16 planungsverbände aufgefordert werden Urban Planting und Gardening in ihren Flächen-
17 nutzungsplänen zu berücksichtigen, denn nur durch die explizite Anwendung dieser ökolo-
18 gischen Prinzipien, werden wir das Leitbild der nachhaltigen Stadt und Kommune gerecht.

19 Einleitung zur Thematik:

20 Die Weltbevölkerung wächst, Entwicklungsländer industrialisieren sich. Die Bevölkerung
21 steigt rapide an. Und mit diesen Indikatoren schreitet der stets wachsende Prozess der Ver-
22 siegelung fort. Jährlich werden global riesige Flächen von Naturböden buchstäblich beto-
23 niert. Eine widernatürliche Entfernung des ökologischen Schutzschilds der Böden. Zugleich
24 erfahren wir anhand radikale globalen Klimaveränderungen, welche Auswirkungen fahrläs-
25 siger Umgang mit unseren Lebensraum für uns hat. Der exponentiell ansteigende anthro-
26 pogene Antrieb und das menschliche fahrlässig Wüten auf unserem Planeten sind hierbei
27 die Indikatoren. Klimaprojektionen verdeutlichen, dass ein weiter so in der Klimapolitik, das
28 Treibhausgas-Emissionsszenario RCP 8.5 (Representative Concentration Pathways) für uns
29 zufolge haben wird. Dies würde bedeuten, dass bis zum Jahr 2100 das globale Mittel um 4
30 Grad Celsius ansteigen würde. Regional abweichend stark oder schwach ausgeprägt. Im
31 Paris-Agreement, welches Deutschland unter anderem unterschrieben hat, einigten sich die

1 Unterstützer*innen auf ein weltweites Ziel des Szenarios RCP 6.0, welches nur einen globa-
2 len durchschnittlichen Temperaturanstieg von 2,7 Grad Celsius entspreche. Um dieses Ziel
3 zu verwirklichen bedarf es Handlungen. Aus deutscher Perspektive gibt es viele Umwelt-
4 schutzmaßnahmen, die getätigt werden müssen um die Emissionsraten deutlich zu senken.
5 Der Kohleausstieg, ein Umdenken in der Mobilität und härtere Umweltauflagen sind
6 hierbei die Kernelemente der deutschen umweltpolitischen Debatte. Jedoch gibt es auch
7 viele kleine nachhaltige Pilotprojekte, die zu mindestens regional, Emissionsraten senken
8 können. Eines davon ist das Urban Gardening. Der deutsche Wirtschaftsgeograph Johann
9 Heinrich von Thünen entwickelte zur Zeiten der Industrialisierung deutscher Städte das
10 Prinzip des Urbanen Gartenbaus, die organisierte Begrünung der Stadt. Das damals durch
11 die Industrialisierung geprägte Stadtbild sollte durch das Urban Gardening aufgelockert
12 werden und primär die Lebensqualität der Werkarbeiter*innen steigern und somit die da-
13 mals erheblich hohen Emissionsraten kompensieren. Auch die internationalen Institute für
14 Raumordnung und Städteplanung wurden auf die Theorie des Urban Gardening aufmerk-
15 sam. Das in den 70er Jahren entstandene Leitbild der Gartenstadt bildete hierbei einen Ge-
16 genpol zu den in der Stadtgeographie populären Leitbild der dichten Stadt (Betonierte
17 Großwohnanlagen bsp.: Köln-Chlorweiler, Bremen-Osterholz-Tenever, Grohner Düne). Auch
18 in unserer heutigen Zeit wird die Theorie des Urban Gardenings wieder aufgegriffen. Die
19 Begrünung und das organisierte Anlegen von Gartenanlagen im urbanen Raum sind Kern-
20 elemente der zukunftsorientierten nachhaltigen Stadt. Deutschlandweit gibt es mehrere
21 privat organisierte Vereine die auf verlassenen Industrieflächen oder in organisierten Wohn-
22 gemeinschaften Urban Gardening betreiben. Auch gibt es vermehrt in Großstädten subven-
23 tionierte Baumpartnerschaften zur Pflege städtischer Baumschilder.

24 Leider konnte sich das Urban Gardening in Deutschland nicht deutlich durchsetzen, wie
25 vergleichsweise in anderen Staaten. Beispielweise in Singapur, wurden aufgrund von Land-
26 knappheit bei Zunahme der Bevölkerung der versiegelte Naturboden durch Urban Planting
27 auf den Dächern und Brücken des Kleinstaats ersetzt. Flächendeckend ganze Stadtteile sind
28 zusätzlich mit Biomasse bepflanzt wurden, sodass Singapurs Satellitenbild nun einen grü-
29 nen Teppich gleicht. Dies hat zur Folge, dass Singapur im Gegensatz zu anderen südostasiati-
30 schen Megacities nicht an den dort alltäglichen Problemen wie starker Smogkonzentration
31 leiden und man in diesem Falle Singapur als Leitbild einer dichten nachhaltigen Stadt be-
32 zeichnen kann. Auch in Deutschland investieren große Städte wie Freiburg, Nürnberg und
33 Berlin in Urban Gardening Projekte. Nur oftmals fehlt den Kommunen für diese Investitio-
34 nen das Geld. Dies sollte sich nun bundesweit ändern.

35

36 Begründung:

37 Urban Planting kann ein Strategie sein, den globalen Strahlungshaushalt auszugleichen.
38 Durch Urban Planting würde die wärmende Infrarote Strahlung abgestrahlt werden, wel-
39 ches den allgemeinen Strahlungshaushalt senkt und für Kühleffekt innerhalb der „tendenzi-
40 ell“ wärmeren Städte sorgen. Den Pflanzen absorbieren durch seine Bepflanzung von beto-
41 nierten Flächen erheblich steigern. Auch können durch die verstärkte Bepflanzung von In-
42 nenhöfen, sowie das Anlegen von Gartenstädten, hohe Emissionsraten im urbanen Raum
43 gemildert werden und die durch die Versiegelung verloren gegangene Biomasse ersetzt

1 werden, durch Bodenbildung auf betonierte Flächen. Diese schafft wieder einen neuen
2 Lebensraum für Mikroorganismen. Die kühlende Wirkung der Bepflanzung von Dachflächen
3 würde unnötige Energiekosten für einen Gesamthaushalt erheblich dezimieren. Ein begrün-
4 tes Dach ersetzt hierbei häufig eine teure Klimaanlage. Auch haben wissenschaftliche Stu-
5 dien in Nürnberg erwiesen, dass sich durch das Förderprogramm des Urban Gardenings
6 gerade in der Stadt viele neue Insektenpopulationen entwickelt haben. Dies ist darauf zu-
7 rückzuführen, dass durch den vermehrten Einsatz von giftigen Pestiziden beziehungsweise
8 der hohen Überfüllung von landwirtschaftlichen Flächen, der modernen konventionellen
9 Landwirtschaft der Existenzbereich der ökologischen Potenzen von heimischen Insekten
10 eingedämmt wird und es somit zu einem mehrfachen Insektensterben kommt und viele Po-
11 pulationen neue ökologische Nischen finden müssen. Hierbei ziehen viele Insektenpopula-
12 tionen in die Großstädte, da sie dort Schutz in den vergleichsweise wenig mit Pestiziden
13 belasteten Grünanlagen suchen und auch finden. Also könnte auch eine Förderung des
14 Urban Gardening eine Chance sein, den großen Insektensterben entgegenzuwirken. Auch
15 landwirtschaftliche Erfolge können durch Urban Planting hervorgebracht werden, denn die-
16 se Methode bietet Raum für eine innovative Form des ökologischen Obstanbaus und birgt
17 neue Perspektiven im Forst- und Landschaftsbau. Die Ausgaben hierbei für Ressourcen
18 halten sich ebenfalls in Grenzen. Um aber nachhaltig von den Vorteilen des Urban Garde-
19 nings und Plantings zu profitieren, müssen die Projekte Massentauglich sein.

Uo2	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

The Day After Tomorrow – Unsere Vorstellungen zu Umwelt, Energie und Verkehr

1 Der Juso-Bezirk Braunschweig war im Bundesverband jahrelang für seine starke umweltpoli-
 2 tische Ausrichtung bekannt. Eine stärkere Fokussierung in diesem Themenbereich ist auch
 3 heute von großer Relevanz. Schließlich ist eine saubere Umwelt die Voraussetzung dafür,
 4 dass Menschen weltweit ein gesundes Leben frei von Naturkatastrophen führen können.
 5 Daher beschäftigen wir uns in den folgenden Passagen mit den zentralsten umweltpoliti-
 6 schen Aspekten, die unter anderem auch den hiesigen Energiesektor und die Verkehrsinf-
 7 rastruktur beleuchten.

8 1.1. Zurück in die Zukunft 9 Re-Kommunalisierung von Energiekonzernen

10 Zu unserem Selbstverständnis gehört, dass öffentliche Aufgaben, die der Grundversorgung
 11 der Bevölkerung dienen, auch von der öffentlichen Hand bedient werden. Dazu gehört ins-
 12 besondere die Strom- und Wasserversorgung der Menschen in unserer Gesellschaft. Wir
 13 setzen in diesen Bereichen auf dezentrale Unternehmen, die vor Ort die Ressourcen kos-
 14 tengünstig zur Verfügung stellen. Die nutzergerechte Versorgung dieser Güter ist ein öffent-
 15 liches Interesse, deshalb stellen wir uns gegen sämtliche Privatisierungspläne. Darüber hin-
 16 aus setzen wir uns dafür ein, dass (teil-)privatisierte Unternehmen in diesem Bereich wieder
 17 vollständig rekommunalisiert werden.

18 1.2. Zurück in die Zukunft Teil 2 19 Erneuerbare statt fossile Energien

20 Der Wandel im Energiebereich schreitet voran. Während in Deutschland bis zum Jahr 2022
 21 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, steigt der Anteil an erneuerbaren Energien bei
 22 der Versorgung der Bevölkerung kontinuierlich an. Unser Ziel bleibt dabei langfristig die
 23 Vollversorgung des gesellschaftlichen Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu errei-
 24 chen. Dabei muss nun der nächste Schritt eingeläutet werden. Wir benötigen eine feste
 25 Zielsetzung, in welchem Zeitraum der Ausstieg aus der umweltschädlichen Kohlekraft erfol-
 26 gen soll. In diesem Zusammenhang sehen wir in der Abscheidung, Speicherung und Wie-
 27 derverweudung von Kohlenstoffdioxid (CCS & CCR) auf Basis der ökologischen Nachhaltig-
 28 keit kein geeignetes Energieversorgungsmittel, da diese Technologie gegenteilige Anreize
 29 schafft, den Verbrauch an fossilen Rohstoffen zu reduzieren. Darüber hinaus sehen wir im

1 Verfahren des „Hydraulic Fracturing“ (kurz: „Fracking“) zur Erdöl- und Erdgasförderung eine
2 zu große umweltpolitische Gefahr, da die geförderteten Ressourcen das zum Trinkwasser
3 genutzte Grundwasser verunreinigen können. Wir lehnen aus diesen und weiteren Grün-
4 den Fracking ab.

5 Stattdessen setzen wir auf einen erneuerbaren Energiemix aus Solar-, Wind-, Wasser-, und
6 Erdwärmeenergie mit entsprechenden staatlichen Förderungen dieser Energiezweige bei
7 zeitgleichem Abbau der Förderung von fossilen Energieträgern. Wir möchten aus Deutsch-
8 land ein Vorzeigeland machen und die erste Volkswirtschaft sein, die innerhalb dieses Jahr-
9 hunderts aus erneuerbaren Energiequellen alle gesellschaftlichen Bedarfe bedient, sodass
10 auch andere Länder weltweit der globalen Erderwärmung durch steigende CO₂-Emissionen
11 entgegentreten. Bei dem Energiewandel ist insbesondere darauf zu achten, dass dezentrale
12 Energiestrukturen geschaffen werden, anstatt einseitig auf zentrale Projekte wie Offshore-
13 Windparks zu setzen.

14 1.3. Zurück in die Zukunft Teil 3 15 Streckenausbau und Attraktivität im ÖPNV vorantreiben

16 Unser Ziel bleibt es den motorisierten Individualverkehr durch die Schaffung von attraktiven
17 Strukturen im öffentlichen Personennah- und -fernverkehr zu verdrängen. Das bedeutet,
18 dass wir uns für weitere Streckenerschließungen und Taktzeitverbesserungen in kommunalen
19 und interkommunalen Zusammenhängen stark machen. Um vor allem jungen Men-
20 schen die Teilhabe an der Gesellschaft möglichst uneingeschränkt zu ermöglichen, fordern
21 wir einen bundesweit kostenlosen ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler. Perspektivisch
22 soll diese Kostenfreiheit auch auf alle weiteren Personengruppen fahrscheinlos umgesetzt
23 werden. Außerdem möchten wir den Aufbau eines interkommunalen Nachtlinienverkehrs-
24 netzes in unserer Region vorantreiben. Wir setzen dabei auch langfristig darauf, dass der
25 schienengebundene Nahverkehr auf- und ausgebaut wird, da hierdurch unter anderem
26 mehr Menschen effizienter transportiert werden können.

27 Aber auch für die Fernverkehrsstrecken müssen die Verbindungen ansteigen. Wir setzen
28 uns für den Anstieg von Haltepunkten auf dem Streckennetz der Deutschen Bahn in Städ-
29 ten und Gemeinden bei gleichzeitiger Verbesserung der Taktzeiten bundesweit ein. In die-
30 sem Zusammenhang stellen wir uns gegen die Abwicklung des Zugverkehrs durch private
31 Unternehmen auf den Gleisstrecken der Deutschen Bahn. Diese haben in der Vergangen-
32 heit die Qualität der Fahrten durch zunehmende Zugausfällen oder Stromausfällen inner-
33 halb der Fahrzeuge verschlechtert.

34 1.4. Minority Report 35 E-Mobilität fördern

1 Auch wenn wir für uns der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes an erster Stelle steht,
2 sind wir uns der Tatsache bewusst, dass der motorisierte Individualverkehr auch in Zukunft
3 eine Rolle spielen wird. Wir wollen uns daher ebenfalls darum kümmern, dass dieser Ver-
4 kehrsweg zukunftsfähig umgestaltet wird. Da wir uns dafür einsetzen, die Gewinnung von
5 Strom in Deutschland noch in diesem Jahrhundert zu 100% aus erneuerbaren Energien zu
6 produzieren, befürworten wir eine staatlich geförderte strukturelle Neuausrichtung der Au-
7 tomobilindustrie, den Anteil von Elektroautos für alle produzierten Neufahrzeuge stetig zu
8 erhöhen. Dies muss parallel mit einem Ausbau von Elektrotankstellen bundesweit begleitet
9 werden.

10 1.5. Höllentour 11 Fahrradinfrastruktur ausbauen

12 Wir Jusos stehen seit Jahren dafür ein, dass sich die Fahrradinfrastruktur innerhalb der
13 Städte aus umwelt- und gesundheitspolitischen Aspekten verbessert. Neben dem Ausbau
14 von Fahrradwegen neben der Straße oder aus Platznot begründeten Etablierungen von
15 Fahrradstraßen, möchten wir zunehmend auf ein breites Angebot staatlich und privat orga-
16 nisierter Bike-Sharing-Modelle hinarbeiten.

17 Doch wir wollen auch die Situation für FahrradfahrerInnen verbessern, die oft zwischen
18 Dörfern oder gar Kommunen pendeln. Zwar gibt es in unserer Region über einige Landstra-
19 ßen und Feldwege bereits gut erschlossene Fahrradwege, diese sind aber oft nicht eindeu-
20 tlig miteinander verbunden bzw. bestehende Verbindungen sind als solche nicht gut genug
21 gekennzeichnet. Diesen Missstand wollen wir beheben und außerdem dafür Sorge tragen,
22 dass wir perspektivisch alle Bundes- und Landstraßen nach Möglichkeit mit separierten
23 Fahrradwegen neben der KfZ-Fahrspur ausstatten.

24 1.6. Wall-E 25 Weltweite Umweltverschmutzung eindämmen

26 Wenn man von dem Ziel zur Eindämmung der weltweiten Umweltverschmutzung spricht,
27 weiß man gar nicht, wo man genau anfangen soll: So tragen neben der bereits aufgeführten
28 Beschreibung zur Vermeidung von CO₂-Emissionen, die zum allgemeinen Klimawandel bei-
29 tragen soll, andere Faktoren momentan noch dazu bei, dass die weltweiten ökologischen
30 Belastungen noch immer zunehmen. Zu nennen sind hierbei vor allem die konkret-
31 spürbare Luftverschmutzungen durch Staub und Ruß, Wasserverschmutzungen durch un-
32 geklärte (Plastik-)Abfälle oder die Rodung von (Regen-)Wäldern.

33 Dieser Tatsache wollen wir mit dem Motto „Global denken, lokal handeln“ begegnen. Anstatt
34 große Erwartungshaltungen in Bezug auf bald stattfindende Weltklimakonferenzen zu schü-

1 ren, die bis auf eine Ausnahme immer der Enttäuschung endeten, dass man sich internati-
 2 onal entweder gar nicht oder nur auf so geringe Minimalziele einigen konnte, die weder
 3 ausreichend dafür sind den Klimawandel aufzuhalten noch einen rechtsverbindlichen Cha-
 4 rakter haben, müssen wir innerhalb unseres Wirkungsbereiches dafür kämpfen, Ziele dar-
 5 über hinaus zu definieren, die den Umweltschutz weiter voranbringen. Ein gutes Beispiel
 6 hierfür ist das von der EU verabschiedete Verbot zur Herausgabe von Plastiktüten im Ein-
 7 zelhandel. Weiterhin sollte Deutschland als eines der größten Industrieländer mit gutem
 8 Beispiel vorangehen und viel mehr zur Umweltentlastung beitragen als bisher.

9 Dagegen sprechen wir uns gegen den Handel von Emissionsrechten aus, da er falsch kon-
 10 struiert ist. Der Emissionshandel schafft nämlich wirtschaftliche Anreize für Unternehmen,
 11 in jedem Fall nicht mehr zum Umweltschutz beizutragen als es internationale Minimalziele
 12 formuliert haben.

13

14

Uo3	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	Landesparteitag, Juso Bundeskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Kleines Tier - kleiner Käfig? Gesetzliche Mindestgrößen gegen Tierquälerei

15 Wir fordern, dass die Tierquälerei durch zu enge Käfige für kleine Säugetiere (Hamster,
 16 Mäuse, Ratten, ...) durch gesetzliche Mindestgrößen beendet wird.

17 Begründung

18 Rund vier Millionen Kleintiere leben in deutschen Haushalten (BDT). Ihre wildlebenden Art-
 19 genossen können sich in freier Natur bewegen. Sie laufen, klettern, graben oder fliegen,
 20 müssen selbst Futter finden und sich vor Feinden schützen. Ihre Umwelt bietet ständig Ab-
 21 wechslung. Ganz anders geht es vielen Kleintieren bei ihren Besitzer*innen in viel zu kleinen
 22 Käfigen. Sie müssen ihr Leben oft ganz allein hinter Käfiggittern verbringen. Dies ist aktuell
 23 möglich, da es keine gesetzlichen Mindestgrößen für Lebensunterkünfte von kleinen Säuge-
 24 tieren gibt. Somit ist es den Hersteller*innen erlaubt, nicht artgerechte Käfige herzustellen
 25 und mit Bildern der Tiere für diese zu werben.

26 Das Problem bei den zu kleinen Käfigen liegt darin, dass sie vielfach nicht tiergerecht sind,
 27 was bei den Lebewesen langfristig zu Stress und körperlichen Problemen führt. Beispiels-
 28 weise legen Hamster nachts gerne mehrere hundert Meter zurück, was in solchen Käfigen
 29 schlicht nicht möglich ist. Aber auch die für die Tiere wichtige Aufteilung mit einer Spielecke,
 30 Schlafecke und einem Rückzugsort geht verloren. Auch Zubehör, wie zum Beispiel ein

1 Schlafhaus, Vorratshaus, Futternapf, Trinkmöglichkeit, Klettergeräte (Laufrad etc.), müssen
2 in den Käfig passen. Bei solchen beschämenden Unterkünften führt dies dann häufig dazu,
3 dass auch das Zubehör sich der kleinen Umgebung anpassen muss. Durch nicht artgerechte
4 Klettergeräte können die Tiere körperliche Schäden davontragen, beispielsweise verformen
5 sich die Knochen (Wirbelsäule etc.).

6 Als Vorschläge für gesetzliche Mindestanforderungen lässt sich das "Gutachten über Mindestanforderungen
7 an die Haltung von Säugetieren" vom Bundesministerium für Ernährung
8 und Landwirtschaft nehmen.

9 Abrufbar unter:

10 http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Tier/Tierschutz/GutachtenLeitlinien/HaltungSaeugetiere.pdf?__blob=publicationFile
11

12

Uo4	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Eindämmung der Plastik-Nutzung im eigenen Verband

13 Wir fordern unseren eigenen Plastikverbrauch im Verband zu reduzieren. Wir alle sollten
14 darauf achten, bei Landesverbandswochenenden oder Veranstaltungen der Jusos Niedersachsen
15 auf unnötiges Plastik zu verzichten. Die bisher verwendeten Einwegbecher, Einwegbestecke
16 oder PET-Flaschen aus Plastik müssen abwaschbaren, mehrfach verwendbaren, nachhaltigen
17 Alternativen wie verbandseigendem Geschirr weichen.

18 Begründung:

19 Bei den letzten Verbandswochenenden der Jusos Niedersachsen ist uns aufgefallen, dass
20 wir viel zu viel unnötiges Plastik verbrauchen. Mit einem Umstieg auf nachhaltige Alternativen
21 können wir einiges an Müll einsparen. Plastikgeschirr, Einwegmaterialien oder in Folie
22 eingeschweißte Lebensmittel können umgangen werden. Die scheinbar nebensächliche
23 Problematik ist Ausdruck eines gedankenlosen, energieintensiven und umweltschädlichen
24 Trends.

25

26 Allein in Deutschland nimmt der Plastikverbrauch jährlich zu. In den letzten zehn Jahren hat
27 sich der Plastikverbrauch unter den deutschen Konsument*innen um 29% erhöht. Wenn
28 wir weiterhin genauso viel Plastik verbrauchen, haben wir ab 2050 mit 950 Mio. t mehr Plastik
29 als Fisch im Meer. Plastik ist sehr beständig und es dauert mehrere hundert Jahre bis es
30 sich zersetzt, aber es wird nicht vollständig abgebaut. Das dabei entstehende Mikroplastik
31 ist sehr gefährlich für unser Ökosystem. Beispielsweise fressen Fische, Vögel und andere
32 Meerestiere Mikroplastik und dieses gibt ihnen ein falsches Sättigungsgefühl, weshalb sie
33 mit ‚vollem‘ Magen verhungern. Als Teil des Kreislaufs sollten wir das andere Leben nicht

- 1 weiter zerstören. Da alles zu uns zurückkommt, nehmen wir das Mikroplastik in uns auf,
- 2 wenn wir Fisch essen. Jede Minute gelangt eine LKW-Ladung voll Plastik in unsere Meere.
- 3 Über 700 Tierarten sind dadurch bedroht. Jede*r von uns kann seinen*ihren individuellen
- 4 Beitrag für weniger Plastik auch in unserem Verband leisten, denn die Welt zu verändern
- 5 geschieht nicht durch Zuschauen, sondern indem wir selbst aktiv werden.

U05	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Kein BYOD (Bring Your Own Device) an niedersächsi- schen Schulen

- 6 In niedersächsischen Schulen kommt es vermehrt zum Einsatz von digitalen Mobil-Geräten
- 7 bspw. Notebook und Tablets. Dies wird in Zukunft vermehrt stattfinden und wird von uns
- 8 im Kontext neuer digitalen Formen der Bildung begrüßt.
- 9 Jedoch ist die Anschaffung dieser Geräte mit erheblichen Kosten verbunden. Daher fordern
- 10 wir, dass es nicht an den Schüler*innen hängen bleibt diese Geräte zu kaufen.
- 11 Stattdessen gehören für uns mobile Geräte zu Bildungsmaterialien, welche vom Land zu
- 12 kaufen sind und gebührenfrei an Schüler weitergegeben werden.

<h1>Uo6</h1>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Mehr Flauschigkeit wagen – Alpakas auf dem Göttinger**

2 **Kehr ansiedeln und auswildern**

3 Wir fordern den Aufbau einer stabilen Population von Alpakas im Wildtiergehege auf dem
 4 Göttinger Kehr, um die Artenvielfalt in Göttingen und damit auch Niedersachsen weiter aktiv
 5 voranzubringen und die Attraktivität der Naherholung zu steigern. Eine Refinanzierung der
 6 zur Anschaffung notwendigen Gelder kann durch den Verkauf von Wollwaren (beispielswei-
 7 se Socken, Handschuhe oder Ohrenschützer) aus Alpakawolle ermöglicht werden.

8 Mittel- bis langfristig fordern wir – nach norddeutschem Vorbild – eine Auswilderung der
 9 (noch) nicht einheimischen Tierart in den Niedersächsischen Wäldern sowie dem Umland.
 10 Die oberste Priorität ist die Steigerung der touristischen Attraktivität Niedersachsens, sowie
 11 eine freie Entfaltungsmöglichkeit der Paarhufer fernab von Zäunen und Beschränkungen.

12 Begründung:

13 (Süd-)Niedersachsen und Göttingen speziell sind attraktive Regionen. Allerdings dreht sich
 14 die Welt so schnell wie noch nie und es liegt an der Region, noch vor eventuellen Einbußen
 15 an touristischem wie ökologischem Gehalt, zu intervenieren. Dabei neue, zunächst vielleicht
 16 ungewöhnlich klingende, Wege zu gehen, ist dabei die unserer Ansicht nach beste Vorge-
 17 hensweise.

18 Vorbild muss dabei die Region um den Ratzeburger See in Schleswig-Holstein und Meck-
 19 lenburg-Vorpommern sein. Die dort ansässigen Nandus, eine Laufvogelart ursprünglich aus
 20 Südamerika stammend, leben seit 2000 in einer wilden Population vor Ort und bereichern
 21 bereits seit 18 Jahren die norddeutsche Tiefebene. Über 220 Nandus lebten 2017 in der
 22 Region – ausgehend von der Flucht von einigen wenigen Exemplaren – zwischen den beiden
 23 Bundesländern. [1] Sie stehen unter Artenschutz und gelten als einzige Population in Mit-
 24 teleuropa – was für ein Modellprojekt!

25 Nun gilt es für Göttingen, nachzuziehen. Mit Alpakas, einer besonders flauschigen und do-
 26 mestizierten Kamelart, haben wir im ortsansässigen Max-Planck-Institut für biophysikalische
 27 Chemie die idealen Voraussetzungen für unser eigenes Experiment im Bereich der Arten-
 28 vielfalt. Von dieser Herde können einzelne Alpakas entnommen und Grundlage einer neuen
 29 Population werden. Der ideale Ort dafür ist ebenfalls bereits vorhanden: Auf dem Göttinger
 30 Naherholungsgebiet „auf dem Kehr“ nahe des Göttinger Stadtwaldes im Südosten der Stadt
 31 bieten sich gute Voraussetzungen. Neben Wildschweinen und anderem Wildtier gibt es
 32 auch Weideland, auf dem sich die Kameltiere in einem zunächst eingezäunten Bereich
 33 wohlfühlen können. Im Anschluss besteht dann die Möglichkeit, nach einer angemessenen
 34 Zeit die Tiere auszuwildern und damit die ganze Region von einer wollig-schönen Herde
 35 profitieren zu lassen.

1 Die Refinanzierung kann durch den Verkauf von Wollwaren der Stammpopulation am Kehr
2 ermöglicht werden. Alpakawolle ist bekanntermaßen besonders langlebig, schmutzabweisend,
3 strapazierfähig, feuchtigkeitsabweisend und neben UV-Undurchlässigkeit auch weniger
4 anfällig für Verfilzungen. [2] Dadurch ist Alpaka-Wolle äußerst wertvoll und ermöglicht
5 ersten Kalkulationen zufolge eine kostenneutrale Ansiedlung.

6 [1] Vgl. <https://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/220-nandus-bevoelkern-norddeutsche-tiefebene-id16544546.html> [Letzter Abruf: 11.03.2018]

8 [2] Vgl. <https://www.edlerzwirn.com/alpaka/> [Letzter Abruf: 11.03.2018]

Uo6	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

9 **Als die Tiere den Wald verließen –**

10 **Eine Geschichte vom Wolf**

11 Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD Niedersachsen auf, an einer sachlichen Diskussion
12 über den Wolf festzuhalten und sich nicht auf eine Debatte über die Entnahme von Tieren
13 zu beschränken, sondern sich vermehrt für den Herdenschutz, Aufklärungs- und Entschädigungsmaßnahmen
14 der Besitzer*innen potentieller Beutetiere einzusetzen.

15 Begründung:

16 Niedersachsen insgesamt und speziell auch der Harz sind jetzt wieder Verbreitungsgebiete
17 des Wolfes. Das sind Anzeichen für ein sich erholendes Ökosystem und eine Erfolgsgeschichte
18 des Artenschutzes.

19 Wir begrüßen Initiativen, die eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema führen und
20 verurteilen die Rufe nach einem generellen Abschuss der Tiere. Der Wolf wird seit Jahrhunderten,
21 insbesondere durch die deutsche Belletristik (z.B. Rotkäppchen) und Mythenbildung, als hinterlistiges
22 und brutales Wesen dargestellt.

23 Die Ausrottung des Wolfes hatte Folgen für die vielfältigen Ökosysteme in Niedersachsen.
24 Durch die natürliche Verbreitung vom Wolf werden die Wildbestände natürlicher reguliert
25 als es durch die Bejagung möglich ist. Beutetiere werden durch die Anwesenheit von Fressfeinden
26 quantitativ reduziert, wodurch Wildschäden verringert werden; außerdem profitiert,
27 im Gegensatz zur menschlichen Entnahme der Wildtiere, das ganze Ökosystem vom Wolf.

28 Bei Gefahr für den Menschen und auffälligem Verhalten ist die Entnahme des Tieres durch
29 Berufsjäger*innen vorgesehen und dies bedarf einer Sondererlaubnis, somit bleibt die Entnahme
30 des Wolfes eine politische Entscheidung. Die Ängste der Menschen müssen ernst genommen
31 werden, dürfen dabei aber nicht aufgebauscht oder instrumentalisiert werden.
32 Der Wolfsriss von Nutztieren kann und wird vorkommen, durch Herdenschutzmaßnahmen
33 der Eigentümer*innen können diese jedoch minimiert werden. Weniger Bürokratie und

1 eine erleichterte Hilfe durch Bund und Land bei Maßnahmen für den Herdenschutz und bei
2 der Entschädigung durch einen Wolfsriss sind Themen, die primär angesprochen werden
3 müssen, um den Wolf wieder in dem Ökosystem und in unserer gesellschaftlichen Verhand-
4 lung ebendieser verankern zu können. Wir verurteilen die niedersächsische rechte und libe-
5 rale Opposition für eine angstschürende Debattenkultur, die sich nur über die Entnahme
6 der Tiere dreht und wünschen ein Umdenken dieser Debattenkultur.

ANTRAGSBEREICH: **V- Verkehr**

VOI	Antragsteller*innen:	Landesvorstand, KV Osterholz
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Sinnvolle Öffnungszeiten von Toiletten an Bahnhöfen

1 Wir fordern, dass die Öffnungszeiten von öffentlichen Toiletten an Bahnhöfen an die Be-
2 tribszeiten der jeweiligen Bahnhöfe gekoppelt werden und nicht an die Öffnungszeiten der
3 Restaurants und/oder Läden in den Bahnhöfen. Barrierefreie Toiletten dürfen in diesem
4 Zusammenhang nicht benachteiligt werden.

5

6 Begründung:

7 Die Benutzung einer Toilette gehört, wie der Zugang zu Wasser, zu den Grundbedürfnissen
8 des Menschen. Dieses Grundbedürfnis nach einer Toilette ist allerdings nicht an einen Zeit-
9 rahmen von beispielsweise 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr gekoppelt, wie mensch vielleicht meinen
10 würde, wenn er* oder sie* die Öffnungszeiten von öffentlichen Toiletten an Bahnhöfen
11 sieht. Nur weil es nach 21 Uhr ist, eine Zeit zu der sogar noch kleinere Bahnhöfe wie der
12 Hildesheimer Hauptbahnhof regelmäßig frequentiert sind, bedeutet dies nicht, dass es kei-
13 nen Bedarf mehr gibt, für Menschen Toiletten aufzusuchen. Genauso verhält es sich mit
14 Zeiten die vor Beginn der Öffnungszeiten der Toiletten liegen. Es ist also unsinnig ein (zufälli-
15 ges) Zeitfenster zu setzten und so zu signalisieren, dass Menschen nur zu bestimmten Zei-
16 ten eine Toilette aufsuchen müssen. Eine Koppelung der Öffnungszeiten der öffentlichen
17 Toiletten der Bahnhöfe an ihre Betriebszeit ist also sinnvoll und notwendig, da Menschen,
18 deren Bedürfnis nach einer Toilette rund um die Uhr besteht, zumindest während der Be-
19 tribszeiten des Bahnhofes, also wenn sie aus gutem Grund dort sind, die Chance haben
20 sollte eine Toilette aufzusuchen.

Vo2	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Land
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Erweiterung der LKW Maut auf alle Bundes- Landes-**
 2 **und Kommunalstraßen**

3 Die Jusos Niedersachsen stellen den Antrag, auf Erweiterung der LKW Maut auf alle Bundes-
 4 Landes und Kommunalstraßen. Die LKW Maut kann keine reine Autobahngebühr bleiben,
 5 da LKWs immer mehr die Autobahnen meiden um der Maut zu entgehen.

6 **Begründung:**

7 Dadurch, dass LKWs die Autobahnen meiden und auf Bundes- Landes- und Kommunalstra-
 8 ßen ausweichen, werden die Straßen beschädigt und müssen durch Steuergelder saniert
 9 werden. Es kann jedoch nicht sein, dass die Autobahn durch die Maut finanziert wird, und
 10 die übrigen Verkehrswege durch den Steuerzahler. Gerade weil LKW Fahrer immer mehr
 11 auf den anderen Straßen als auf den Autobahnen zu finden sind. Auch in Anbetracht der
 12 geplanten PKW Maut, die sofort auf allen Straßen gelten soll, müsste die für LKWs ange-
 13 passt werden.

Vo3	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln zur
Pflicht

14 Wir fordern die Umsetzung der Barrierefreiheit, auch im öffentlichen Nah- und Fernverkehr.

15 **Begründung:**

16 In unserem gesellschaftlichen Aktionismus, dem Streben nach Erfolg, verlieren wir oft unseren Blick
 17 auf Menschen, die unter ganz anderen Voraussetzungen ein Leben führen. Menschen mit körperli-
 18 chen, geistigen oder psychischen Krankheitsbildern begegnen uns immer wieder beim Einkaufen, am
 19 Bahnhof oder bei der Arbeit. Leider haben wir ein lückenhaftes Versorgungsnetz, um auch diesen
 20 Menschen die uneingeschränkte Teilhabe am Leben zu bieten. Deshalb fordern wir barrierefreie Zu-
 21 gänge zu allen Bushaltestellen und Bahnhöfen, sowie ein Markierungssystem für Busse und Bahnen
 22 (z.B. mit Symbolen der „leichten Sprache“), laute Haltestellenansagen auch an Bushaltestellen, sowie
 23 die Einführung von Fahrplänen in Braille-Schrift und Haltemarkierungen am Boden durch Rillen, da-

1 mit auch Menschen mit einer Sinnesbehinderung eine möglichst stressfreie Nutzung der Verkehrs-
2 mittel ermöglicht werden kann. Gerade die öffentlichen Verkehrsmittel sind für viele Menschen, von
3 Krankheit betroffen oder auch nicht, der Zugang zur Gesellschaft.

4

V04	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Infrastruktur im ländlichen Raum erhalten/ stärken

5 Wir fordern den Erhalt ländlicher Infrastrukturen in der Region Hannover. Es ist wichtig, dass jeder
6 Bürger an das Verkehrsnetz angebunden ist. Dieses müssen wir in der Region Hannover sicherstellen.

Begründung:

8 Vor allem im ländlichen Raum gibt es viele Ortschaften, dessen Bürger darauf angewiesen sind, mit
9 öffentlichen Verkehrsmitteln ihren Nahrungs- und Lebensmittelpunkt zu erreichen. Um soziale In-
10 tegration zu fördern und peripherer Abschottung entgegen zu wirken, ist die Erhaltung und Verbes-
11 serung der Nahverkehrsmittel unerlässlich.

V05	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Land
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Mehr Güterverkehr auf die Schiene – kombinierten Verkehr optimieren

12 Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen dazu auf, dafür
13 zu sorgen, dass der Güterverkehr in Niedersachsen stärker von der Straße auf die Schienen
14 verlagert wird und der sogenannte kombinierte Verkehr weiter optimiert wird.

Begründung:

16 Im Jahr 2017 transportierten die Bahnen in Deutschland laut dem Verband Deutscher Ver-
17 kehrsunternehmen (VDV) fast 556 Mio. Tonnen Güter auf der Schiene. Das ersetze werktäg-
18 lich rund 77.000 voll beladene Lkw auf deutschen Straßen. Nach anfänglicher Erholung im
19 Nachgang des Krisenjahrs 2009 musste der Schienengüterverkehr seit 2013 wieder Verluste
20 hinnehmen.

1 Rund 70% des Güterverkehrs in Deutschland werden aktuell über den Verkehrsträger Lkw
2 transportiert, unter 20% über Güterbahn, unter 10% über Binnenschiffe und ein geringer
3 Anteil über Fernleitungen für Mineralstoffe.

4 Für die Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Schiene sprechen zum Beispiel folgen-
5 de Argumente:

6 - Umweltschutz:

7 o Pro Tonnen-km emittiert der deutsche Schienengüterverkehr nur ca. 23
8 Gramm CO₂. Das sind fast 80 Prozent weniger als beim Lkw (101 g/Tonnen-
9 km).

10 o Die CO₂-Emissionen im Schienengüterverkehr sind seit 2000 um 26% ge-
11 sunken. Der Energieverbrauch (kWh/Tonnen-km) ist um 29 Prozent gesun-
12 ken. Und das trotz zunehmender Transportmengen.

13 - Sicherheit:

14 o Pro einer Mrd. Tonnen-km gibt es nur 0,34 Gefahrgutunfälle im Schienengü-
15 terverkehr. Im Straßengüterverkehr sind es dagegen etwa 15 Gefahrgutunfäl-
16 le pro einer Mrd. Tonnen-km.

17 - Wirtschaftlichkeit:

18 o Die Wirtschaftlichkeit der Transportkette bei Einbindung des Schienenver-
19 kehrs im Vergleich zum reinen Lkw-Transport ist größer.

20 o Transportketten können besser geplant und in die logistischen Prozesse von
21 Unternehmen integriert werden

22 o Die Straßen können durch eine Verlagerung auf mehr Schienenverkehr ent-
23 lastet werden.

24 o Der Schienengüterverkehr ist verlässlicher und unabhängiger von Verkehrs-
25 problemen.

V06	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Erste Klasse auf das Abstellgleis. Einheitsklasse im Regionalverkehr

26 Die Jusos Niedersachsen fordern die Abschaffung der ersten Klasse in den Regionalzügen
27 im deutschen Schienenpersonennahverkehr. Die Deutsche Bahn sowie die einzelnen priva-
28 ten Eisenbahngesellschaften werden durch die Aufgabenträger der Länder dazu verpflich-
29 tet, künftig nur noch eine Einheitsklasse in den Zügen des Nahverkehrs anzubieten, um Ka-
30 pazitätsprobleme in den Stoßzeiten und im Alltag entgegenzuwirken. Mobilität soll für alle
31 Menschen gleichermaßen preiswert zur Verfügung stehen und die erste Klasse im Nahver-
32 kehr als Rudiment aus alten Zeiten auf das Abstellgleis verbannt werden.

33 **Begründung:**

34 Immer mehr Menschen fahren mit Bus und Bahn. Im letzten Jahr trotz durchschnittlich um

1 1,8% gestiegenen Preisen mittlerweile 10,3 Milliarden Fahrten mit dem öffentlichen Perso-
2 nennahverkehr. [1] Die Betreiber*innen beklagen dabei vermehrt die sogenannte Überaus-
3 lastung vieler Linien in den Ballungszentren. Auch vielen Pendler*innen ist dabei vielleicht
4 die folgende Situation bekannt: Eine volle Regionalbahn, es geht kaum rein oder raus, eine
5 Person mit Kinderwagen muss sogar draußen bleiben – es passt nichts mehr! Nichts? Nein,
6 ein durch eine zusätzliche Tür abgegrenzter Bereich zeigt, dass noch Sitzplätze zur Verfü-
7 gung stehen. Leider ist es die erste Klasse, leer, wie gewohnt, da sich mittlerweile eh kaum
8 noch eine Person ein erste Klasse Ticket für den Nahverkehr kauft. Auf Nachfrage verweist
9 der*die Schaffner*in auf die geltenden Beförderungsbedingungen, in denen der Übergang
10 in die erste Klasse bei Einzelfahrten oder Zeitfahrkarten hinzugebucht – also bezahlt – wer-
11 den muss. Das ist ein Zustand, der sich nicht mit einer solidarischen Nutzung des Nahver-
12 kehrs vereinen lässt.

13 Vor allem Berufspendler*innen leiden unter dem fehlenden Platz zu den Stoßzeiten. Der
14 Verkehrsbund Rhein-Sieg hat daher 2015 eine einjährige Testphase beschlossen, in der in
15 stark ausgelasteten S-Bahnen die 1. Wagenklasse auch von 2. Klasse-Ticketinhaber*innen
16 genutzt werden konnte, da durchschnittlich von acht Plätzen in der ersten Klasse sieben
17 leergeblieben wären. [2] Der Feldversuch wurde mittlerweile beendet, nur wenige Be-
18 schwerden und eine spürbare Entlastung durch die zusätzlichen Sitzgelegenheiten führten
19 zu der Entscheidung, die Abschaffung der ersten Klasse in den betroffenen S-Bahnlinien
20 dauerhaft aufrecht zu halten. Die Freigabe weiterer Nahverkehrslinien werde geprüft. [3]
21 Die S-Bahn-Hamburg und die S-Bahn-München haben die erste Klasse übrigens schon
22 2000 bzw. 1983 abgeschafft!

23 Die benannten Beispiele beschreiben einen seit Langem laufenden Prozess. Mit einer flä-
24 chendeckenden Abschaffung der Ersten Klasse im Nahverkehr beenden wir ein schlichtweg
25 veraltetes Kapitel deutscher Eisenbahngeschichte. Die 1. Klasse-Abteile sind in vielen Zügen
26 von Anbieter*innen von Schienennahverkehrsleistungen bereits auf ein Minimum von we-
27 nigen Sitzen reduziert worden – die Nachfrage ist schlicht zu gering. Der Erhalt dieser Abtei-
28 le ist daher durchaus auf eine gewisse Tradition aus alten Eisenbahnzeiten zurückzuführen
29 – eine Tradition, die ihre Funktionalität längst überdauert hat. Uns sollte es darum gehen,
30 die Züge bestmöglich auszulasten, nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus ökologi-
31 schen Beweggründen. Je mehr Menschen auf die „Öffis“ umsteigen, desto weniger Individu-
32 alverkehr belastet zusätzlich unsere Umwelt. Leerstehende Abteile, in denen Menschen
33 durchaus Platz finden könnten, sind da kontraproduktiv und gehören konsequenterweise
34 abgeschafft.

35 Die Finanzierung des Nahverkehrs ist stark durch den Staat subventioniert, da er sich nicht
36 durch Fahrkartenverläufe selbst tragen kann. Diese Subventionen werden durch die Steuer-
37 zahler*innen ermöglicht, die damit von den subventionierten Eisenbahnunternehmen
38 gleichermaßen profitieren sollten. Auch da stellt sich die Frage, inwiefern sich höherpreisige
39 Abteile im Nahverkehr nachvollziehbar für die steuerzahlenden Menschen begründen las-
40 sen. Die Rechnung ist da recht einfach: Die geringe Auslastung und damit zusammenhän-
41 gend die geringen Einnahmen durch Tickets für die 1. Klasse müssen durch weitere Zu-
42 schüsse vom Staat auch weiter subventioniert werden – der Rahmen dieser Mehrkosten
43 hält sich dabei in Grenzen. Der Mehrwert für die Bahnfahrer*innen überwiegt dabei klar,
44 wie auch die Auswertung des Pilotprojektes im Ruhrgebiet exemplarisch aufzeigt.

1 Die Richtung ist klar: Wer auch neue Personengruppen für den öffentlichen Personenver-
2 kehr begeistern will, muss diesen attraktiv gestalten. Eine Grundlage dabei ist eine ausrei-
3 chende Kapazität. Während mittel- bis langfristig natürlich Taktverdichtungen, Streckenneu-
4 bau und weitere kostenintensivere Maßnahmen ergriffen werden müssen, ist der Hand-
5 lungsspielraum für kurzfristige Optimierungen geringer. Eine Maßnahme dafür ist die Ab-
6 schaffung der ersten Klasse.

7 [1] Vgl. [http://www.spiegel.de/auto/aktuell/busse-und-bahnen-nahverkehr-verzeichnet-](http://www.spiegel.de/auto/aktuell/busse-und-bahnen-nahverkehr-verzeichnet-2017-erneut-fahrgastrekord-a-1185256.html)
8 [2017-erneut-fahrgastrekord-a-1185256.html](http://www.spiegel.de/auto/aktuell/busse-und-bahnen-nahverkehr-verzeichnet-2017-erneut-fahrgastrekord-a-1185256.html) [Letzter Abruf 17.03.18]

9 [2] Vgl. [https://www.vrsinfo.de/presse/presseartikel/presse/1-klasse-plaetze-in-der-s-bahn-](https://www.vrsinfo.de/presse/presseartikel/presse/1-klasse-plaetze-in-der-s-bahn-werden-kaum-beanspruchht.html)
10 [werden-kaum-beanspruchht.html](https://www.vrsinfo.de/presse/presseartikel/presse/1-klasse-plaetze-in-der-s-bahn-werden-kaum-beanspruchht.html) [Letzter Abruf 17.03.18]

11 [3] Vgl. [https://www.vrsinfo.de/presse/presseartikel/presse/erfolgreicher-feldversuch-fuehrt-](https://www.vrsinfo.de/presse/presseartikel/presse/erfolgreicher-feldversuch-fuehrt-zur-dauerhaften-freigabe-der-1-klasse-in-den-s-bahnen-12-13-und-1.html)
12 [zur-dauerhaften-freigabe-der-1-klasse-in-den-s-bahnen-12-13-und-1.html](https://www.vrsinfo.de/presse/presseartikel/presse/erfolgreicher-feldversuch-fuehrt-zur-dauerhaften-freigabe-der-1-klasse-in-den-s-bahnen-12-13-und-1.html) [Letzter Abruf
13 17.03.18]

14